Münster. 1928, No 15 Phil. Diss.

Geschichte.

Die Entente cordiale vom 8. April 1904.

Studien zu ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer nächsten Wirkung.

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster in Westfalen

vorgelegt von

Rudolf Hesse
aus Barmen.

1928
Druck: Wuppertaler Druckerei A.-G., Elberfeld.

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Dezember 1927.

Dekan: Herr Prof. Dr. M. Ettlinger.
Referent: Herr Prof. Dr. H. Wätjen.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Meiner lieben Mutter.

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit gab mir Herr Univ.-Prof. Dr. H. Wätjen zu Münster i. W., welcher während der Ausführung stets großes Interesse an der Materie bezeigte. Für die viele, wertvolle Förderung sei ihm hier aufrichtigst gedankt.

Des weiteren ein Wort herzlichen Dankes an die Stadtbücherei zu Elberfeld und deren Direktor, Herrn Dr. van der Briele, für die überaus bereitwillige Beschaffung vielen, nicht immer leicht erreichbaren Materials: eine sehr erfreuliche und schätzenswerte Hilfe, die zu aller Anerkennung verpflichtet.

Rudolf Hesse.

Literatur.

Barclay, Sir Thomas: L'Entente Cordiale par un de ses Artisans. Paris 1915.

Becker, Otto: Bismarcks Bündnispolitik. Berlin 1923.

Becker, Otto: Das französisch-russische Bündnis. Berlin 1925.

Brandenburg, Erich: Von Bismarck zum Weltkriege. 2. Aufl. Berlin 1925.

Bülow, Bernhard, Fürst von: Deutsche Politik. Berlin 1916.

Eckardstein, Hermann, Freiherr von: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. Leipzig 1919.

Esher, Viscount: The Influence of King Edward. London 1915.

Farrer, J. A.: Die europäische Politik unter Eduard VII. (Deutsche Uebers.) München 1926.

Franke, Otto: Die Großmächte in Ostasien. Braunschweig-Hamburg 1923.

Freycinet, Charles: La Question d'Egypte. Paris 1905.

Freycinet, Charles: Souvenirs 1878—1893. 7. Ed. Paris 1913.

Friedjung, Heinrich: Der Krimkrieg und die österreichische Politik. Stuttgart-Berlin 1907.

Friedjung, Heinrich: Das Zeitalter des Imperialismus. Berlin 1922.

Grey, Lord Edward: Fünfundzwanzig Jahre Politik. (1892—1916) Memoiren. (Deutsche Uebersetzung.) München 1926.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, herausgegeben von Lepsius, Mendelssohn-Bartholdi und Thimme. Berlin, seit 1923. (Abkürzung i. Text „Große Politik".) Hierzu als Kommentar: Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung von Bernhard Schwertfeger. Berlin, seit 1924. (Abkürzung im Text: „Kommentar".)

Hammann, Otto: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1919.

Hammann, Otto: Bilder aus der letzten Kaiserzeit. Berlin 1922.

Hartung, Fritz: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles. 2. Aufl. Bonn-Leipzig 1924.

Holland Rose, J.: The Development of the European Nations 1870—1914. London 1919.

Kjellén, Rudolf: Dreibund und Dreiverband. München 1921.

Lebensfragen des Britischen Weltreiches. Auf Veranlassung des Beirats für die Auslandsstudien an der Universität Berlin, herausgegeben von Erich Marcks. Berlin 1921.

Lee, Sir Sidney: King Edward VII. A Biography. Vol. I. London 1925.

Legge, Edward: King Edward in his True Colours. (Mit zwei Beiträgen über Eduard VII. von Comte d'Haussonville und Arminius Vambery.) London 1913.

Legge, Edward: More about King Edward. London 1913.

Legge, Edward: King Edward, the Kaiser and the War. London 1917.

Martens-Stoerck: Nouveau Recueil Général de Traités, 2. Reihe, Bd. 32. Leipzig 1905. (Abkürzung i. Text: „Recueil Martens".)

Morel, E. D.: 10 Years of Secret Diplomacy. London 1915.

Rachfahl, Fr.: Deutschland und die Weltpolitik 1871—1914. Bd. I. Die Bismarcksche Aera. Berlin 1923.

Rieß, Ludwig: Englische Geschichte, hauptsächlich in neuester Zeit. Berlin 1926.

Roepke, Fritz: Von Gambetta bis Clémenceau. Fünfzig Jahre franz. Geschichte. Stuttgart-Berlin 1922.

Schefer, Christian: D'une Guerre a l'autre. Essai sur la Politique Extérieure de la Troisiéme République (1871 bis 1914). Paris 1920.

Schiemann, Theodor: Deutschland und die große Politik anno 1901 (I), 1902 (II) usw. Berlin 1902, 1903 usw.

Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, herausgegeben von G. Roloff. 20. Jahrgang 1904. München 1905.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. XI. Legislaturperiode. I. Session, erster Sessionsabschnitt, 1903/1904. 3. u. 4. Bd. Berlin 1904. (Abkürzung i. Text: „Stenogramm".)

Stieve, Friedrich: Deutschland und Europa 1890—1914. Berlin 1926.

Tardieu, André: La France et les Alliances. La Lutte pour l'Equilibre (1871—1910) 3. Ed. Paris 1910.

Weltgeschichte der neuesten Zeit 1890—1925. Herausgegeben von P. Herre. Berlin, Ullstein, 1925.

Zur Europäischen Politik 1897—1914. Unveröffentlichte Dokumente. In amtlichem Auftrage herausgegeben unter Leitung von Bernhard Schwertfeger. Bd. I. (1897 bis 1904: Zweibund, Englisch-deutscher Gegensatz, bearb. v. Wilhelm Köhler.) Berlin 1919. (Abkürzung i. Text: „Schwertfeger, Unveröffentlichte Dokumente".)

Weitere Angaben, zumal hinsichtlich der benutzten Zeitungen, siehe Text der Arbeit.

I.

Feindschaft.

In der Einleitung seines Buches vom „Dreibund und Dreiverband" spricht Rudolf Kjellén davon, daß die Diplomatie ähnlich wie die Strategie ihren Stellungskrieg und ihren Bewegungskrieg habe. „Die voll befestigte Stellung heißt alliance, Bund. Dies ist der feste „Aggregatzustand", von dem Bismarck an einer bekannten Stelle spricht [1]), der Zustand, in welchem das „flüssige Element" der internationalen Politik „zeitweilig fest wird". Wir verstehen darunter ein Bundesverhältnis, das geregelte Verpflichtungen, auch zum Zusammengehen im Kriege, enthält. Eine schwächere diplomatische Stellung heißt entente Verband; ihr fehlt die schriftliche Einzelregelung, sie begnügt sich mit dem Grundsatz der allgemeinen Uebereinstimmung. Aber unter gewissen Umständen kann die Entente, die auf das Alltagsleben berechnet ist, eine größere Solidarität zur Folge haben als die Allianz, die vielleicht lediglich für gewisse, bestimmt ins Auge gefaßte — denkbare, aber nicht aktuelle — Möglichkeiten Geltung hat." [2])

Als kennzeichnende Beispiele dieser beiden Formen diplomatischer Bindungen kann man einerseits das deutsch-österreichische Bündnis vom 7. Oktober 1879 und andererseits die französisch-englischen Abmachungen vom 8. April 1904 ansehen. Das erstere als Prototyp einer Allianz, die letzteren als Prototyp einer Entente. Unter dem bezeichnenden Namen der „Entente cordiale" ist die Verständigung Frankreichs und Englands vom 8. April 1904 ja bekannt geworden. Für die Gruppierung der Mächte vor dem Kriege und für den Krieg ist der Abschluß dieser Entente eine der

[1]) Gedanken und Erinnerungen II, 258.
[2]) Kjellén, S. 9.

bedeutsamsten Stationen gewesen.[3]) Gerade nach den Erfahrungen des Weltkrieges kann es weder für die beiden Partner dieses Abkommens noch für Deutschland weniger als je zuvor zweifelhaft sein, daß der Abschluß der Entente von 1904 ein geschichtliches Ereignis von folgenschwerster Tragweite gewesen ist;[4]) es ist hierin gar das bedeutendste Ereignis moderner Diplomatie gesehen worden.[5])

Die überragende weltgeschichtliche Bedeutung der Entente cordiale liegt darin begründet, daß zwei Staaten mit größter politischer Geltung und weltweiten Kolonial- und Wirtschaftsinteressen sich zu einem freundlichen und freundschaftlichen Einvernehmen bereit fanden, durch welches eine lange Periode der Gegnerschaft, der Unruhe, Bitterkeit, der Verletztheit und Verletzlichkeit abgeschlossen wurde. Sie begruben einen Gegensatz, der über die weite Spanne zweier Jahrhunderte hin ihre gegenseitigen Beziehungen vorherrschend bestimmt hatte. Es war ein Gegensatz, an dessen Eingang die programmatischen Figuren Ludwigs XIV. wie Wilhelms III. von Oranien stehen, ein Gegensatz, der in den kriegerischen Verwicklungen des 18. Jahrhunderts immer wieder sich offenbarte und den Frieden zwischen den Kämpfen durch tiefes, gegenseitiges Mißtrauen unsicher machte,[6]) ein Gegensatz, der mit Napoleon I. und in seiner Zeit sich zu einem Ringen ausweitete,[7]) welches die Grundfesten der beiden Länder anrührte und aus dem England als Sieger hervorging. Die dem Wiener Kongreß nachfolgenden Jahrzehnte, verhältnismäßig ruhig gegenüber den Anspannungen der ersten 15 Jahre des Jahrhunderts, bringen zeitweilig freundlichere Beziehungen zwischen den liberalen Kreisen auf beiden Seiten des

---

[3]) S. Raymond Poincaré, Les Origines de la Guerre (Paris 1921): „Cet accord du 8 avril a été, pour la France et pour l'Europe, comme l'alliance franco-russe en 1891—93, le point de départ d'une ère nouvelle". S. 69.

[4]) H. Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus" Bd. 2 (Berlin 1922), sieht in dem Abkommen über Marokko und Aegypten, dem Kernstücke der die Entente cordiale begründenden Abmachungen, einen Einschnitt, „mit dem ein neues Zeitalter anhebt". S. 31 f.

[5]) Holland Rose, S. 603.

[6]) Tardieu, S. 43.

[7]) S. Marcks, Lebensfragen, S. 10 ff.

Kanals. Während die britischen Politiker um die Jahrhundertmitte ihre sorgende Aufmerksamkeit in erster Linie den weiten kolonialen Ansprüchen Rußlands zuwenden, vollzieht sich ein neuer Aufstieg französischer Kolonialpolitik mit beachtlichen Erfolgen. [8]) Der Krimkrieg von 1854 findet Frankreich an Englands Seite zum Kampf gegen dessen bedrohlichsten Gegner Rußland. [9]) Aber die Waffenbrüderschaft begründet kein dauerndes Zusammengehen, nach wenigen Jahren ist das Verhältnis auf den Stand eines korrekten diplomatischen Verkehrs zurückgebracht, der einer wärmeren und freundschaftlicheren Note entbehrt. Und der Handelsvertrag von 1860, das Vorbild freihändlerischer Vertragspolitik, [10]) gibt nach der Seite der Wirtschaft hin Normen und Formen des Verkehrs, ohne der Politik einer engeren Bindung fruchten zu können. Der von Napoleon III. geschützte und tätig beförderte Bau des Suezkanals aber wird wieder zum Gegenstand unfreundlicher Diskussionen zwischen den beiden Regierungen. [11])

Die Stellung Englands zu dem für seine Wirtschaft so überaus wichtigen Kanal zeigt, — wie Freycinet nachweist [12]) — vier Phasen. Die erste hatte in der Leugnung der Möglichkeit des Baues bestanden, die zweite wurde durch die Zeit bestimmt, in welcher England das nun doch werdende Werk zu hindern strebte, die dritte Phase, die 1868 einsetzte, brachte einen Umschwung: die Anerkennung der Leistung und die wachsende Einsicht in den Wert des Geschaffenen für England und leitete damit in die vierte und letzte Phase über, die durch den Wunsch Englands gekennzeichnet wurde, den Kanal zu besitzen. Diese letzte Epoche wurde mit stärkster Erfolgsaussicht eingeleitet durch den berühmten Aktienkauf Disraelis, welcher am 25. November 1875 von dem geldbedürftigen Khediven Ismail Pascha 177 000 Anteilscheine der Suezkanalgesellschaft zum Preise von insgesamt £ 4 000 000 für England erwarb. [13]) Das bedeutete eine untilgbare

[8]) Roepke, S. 34.
[9]) S. H. Friedjung, Krimkrieg, S. 10. — Lee, S. 36.
[10]) S. Barclay, S. 65 f.
[11]) Freycinet, La Question d'Egypte, S. 112 ff. u. a.
[12]) Freycinet, La Question d'Egypte, S. 127.
[13]) S. Lee, S. 295.

Scharte für Frankreichs Politik in Aegypten und am Suezkanal und brach seine durch drei Viertel des Jahrhunderts überragend erhaltene Vormachtstellung in diesem Land. [14]) Fortan mußte Frankreich mit Englands Macht rechnen. So begannen denn mit dem Jahre 1876 die Franzosen und die nunmehr an Einfluß so unversehens erstarkten Engländer in Aegypten eine gemeinsame Politik, die sich mit wachsendem Nachdruck Geltung verschaffte und 1879 die Absetzung des Khediven durch den Sultan in Konstantinopel durchsetzte. Gegenüber den Wirren, welche unter der schwachen Herrschaft des Nachfolgers Ismail Paschas ausbrachen, schien eine von Gambetta redigierte Note aus den ersten Januartagen 1882 eine gemeinsame bewaffnete Aktion der beiden Mächte gegen den Aufruhr in Aegypten in Aussicht zu stellen. [15]) Dann aber, nach Gambettas Sturz (26. Januar 1882) [16]), angesichts der ängstlichen Bedachtsamkeit von Freycinet und der lähmenden Furcht der französischen Kammer vor internationalen Komplikationen, zu welcher die Mißstimmung über die Opfer und Sorgen der kolonialen Kämpfe in Tunis und in Hinterindien hinzukam, gab Frankreich den Engländern freie Bahn, die daraufhin in Aegypten ihre Herrschaft aufrichteten (September 1882 [17]). Fortan blieb Frankreichs Einfluß in Aegypten in der Hauptsache auf finanzielle Ansprüche und Rechte begrenzt, welche ihm erhalten blieben, da die Engländer ja ein förmliches Protektorat nicht verkündeten und den Landesherrn in einer, wenn auch kraftlosen, Herrscherstellung beließen. Die Türkei und Frankreich waren die beiden Länder, welche den neuen Stand der Dinge am meisten zu beklagen hatten. Und je mehr sich in den folgenden Jahren in Frankreich die Meinung durchsetzte, daß das Zurückweichen Freycinets und die ängstliche Haltung der Kammer nicht eben eine Ruhmestat der Nation gewesen seien, umso bitterer wurde der Verlust des Landes, welches mit den französischen Traditionen so vielfältig verknüpft war, empfunden. Die Unbestimmtheit der Dauer der britischen Okkupation gab den Franzosen immer

[14]) Freycinet, La Question d'Egypte, S. 14.
[15]) Rachfahl, S. 321 f. — Freycinet, Souvenirs, S. 219.
[16]) J. Kühn, „Frankreich". Weltgeschichte 1890—1925, S. 186.
[17]) S. C. H. Becker in Lebensfragen, S. 112.

wieder Gelegenheit zu Vorstellungen in London, und es vergiftete sich das Verhältnis der beiden Mächte gerade um Aegyptens willen zwei Jahrzehnte nach der Besetzung hindurch mehr und mehr.[18]) Die antienglische Stimmung wurde ein Zündstoff in der politischen Gedankenwelt der Franzosen und blieb es bis zum Jahre 1900. Zeitweilig schlug die Flamme der Feindschaft hoch empor, dann schwelte sie verhaltener, nie aber losch sie aus und immer bestand beim geringsten Anlaß die Gefahr eines Ausbruchs.[19])

Aber nicht bloß unmittelbar auf dem ägyptischen Schauplatz wirkten sich die bedeutsamen Ereignisse des Jahres 1882 auf das englisch-französische Verhältnis aus, sondern sie beeinflußten auch mittelbar auf anderen Schauplätzen die Politik der beiden Staaten. Denn die Mißstimmung über die Kolonialpolitik, welche die verhängnisvolle Kammerentscheidung vom 29. Juli 1882 mitbestimmt hatte, hielt nicht allzu lange vor. Vielmehr setzte die mit den Namen von Ferry und Hanotaux verknüpfte neue Ausbreitung der französischen Kolonialmacht noch nicht ein Jahr nach dem Zurückweichen in Aegypten ein und führte zu gewaltigen Erfolgen an Land und Macht.

Jules Ferry wollte dem im Kriege von 1870/71 so schwer niedergebrochenen Frankreich wieder eine Weltstellung verschaffen und sah als einen wichtigen Weg hierzu eine große und entschlossene Kolonialpolitik an. Tunis, Madagaskar, Tongkin sollten die Stützpunkte französischer Weltpolitik sein, die nicht allein aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Motiven von Ferry gefordert wurde. Frankreich brauche Märkte für seine Industrieerzeugnisse, so sagte er,[20]) und gewinne in Kolonien wertvolle Absatzfelder, umsomehr als manche Gebiete durch Zölle und eigene Produktion dem französischen Handel zu entgehen drohten und außerdem der englische und deutsche Handel an anderen Punkten als überlegener Konkurrent auftraten. Daß Frankreich bei solchen Zielen mit Englands Gegnerschaft rechnen müsse, verhehlte sich Ferry nicht: er war überzeugt, daß Frank-

[18]) S. Lee, S. 459.
[19]) Barclay, S. 41.
[20]) Roepke, S. 46 f.

reich nicht allein im Mittelmeer und im Kanal, sondern auch auf dem Ozean eine Machtprobe zu bestehen haben würde.

Ferry sah richtig: je mehr Frankreich auf kolonialem Gebiete vorstieß, umso stärker zeigte sich im Verlauf der achtziger Jahre die Gegnerschaft Englands, welches von Disraeli und Joseph Chamberlain zur nachdrücklichen Wahrung und Mehrung des britischen Imperiums aufgerufen,[21]) sich nicht gewillt zeigte, die französische Ausbreitung widerspruchslos hinzunehmen. Frankreich wie Rußland beunruhigten das von den Lehren seiner imperialistischen Führer, voran Chamberlains, erfüllte England immer wieder. Zwischen Großbritannien und Rußland und Großbritannien und Frankreich gab es beständig Reibereien, „die", wie Lord Grey sagt,[22]) „bei der geringsten Veranlassung zu Streit und Feindseligkeit ausarteten. Die Quellen des Uebelwollens versiegten nie. Britische Interessen stießen in vielen Teilen der Welt auf französische und russische, und, wenn Interessen sich berühren, ist eine Atmosphäre voll schlechten Willens immer gefährlich. Der schwärzeste Argwohn gedeiht in ihr wie giftige Pilze auf sumpfigem Grund. Den einfachsten und geradesten Handlungen der einen Regierung werden von der anderen böse Beweggründe unterschoben. Die auswärtigen Agenten hetzen ihre Kolonialämter zu Hause mit Berichten über die Taten der Vertreter der anderen Regierung auf; der unbedeutendste Zwischenfall kann Formen annehmen, die den Frieden zwischen zwei großen Nationen bedrohen. So war es damals zwischen Großbritannien und Frankreich."

In Siam kam es zu einer schweren, kriegandrohenden Spannung im Jahre 1893[23]). Dazu bestanden Gegensätze in Madagaskar und in Aegypten, wo die britische Okkupation die Franzosen ohne Unterlaß reizte, und wo deren Haltung wieder die Engländer irritierte,[24]) boten sich fortgesetzt weitere Gefahrenquellen.[25]) Auch in Neufundland war Uneinigkeit zwi-

[21]) S. Marcks, Lebensfragen, S. 26 f.
[22]) Grey, 25 Jahre I, S. 23.
[23]) S. hierzu Grey, 25 Jahre, I, S. 23 ff.
[24]) Ebd. S. 27.
[25]) Brandenburg, S. 33 f.

schen England und Frankreich und jeden Augenblick konnte hier gleichfalls ein Zwischenfall eintreten, welcher die beiden Staaten zu ernster Stellungnahme zwang. Hinzu kamen häufige Zwischenfälle in Westafrika, wo französische und englische Beamte wetteiferten, mit den Eingeborenen Verträge abzuschließen: ein Beginnen, aus dem sich verwickelte und Mißhelligkeiten hervorrufende Rechtsverhältnisse ergaben.[26])

Der stärkste Konflikt aber sollte sich im oberen Nilgebiet anbahnen, in dem Territorium, welches die Engländer nach dem unglücklichen Zuge Gordons gegen den Mahdi im Jahre 1885 seinem Schicksal überlassen hatten.[27]) Es konnte aber nur eine Frage der Zeit sein, wann England sich dieses wichtigen Hinterlandes von Aegypten wieder versichern würde, während andererseits kolonialfreundliche Kreise in Frankreich in diesem Gebiet einen Ersatz für die verlorene ägyptische Position zu finden hofften. Eine Eroberung des Sudans für Frankreich ließ große Pläne in hitzigen Hirnen reifen: nichts Geringeres als eine französische West-Ost-Afrikalinie als Gegenstück zu der von England proklamierten Kap-Kairo-Linie. Das ist der weite Rahmen, vor dem sich im Jahre 1898 das Drama abspielen sollte, welches Faschoda zum Schauplatz hatte und als dessen Hauptfiguren Kitchener und Marchand auftraten.

---

[26]) Grey, 25 Jahre, I. S. 28.
[27]) Rieß, S. 209.

II.

Faschoda. — Auf dem Wege zur Entente.

Im Frühjahr 1894 schlossen Deutschland und Frankreich einen Grenzvertrag über Kamerun.[28]) Damit wurde den Franzosen die Möglichkeit gegeben, ihrerseits mit dem Kongostaat einen Vertrag zu schließen (14. August 1894), welcher ihnen den Weg vom Kongo zum oberen Nil zu ebnen schien und damit in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit Frankreichs auf den Sudan lenkte.

Aber nicht in Frankreich allein, sondern auch in England wandte man der künftigen Gestaltung der Verhältnisse im Sudangebiet eine steigende Beachtung zu und das bloße Gerücht, eine französische Expedition sei in das Gebiet des oberen Nils unterwegs, führte im März 1895 zu einer Anfrage im Unterhause, was an einem solchen Unternehmen Wahres sein könne. Von der Regierungsseite aus bemerkte Lord Grey am 25. März 1895 hierzu: „Der Vormarsch einer französischen Expedition mit geheimen Instruktionen geradewegs von der anderen Seite Afrikas in ein Gebiet, bezüglich dessen unsere Ansprüche so lange bekannt sind, wäre nicht nur eine ungereimte und unerwartete Handlung, sondern auch, wie die französische Regierung wohl wissen müsse, ein unfreundlicher Akt; als das würde ihn auch England ansehen."[29]) In seinen Memoiren betont Grey ausdrücklich, daß es ihm in seiner Unterhaus-Antwort darauf angekommen sei, Aegypten mit Großbritannien in jedem Anspruch auf den Sudan zu assoziieren.

Demgegenüber machte der französische Außenminister Hanotaux am 5. April 1895 in der Kammer geltend, daß nach seiner Auffassung bei Anerkennung

[28]) Brandenburg S. 39.
[29]) Grey, 25 Jahre, I, S. 30.

der Rechte des Sultans und des Khediven die beiden Staaten zu Vereinbarungen kommen müßten, welche ihre beiderseitigen Interessen im Hinblick auf die Zivilisation und den Fortschritt sicherstellten.[30])

Diese Antwort kennzeichnete die Gegensätzlichkeit der Anschauungen bei den beiden Regierungen und ließ schwere Verwicklungen befürchten, sobald man von englischer oder französischer Seite aus die Lösung der Sudanfrage aus dem Stadium theoretischer Erörterungen in praktische Operationen überzuführen unternahm. Das trat ein, als der Plan des Colonels Marchand, eine Expedition von dem französischen Westafrika aus durch das Innere des Landes an den oberen Nil zu führen, die Billigung des Kolonialministers Berthelot fand (16. November 1895)[31]) und die Vorbereitungen zu dieser bedeutsamen Aktion einsetzten.

Gerade die Tatsache, daß gleichzeitig mit den Plänen Marchands in Paris Gerüchte von einer bevorstehenden englisch-ägyptischen Sudanexpedition umliefen, dürfte die Bereitwilligkeit der französischen Staatslenker, Marchands Wunsch zu entsprechen, verstärkt haben. Namentlich Hanotaux, Außenminister seit Ende Mai 1894,[32]) war es, der sich nun der Sache Marchands annahm. Für ihn war die Entsendung des Colonels zum oberen Nil weniger eine koloniale als eine politische Angelegenheit. Man wußte im Auswärtigen Amt in Paris, daß England eine Festsetzung Frankreichs am oberen Nil als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, — das war durch die Erklärung Greys offen ausgesprochen worden, — aber der den Briten nicht wohlgesinnte Außenminister ging darauf aus, durch eine offene Demonstration eine Machtprobe mit England herbeizuführen. Hanotaux wollte nach seinen Erklärungen zwar keinen bewaffneten Konflikt, aber eine durch die Tatsache der Festsetzung am Nil notwendig herbeigeführte Diskussion über die leidigen und immer wieder strittigen Kolonialfragen überhaupt, als deren schwierigste die ägyptische ja anzusehen war. Demgegenüber wird die Bedeutung der Mission Marchands als Kolonialunternehmen —

[30]) Schefer, S. 190.
[31]) Holland Rose, S. 503.
[32]) Schefer, S. 187.

und als solches faßte es die Oeffentlichkeit auf — als geringer hingestellt. [33])

Andererseits aber haben während der Zeit, wo Marchands Zug vorbereitet wurde, in London Verhandlungen stattgefunden, die sich auf eine friedliche und freundliche Lösung der Differenzen über Aegypten bezogen. Der Träger dieser Bemühungen war der französische Botschafter in London, von Courcel, und es ist damals sogar vermutet worden, daß eine gründliche englisch-französische Verständigung hinsichtlich Aegyptens bevorstünde. [34]) Jede Aussicht auf das Gelingen dahingehender Pläne, welche, wie von Courcel dem deutschen Botschafter Hatzfeldt versicherte, nicht offizieller Weisung der Regierung in Paris, sondern seiner eigenen Initiative entstammten, wurde aber hinfällig mit dem plötzlichen Beginn der britisch-ägyptischen Expedition in die sudanesische Provinz Dongola.

Diese Dongola-Expedition war der Anfang der großen britisch-ägyptischen Sudanoperation, welche im Jahre 1896 einsetzte und deren Leitung Sir Herbert Kitchener [35]) innehatte. Mit seinen im Jahre 1898 noch verstärkten Streitkräften stieß Kitchener aber weit über Dongola hinaus und gewann sicher und vorsichtig das 1885 verlorene Terrain zurück. Die Schlacht bei Omdurman am 2. September 1898 brach die Macht der Mahdiherrschaft.

---

[33]) Schefer, S. 195 ff. — Man braucht ja die von Hanotaux bekundete Auffassung der Mission Marchands nicht strikt abzulehnen, aber es ist doch kaum zweifelhaft, daß der Gedanke des kolonialen Erwerbs hier mitgespielt hat. Dafür spricht auch, daß noch weitere Expeditionen unter französischer und russischer Führung durch Abessinien unterwegs waren, welche auf Marchand stoßen sollten. Diese Vereinigung ist allerdings nicht zustande gekommen, da die Züge durch Abessinien nicht gelangen: wohl möglich, daß bei der Konzentration aller dieser Kräfte die Situation noch weit bedenklicher geworden wäre. (S. Holland Rose, S. 504.)

[34]) Große Politik, Bd. 11, Nr. 2739 vom 22. 5. 1896, Hatzfeldt an den Reichskanzler Hohenlohe.

[35]) Gegen den Protest von Rußland und Frankreich wurde zur Finanzierung dieses Unternehmens am 26. März 1886 aus den etwa 2½ Millionen Pfd. Sterling betragenden Ersparnissen der ägyptischen Schuldenkasse, welche internationaler Leitung unterstand, ein Kredit in Höhe von 500 000 Pfd. Sterling bewilligt, von welchem der Betrag von 200 000 Pfd. Sterling sogleich zur Auszahlung gelangen sollte. S. Große Politik, Bd. 11, Nr. 2700 und 2720.

Unterdessen aber hatte auch Marchand seine Schar in gefahrenreichem Zuge durch Afrika geführt. Das Interesse an dieser Expedition war in Frankreich durch die Dreyfuß-Affäre zurückgedrängt worden, welche die Nation aufs tiefste aufwühlte, den Blick von der Kolonialpolitik auf die innere Politik überlenkte und darüber hinaus nicht allein nach der politischen, sondern zumal auch nach der geistesgeschichtlichen Seite hin für Frankreich von einschneidender Bedeutung wurde.[36])

Am 10. Juli 1898 nun stieß Marchand mit seiner kleinen Truppe — er führte 120 Sudanesen und 8 Offiziere[37]) — bei Faschoda an das Nilufer und hißte dort die Trikolore. Da wurde die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf diesen fernen, kleinen Platz am oberen Nil gelenkt, als am 26. September 1898 der siegreiche englisch-ägyptische Befehlshaber Kitchener hier gleichfalls erschien und zum Zeichen der Besitzergreifung des eroberten Gebietes gegenüber der Trikolore die Flagge des britischen Reiches aufziehen ließ.

Es war das denkwürdige Treffen von Faschoda. Nun stand also Marchand am Nil, nun konnte die von Hanotaux mit der Entsendung des Colonels angestrebte Diskussion beginnen. Die Weisungen ihrer Regierungen erwartend beharrten Marchand wie Kitchener in ihrer Position. Keiner wollte weichen. Die Situation war ernst und bedrohlich. Nun zeigte sich das Vermessene des Planes der französischen Politiker von 1895 und 1896. Wenn man in dieser Zeit gedacht hatte, mit der Entsendung Marchands könne man wie mit einem kühnen Handstreich von England eine für Frankreich günstige Lösung der ägyptischen Frage erreichen, so erwies sich das nun als ein grundsätzlicher Fehler.[38]) Denn mit diesem französischen Vorstoß sah sich England in einem so wichtigen Interessengebiete bedroht, daß es eher an den Krieg zu appellieren bereit war als nachzugeben.[39]) Kitcheners Erfolge erfüllten England mit Siegesfreude, Gordon

[36]) S. hierzu E. R. Curtius, Die literarischen Wegbereiter des neuen Frankreich (Potsdam 1920), S. 14 ff.

[37]) Große Politik Bd. 14/II, Nr. 3887.

[38]) Schefer, S. 227 f.

[39]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3890, 3891, 3895.

war gerächt und die Aussicht auf die Angliederung des Hinterlandes am oberen Nil an die ägyptische Interessendomäne schien groß und begründet. Und da kam Marchand und suchte dem Sieger seinen Gewinn streitig zu machen, das Vordringen der britischen Flagge zu hemmen! Hinter Marchand und Kitchener standen die Nationen. Der durch die vielen Zusammenstöße und Reibungen angesammelte Groll auf beiden Seiten brach zu stürmischen Kundgebungen durch: die Gegensätzlichkeit der beiden Völker war auf einem Höhepunkt angelangt, welcher jeden Augenblick den Krieg in greifbarste Nähe rücken konnte. In England hielt man Frankreichs Kraft durch die Erschütterungen der Dreyfußaffäre für geschwächt und scheute darum eine scharfe Sprache nicht. Dagegen konnten die französischen Staatsmänner sich nicht verhehlen, daß die kriegerische Zurüstung ihres Landes für eine Auseinandersetzung mit den Waffen keineswegs genügte.

Die maßgebenden Kreise in der französischen Regierung haben sich allerdings, wie aus Mitteilungen des „Figaro" vom Jahre 1904 hervorgeht,[40]) bereits vor dem Faschoda-Zwischenfall mit der Frage einer kriegerischen Auseinandersetzung beschäftigt. Nach diesem Blatte sind schon zu Anfang des Jahres 1898 beunruhigende Nachrichten nach Paris gekommen, und ein Konflikt mit England über das Nigergebiet drohte bevorzustehen. Da beschlossen die Minister umfassende Defensivmaßnahmen. Es wurden von dem damaligen Marineminister Besmard mit Neubaugeldern notwendige Reparaturen vorgenommen, ohne den Budgetausschuß zu fragen, die Geschwader-Befehlshaber wie die Seepräfekten wurden zusammengerufen, um einen Operationsplan festzustellen und an alle Kriegsverwaltungen ergingen Anordnungen zur Vorbereitung der Mobilmachung und zur sofortigen Durchführung von Verteidigungsmaßregeln. Später, am 30. August 1898, berichtete der französische Geschäftsträger in London an Delcassé, in England bestehe die täglich wachsende Meinung, Frankreich sei das Land, mit dem England am besten Krieg führen könne. Deutschland und Rußland seien schwer zu treffen, aber Frankreich habe wenig Macht, seine Küste und seine Kolonien zu verteidigen. Der Geschäftsträger rät, un-

[40]) S. Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 725 v. 5. 8. 1904.

auffällig, aber zielbewußt Maßnahmen zur Verteidigung der Küste wie der der Kolonien zu treffen.

Schon im März dieses Jahres sind, nach dem „Figaro", Befehle an die Seepräfekten ergangen, in denen es zu den dort geforderten Arbeiten hieß, daß alle Aktionsmittel ausnutzbar und instand sein müßten. Arbeiten, die nicht sofort eine nützliche Verwendung zuließen, seien aufzuschieben. Alles aber müsse geheim geschehen. Die erhöhte Tätigkeit in den Arsenalen dürfe keine Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die Vorsteher der einzelnen Dienstzweige dürften keine Andeutung über den wahren Zweck dieser Anstrengungen verlauten lassen. — Die Sorgen der Regierung in der Konfliktsnähe lehren, daß die Zurüstungen, wie man sie nach diesen Angaben erwarten durfte, nicht als hinreichend angesehen worden sind.

Dagegen schien man sich in England mit dem Gedanken einer kriegerischen Auseinandersetzung durchaus vertraut zu machen.[41]) Der deutsche Geschäftsträger in London berichtete am 22. Oktober 1898 nach Berlin, es werde, wie er höre, alles für den Kriegsfall instand gesetzt. Das britische Kanalgeschwader habe bereits vor Brest demonstriert. Und der deutsche Militärattaché in London meldete am 25. Oktober, daß der Faschodastreit allem Anschein nach einen sehr viel ernsteren Charakter angenommen habe, als bisher erwartet werden konnte.[42]) Gerüchtweise erfahre er, man sei in maßgebenden Kreisen einer gründlichen Abrechnung mit Frankreich durchaus nicht abgeneigt.

Demgegenüber fühlte sich das französische Kabinett — mit Brisson (seit dem 28. Juni 1898) an der Spitze, dem am 3. November Dupuy als Ministerpräsident folgte — keineswegs bereit, mit England in einen Kampf einzutreten, am wenigsten der Außenminister Delcassé, der seit dem 28. Juni 1898 im Amt war.[43]) Wollten die Franzosen aber einer kriegerischen Auseinandersetzung aus dem Wege gehen, so blieb ihnen nur die Abberufung Marchands. Und das geschah. Es war eine der bittersten Stunden der dritten Republik, als am 4. November 1898 die „Agence Havas" die Wei-

[41]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3895.
[42]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3898.
[43]) Schefer, S. 222.

sung an Marchand, Faschoda zu verlassen, [44]) bekanntgab. Diese Entscheidung Delcassés und seiner Ministerkollegen war mutig und klug. Denn ungeachtet der Erregung, welche sie in Frankreich hervorrufen mußte, sah der neue Außenminister, der entgegen der kurzen Amtsdauer fast aller seiner Vorgänger sieben Jahre hindurch seinen Posten innegehabt hat, hierin den Wendepunkt der politischen Richtung, die Frankreich nun nehmen sollte: und das war die Liquidation des Kolonialstreites, das war die Förderung einer englisch-französischen Annäherung. [45])

Zunächst zeigte sich allerdings wenig Aussicht hierzu. Denn auch nach der Abberufung Marchands wurden die Kriegsrüstungen in England noch nicht eingestellt. [46]) Es hatte den Anschein, als wolle England auch nach der Erledigung des Faschoda-Zwischenfalles eine gründliche Abrechnung mit Frankreich vornehmen. [47]) Der deutsche Botschafter Graf v. Hatzfeldt sah in einem Bericht vom 20. Dezember 1898 den Grund für die Aufrechterhaltung der englischen Rüstungen vor allem in der Besorgnis, daß Frankreich, das infolge der Niederlage in einer unverkennbar gereizten Stimmung sei, im Bahr-el-Ghasal-Gebiet oder anderwärts Kompensationsforderungen stellen könne, welche für England unannehmbar seien. [48])

Die Gefahr einer ernstlichen Kollision ist noch bis Ende Januar 1899 akut gewesen, dann zeigte sich eine ruhigere Auffassung der Lage in England, und der Wunsch nach einer friedlichen Lösung der bestehenden Schwierigkeiten trat in den Vordergrund. [49])

Die französische Regierung aber suchte alles zu vermeiden, was zu Konflikten führen konnte. [50]) An diesem Zeitpunkt, wo die Erregung auf beiden Seiten des Kanals so tiefgehend war, gab es in Frankreich eine kleine Gruppe von Politikern, welche entschlossen auf eine Annäherung an England hinzuarbeiten bereit war. Unter diesen nahm Delcassé die vorderste und

---

[44]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3902, 3907.
[45]) Schefer S. 230 ff.
[46]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3909.
[47]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3920, 3908.
[48]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3923.
[49]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3930.
[50]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3931.

einflußreichste Stelle ein. Sehr bezeichnend für den von ihm angestrebten Frontwechsel war es, daß der französische Außenminister schon im September 1898, vor dem Faschoda-Zwischenfall, den wichtigen Londoner Botschafterposten neu besetzte: M. de Courcel, welcher lange Jahre hindurch die Republik am Hofe der Britischen Majestät vertreten hatte, wurde durch Paul Cambon ersetzt.[51]) Mit Cambon trat ein überzeugter Anhänger einer englisch-französischen Verständigung auf den Londoner Posten. Seine und Delcassés Anschauungen teilten noch einige andere französische Politiker, so der Präsident der Republik, Félix Faure, der Minister Tarieux im Kabinett Méline, welcher die gegen England gewandte Politik Hanotaux' nicht teilte und ferner der Marineminister de Lanessan im Kabinett Dupuy.[52])

Der erste Erfolg der Politik freundlichen Ausgleichs, zu welcher die Initiative an diesem Zeitpunkte sicher bei der französischen Regierung lag, zeigte sich verhältnismäßig sehr bald: denn die beiden Regierungen fanden sich am 21. März 1899 zu einer Vereinbarung zusammen, wodurch die beiderseitigen Besitzungen südlich und westlich vom Niger abgegrenzt und die Interessensphären östlich vom Niger festgelegt wurden. England erhielt Bahr-el-Ghasal und Darfur, Frankreich Wadai, Bagirmi und das Gebiet im Osten und Norden des Tschad-Sees.[53]) Delcassé zeigte sich sehr befriedigt über dieses Uebereinkommen: es werde, wie er erklärte, beiden Teilen gerecht und dürfte auf keiner Seite den Wunsch, sich anderweit zu rächen, zurück lassen.[54]) Sachlich betrachtet, bedeutete das Abkommen allerdings den französischen Verzicht auf die seit 1894/95 inaugurierte Sudanpolitik, den Verzicht auf die Machtprobe, wie sie Hanotaux England gegenüber angestrebt hatte. Aber es zeigte scharfsichtigen Beobachtern zugleich die ersten Anfänge eines neuen Kurses; als ein italienischer Diplomat einen französischen Botschafter fragte, wie es um die englisch-französischen Beziehungen stehe, antwortete dieser: „Die Sudanfrage ist jetzt erledigt: nun gibt

[51]) Schefer, S. 233.
[52]) Schefer, S. 232.
[53]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3942.
[54]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3943.

es nichts, was einer vollkommenen Entente noch entgegensteht." [55])

So weit war es aber noch nicht. Denn die britische Regierung wurde, nachdem der ernsteste Konfliktstoff mit Frankreich, die Sudanfrage, zu einer Lösung gebracht schien, auf einem anderen Schauplatz in Anspruch genommen, und das war in Südafrika. Der Burenkrieg begann im Oktober 1899. Dieser Kampf rief auf dem europäischen Kontinent eine scharfe, englandfeindliche Stimmung wach, die nicht zuletzt in Frankreich sich bemerkbar machte. Dort ergriff die Feindschaft gegen England alle Schichten und nahm einen noch größeren und allgemeineren Umfang an als die Erregung, die im Zusammenhang mit Faschoda ausgebrochen war. Die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Buren weckten die Teilnahme der französischen Massen, die sich als die Hüter jener republikanischen Freiheiten dünkten, welche England in Südafrika anzutasten unternahm. [56])

Delcassés englandfreundliche Politik hatte keine geringe Belastungsprobe durchzumachen und die in dieser Zeit offenbar werdende zeitweilige Tendenz einer mehr nach Deutschland gerichteten Politik [57]) möchte Zweifel an der Stetigkeit seiner anglophilen Politik aufkommen lassen. Vielleicht rührt daher der Vorwurf der Unbeständigkeit, der dem französischen Außenminister gemacht worden ist: Delcassé ist ehrgeizig, impulsiv, eine rechte Sturmschwalbe in der internationalen Politik, mit Eifer Anglophobe im einen, Germanophobe im anderen Augenblick: so sagt E. D. Morel. [58]) Aber man wird doch schwerlich sagen können, daß Delcassé so wankelmütig gewesen sei. Daß er die englandfreundliche Grundrichtung seiner Politik nicht in vollkommen gerader Linie verfolgen konnte, lag einmal in der Volksstimmung, zum anderen Mal in der Unbeständigkeit der französischen Innenpolitik begründet, welche ihn, den parlamentarischen Minister, zur Rücksichtnahme zwangen. [59])

---

[55]) Schefer, S. 234.

[56]) Barclay, S. 162.

[57]) Brandenburg, S. 120 f.

[58]) Truth and the War (London 1918), S. 74. — S. auch B. Russel, The Policy of the Entente (London 1916) S. 15.

[59]) P. Herre i. Weltgeschichte 1890—1925, S. 447 f. — Theodor Wolff, der bekannte deutsche Publizist, sagt in seinem

Unzweifelhaft besaß Frankreich jetzt in Delcassé einen Außenpolitiker von großem Format. Ihm gelang es bei einem persönlichen Besuch in Petersburg Ende Juli 1899, die französisch-russischen Beziehungen neu zu festigen.[60]) Die Erhaltung und Stärkung der Bundesgenossenschaft mit dem Zarenreiche war für Frankreich und für die politische Rechnung seines Außenministers umso wertvoller und bedeutsamer, je schwieriger die Bemühungen um England sich anließen. Denn je mehr Aussicht die von 1898 bis 1901 gepflogenen englisch-deutschen Verhandlungen über eine engere Anlehnung der beiden stammesverwandten Länder hatten, umso weniger war für Frankreich mit der Gewinnung einer beständigen Freundschaft Englands zu rechnen.

In dem Werben Englands um Deutschland kam die Tendenz einer grundsätzlichen Neuorientierung der britischen Politik zum Ausdruck. Offenbar suchte Großbritannien nach einer langen Periode des Alleinseins einen verläßlichen Freund und unternahm es, diesen durch eine Verbindung mit Deutschland zu gewinnen. Von der Entscheidung Berlins hing sehr viel ab. Im Laufe der Unterhandlungen mit Deutschland hatte Chamberlain, der Wortführer Englands, wiederholt zu erkennen gegeben[61]), daß, wenn England mit

---

an lebendigen Einzelzügen reichen politischen Erinnerungsbuche „Das Vorspiel" (München 1925) zu dem oft vernommenen Einwand, Delcassé sei in seinen ersten Ministerjahren nicht deutschfeindlich und sogar für eine Verständigung mit Deutschland zu haben gewesen, folgendes: „Er mag nicht sofort die Absicht gehabt haben, eine antideutsche Politik zu treiben, aber dafür, daß er mit einigermaßen zielklarem Willen sich der Verständigungspolitik zugewandt habe, sehe ich nirgends einen Beweis. Obgleich er mir manche gesellschaftliche und andere Höflichkeiten erwies — Wolff war seit 1893 eine Reihe von Jahren in Paris —, zu denen ich ihn nicht nötigte, habe ich den Eindruck, daß er zu den Versöhnungspolitikern gerechnet werden könne, niemals gehabt. Sein unvorteilhaftes Aeußere, sein unschönes Gesicht mit der geröteten, derben Nase und den etwas stechenden Augen hinter dem Kneifer und die Verschlossenheit seines Wesens konnten gewiß irreführen, das Urteil zu seinen Ungunsten zu beeinflussen, aber ich bezweifle, daß hinter dem Schild, hinter der teils echten und teils einstudierten abweisenden Kühle, irgend eine auf die Verständigung mit Deutschland gerichtete Ueberlegung vorhanden war." (S. 140.)

[60]) Brandenburg, S. 119.

[61]) S. z. B. Große Politik, Bd. 17, Nr. 4982.

Deutschland nicht zu einem Einvernehmen komme, es sich entschließen werde, ein solches mit Frankreich und Rußland anzustreben. In dieser Warnung sah Graf Bülow, der deutsche Reichskanzler, wie er am 21. Januar 1901 ausführte,[62]) „ein zu unserer Einschüchterung erfundenes Schreckgespenst, womit die Engländer seit Jahren operierten", an welches Bülow aber wegen der „extravaganten Opfer", die England für ein solches Einvernehmen werde bringen müssen, nicht glauben wollte. Holstein pflichtete durchaus bei: ihm ist die angedrohte Verständigung mit Rußland und Frankreich „vollständiger Schwindel". [63])

Aber es sollte sich bald zeigen, wie ernst es Chamberlain mit der Ueberwindung der Isolierung, die keine glänzende mehr war, nahm. Als es sich herausstellte, [64]) daß Deutschland den englischen Wünschen zu entsprechen sich nicht bereit fand, schlug die britische Politik andere Wege ein: am 30. Januar 1902 wurde das englisch-japanische Bündnis geschlossen. Das war ein symptomatischer Akt. Ein sinnfälliger Ausdruck für Englands veränderte Grundhaltung. [65])

In Paris machte das Bündnis einen großen Eindruck. Man glaubte dort, wie aus belgischen Mitteilungen hervorgeht, [66]) nicht, daß dieses für die Gestaltung des englisch-französischen Verhältnisses nachteilige Folgen habe könne. Jedoch rief die russischer Initiative entspringende gemeinsame französisch-russische Deklaration vom 16. März 1902 hinsichtlich des Status quo in China und Korea, [67]) welche durch das englisch-japanische Bündnis herbeigeführt wurde, in britischen Regierungskreisen ein gewisses Unbehagen hervor. Offenbar hatte man in London eine solche Stellungnahme Frankreichs an der Seite Rußlands nicht erwartet. [68])

---

[62]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 4983.

[63]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 4984.

[64]) Es ist hier nicht geboten, den weitläufigen deutsch-englischen Verhandlungen um die Jahrhundertwende nachzugehen; s. hierzu Große Politik, Kapitel 91, 92, 105, 109, Brandenburg, Kap. 5, 6, 7.

[65]) Ueber die Bedeutung dieses wichtigen Bündnisses s. O. Franke, S. 205 f.

[66]) Schwertfeger, Unveröffentlichte Dokumente I, S. 97.

[67]) S. Anlage zu Große Politik, Bd. 17, Nr. 5064.

[68]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5065.

Eine weitere Erschwerung der englisch-französischen Beziehungen ergab sich durch die Entwicklung der in den Jahren 1901 und 1902 gepflogenen Marokko-Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien. [69])

Bevor wir auf diese Unterhandlungen zurückkommen, soll aber noch eines Versuchs der Annäherung der beiden Länder gedacht werden, welcher nicht von der Politik, sondern von der Wirtschaft ausging. Die Britische Handelskammer in Paris, die bedeutendste Interessenvertretung der englischen Wirtschaft in Frankreich, hatte im Jahre 1897 in Sir Thomas Barclay einen Vizepräsidenten erhalten, [70]) der ein eifriger Anhänger einer englisch-französischen Verständigung war und namentlich, nachdem er Präsident dieser Körperschaft geworden, sich mit unablässiger Bemühung für dieses Ziel einsetzte. Er hatte den Plan, die britische Handelskammer in der französischen Hauptstadt solle im Jahre 1900 die Kammern Großbritanniens zu einer Tagung nach Paris einladen, um so durch einen unmittelbaren Gedankenaustausch der Wirtschaftler auf beiden Seiten des Kanals das Verständnis für einander zu fördern. Den besonderen Anreiz zur Zustimmung der Kammern auf diese Einladung bot die große Ausstellung in Paris, welche in diesem Jahre stattfand. Dem Rufe Barclays sind ca. 85 Kammern gefolgt: es waren 500 bis 600 Personen, die hierdurch nach Paris geführt wurden. [71]) In den offiziellen Kreisen von Paris ehrte man den Besuch und der Eindruck, welchen beide Teile empfingen, war ein guter. Namentlich die französische Regierung ließ es sich angelegen sein, die Gäste aus England mit Liebenswürdigkeit und Höflichkeit zu behandeln. Eine Folge des Besuches der Kammern war es, daß nun die Teilnahmslosigkeit der Engländer gegenüber der Ausstellung, welche einem Boykott gleichkam, nachließ. [72])

Allerdings trübte bald die Politik wieder die freundliche Stimmung, welche der Besuch hervorgerufen hatte: es war der noch vor dem Schluß der Ausstellung erfolgende Besuch des Burenpräsidenten Krüger in Frankreich, welcher geeignet war, in England

[69]) Morel, 10 Years, S. 50 f.
[70]) Barclay, S. 159 f.
[71]) Barclay, S. 187.
[72]) Barclay, S. 196.

zu verstimmen, trotzdem einflußreiche Organe wie „Temps", „Figaro" und „Journal de Débats" freundlichere Worte für England hatten und weder von Marseille noch von Paris trotz der hochgehenden Begeisterung für den greisen Burenführer Kundgebungen ausdrücklicher Feindschaft gegen England gemeldet wurden.[73])

Das Jahr 1901 stand für Frankreich im Zeichen innerpolitischer Agitation und die Außenpolitik befand sich, wie es schien, in einem Zustand der Schwebe. Da erfuhr man im Januar des Jahres 1902 in Berlin von Bemühungen der englischen Diplomatie um einen Ausgleich der mit Frankreich noch bestehenden kolonialen Schwierigkeiten.[74]) Diese kamen aber nicht recht vorwärts, weil über Marokko eine Verständigung nicht zu erreichen war.

Die größere Bewegungsfreiheit, welche die Franzosen durch das mit England am 21. März 1899 abgeschlossene, schon gekennzeichnete Sudanabkommen im Nordwesten Afrikas gewonnen hatten, kam in den Bestrebungen zum Ausdruck, die mit Algier und Tunis ja schon günstige koloniale Position weiter zu verbessern. So wurden denn mit Spanien und Italien Verhandlungen angeknüpft, die namentlich Marokko zum Gegenstand hatten. Mit Italien wurde am 1. November 1902 eine Vereinbarung über Tripolis und Marokko stipuliert;[75]) früher schon, im Sommer dieses Jahres, waren die französisch-spanischen Verhandlungen so weit gediehen, daß eine förmliche Konvention über Marokko vor dem Abschluß stand. Spanien sollte für den Fall, daß der Status quo in Marokko nicht aufrecht zu erhalten sei, die Nordküste mit Fez und Tanger sowie einen Teil des südlichen Gebiets erhalten, während Frankreich das Zentralgebiet von Marokko sich vorbehielt.[76])

Da trat Spanien plötzlich von der Zustimmung zu diesen Abmachungen zurück. Mit der Tatsache, daß zur gleichen Zeit ein neues Kabinett in Spanien antrat, ist dieser Schritt nicht hinreichend zu erklären, son-

---

[73]) Barclay, S. 190, 194.
[74]) Brandenburg, S. 167 f.
[75]) Stieve, S. 63.
[76]) Schefer, S. 245; s. die Karte bei Morel, 10 Years, zu S. 48.

dern vielmehr auf einen Druck Englands zurückzuführen, welches nicht gewillt war, eine Aufteilung Marokkos, wie sie vorgesehen, zuzulassen.[77])

Das Vorgehen Englands gegen die französisch-spanischen Marokkopläne war für Delcassé eine Lehre, daß seinem großen Ziele noch erhebliche Hindernisse im Wege standen.

Aber er sollte sich bald eines eifrigen Fürsprechers zu erfreuen haben. Denn mit Eduard VII., welcher am 22. Januar 1901 die Nachfolge der Königin Viktoria antrat, bestieg ein Freund Frankreichs den englischen Thron. Eduard ist, noch nicht vierzehnjährig, im Jahre 1855 zum ersten Male nach Paris gekommen und dort begeistert gefeiert worden.[78]) Seither ist er wieder und wieder in Frankreich und zumal in Paris gewesen, nach 1872 fast jedes Jahr. Die französische Hauptstadt mit ihrer prangenden Lebensfülle übte auf den britischen Thronfolger eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Hier sammelte sich um Eduard, der es vermied, den hohen Rang seiner Stellung irgendwie zu betonen, ein Freundeskreis, an dem neben Politikern Literaten und Künstler einen bedeutenden Teil hatten. Und da der Prinz an allem, was das Leben der französischen Hauptstadt bewegte, Anteil nahm, — eine besondere Vorliebe besaß er für das Theater und für die großen Rennen — war er in Paris eine wohlbekannte Persönlichkeit. Man nahm seine häufigen Besuche allgemein nicht als Staatsangelegenheit, sondern sah darin nur den Wunsch, an den vielen Freuden, wie sie die Weltstadt an der Seine bot, teilzunehmen.

Aber Eduard hatte nicht nur als Mensch, sondern auch als Politiker ein besonderes Interesse an Frankreich: daß er eine enge Verbindung zwischen England und Frankreich für nützlich und erstrebenswert halte, hat er wiederholt zum Ausdruck gebracht.[79]) In den Jahren der tiefen Verstimmung und Spannung zwischen den beiden Ländern trat dieser Wunsch allerdings zurück vor den stärkeren Ereignissen und vor staatspolitischen Notwendigkeiten, die die Zeiten mit

[77]) Morel, 10 Years, S. 49 ff.

[78]) S. Legge, „King Edward in his true Colours", S. 150 ff. — Lee, S. 37 ff.

[79]) S. Lee, S. 258 f., 344 ff. u. a.

sich brachten.[80]) Nie aber sind die Sympathien des Thronfolgers für Frankreich ganz erloschen, wie er sich ja auch selbst in den Jahren der Spannung nicht gescheut hat, bei seinen häufigen Reisen als Privatmann in Paris Aufenthalt zu nehmen. —

Was die Stellung Eduards zu Deutschland anlangt, so ist namentlich sein durch vielerlei Mißhelligkeiten und Reibungen beeinträchtigtes Verhältnis zu Wilhelm II. ein Faktum von einer das Persönliche weit übersteigenden Tragweite geworden.[81])

Jeder der beiden Herrscher strebte offensichtlich dahin, mit dem Einsatz der eigenartigen und fesselnden Persönlichkeit für politische Pläne zu werben; und hierin hat Eduard eine unübertreffliche Meisterschaft erlangt. Ihn unterstützte dabei seine eminente Sprachbegabung, die, schon früh eifrig gepflegt,[82]) ihm die geläufigste Konversation in der englischen, französischen wie deutschen Sprache gestattete. Die durch die Sprachgewandtheit glücklich geförderte Gabe einer glänzenden Unterhaltung hat der englische König seinen politischen Zwecken nutzbar zu machen gewußt: er war nicht nur ein geistvoller, sondern zugleich ein kluger und berechnender Causeur, der mit der Liebenswürdigkeit und Geschmeidigkeit weltmännischen Auftretens — „Le Roi Charmeur" hat ihn Lord Rosebery genannt[83]) — eine sichere politische Einsicht und klare Zielstrebigkeit verband. Das große Gepränge, mit dem sich der Deutsche Kaiser gern umgab, liebte Eduard nicht. Andererseits vermochte die Erkenntnis, daß dem Oheim auf dem britischen Thron mit weit weniger Aufwand große und größere Erfolge

[80]) S. Lee, S. 447.

[81]) Lee, S. 643 ff. — S. Legge, „King Edward, the Kaiser and the War", S. 53. — S. auch G. Karo, „Zur Politik König Eduards VII." in „Die Kriegsschuldfrage", Jg. 1925, S. 536, ferner dessen Einleitung zu Farrer „Europäische Politik unter Eduard VII." S. XIII f. — Auf das durch „kleinere oder größere Familienzwistigkeiten und Zwistigkeiten der beiderseitigen Eitelkeiten" beeinträchtigte Verhältnis des Kaisers zu Eduard verweist neuerdings Herm. Frhr. v. Eckardstein in seinen „Persönlichen Erinnerungen an König Eduard aus der Einkreisungszeit" (Berlin 1927) S. 14. Eck. bemerkt bei dieser Gelegenheit auch, welche Schwierigkeiten sich hieraus für die Deutsche Botschaft ergaben. S. 14 f.

[82]) Lee, S. 17.

[83]) Esher, Influence, S. 37.

zuteil wurden, den Kaiser keineswegs zu einer freundlicheren Stellung diesem gegenüber zu bestimmen.

Bei der großen Anteilnahme, welche diese beiden Herrscher der Außenpolitik ihrer Länder zuwandten, wird man sich des Gegensatzes zwischen Wilhelm II. und Eduard VII. bei den politischen Entscheidungen im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts stets zu erinnern haben. Nicht zuletzt gilt das für die frankophile Politik des Königs und deren stärkste Auswirkung, die Begründung der Entente cordiale. —

Ueber die Eignung des Thronfolgers für die Politik, namentlich für die Außenpolitik, wußte die englische Oeffentlichkeit nichts Gewisses. Der Prinz von Wales galt als charmanter, sehr lebensfroher, bis zum Leichtsinn sorgloser Mann, [84]) — was er in der Politik leisten würde und könne, war eine Frage, die noch der Antwort harrte. Und doch stand Eduard in der langen Kronprinzenzeit der Außenpolitik keineswegs fern. [85]) Daß dies Wirken weiteren Kreisen so gut wie unbekannt war, dürfte vornehmlich auf das unverkennbare Streben der Königin Viktoria zurückzuführen sein, den Thronfolger von der offiziellen Außenpolitik fernzuhalten. [86]) Ueber die geringe Bereitwilligkeit der Königin, ihn von den Staatsgeschäften und von der unmittelbaren Arbeit des Foreign Office zu unterrichten, hat der Prinz sich oft bitter beklagt. Bis zum Jahre 1892 konnte er fast durchweg nur aus Zeitungen, außeramtlichen Korrespondenzen, aus Unterhaltungen mit Diplomaten und kenntnisreichen Freunden sich die ersehnten Einblicke in die Politik erwerben. Nur etwa die letzten acht Jahre seiner Kronprinzenzeit hat Eduard im Einverständnis mit der Königin an dem gesamten großen Arbeitsfeld der inneren wie der äußeren Politik, gestützt auf die Informationen aus erster Hand, Anteil nehmen können und dürfen. [87]) Daß er während des weitaus größeren Teils der Thronfolgerzeit so wenig Verbindung mit den offiziellen Staatsarbeiten hatte, erklärt sein Bemühen, mit einem möglichst weiten Kreise von Politikern,

---

[84]) Legge, „King Edward in his true Colours", S. 9.

[85]) S. Lee, S. 294 ff. u. a.

[86]) Lee, S. 214 ff. — S. auch Farrer, S. 11 und Eckardstein „Persönliche Erinnerungen", S. 51 ff.

[87]) Lee, S. 218.

Wirtschaftlern, Journalisten und anderen einflußreichen Persönlichkeiten zusammenzukommen und wozu ihn anfänglich die mangelnde offizielle Berichterstattung zwang, das wurde ihm später eine sehr beachtliche Hilfe und Stütze. Denn Eduard besaß ein ausgezeichnetes Gedächtnis für Personen und Tatsachen, und dies kam ihm oft zustatten, wenn es galt, eine Persönlichkeit für seine Ziele zu gewinnen.

Der Außenpolitik wandte der König bald nach seinem Regierungsantritt die größte Aufmerksamkeit zu. Sein außenpolitisches Wirken ist zwar am Maßstabe der parlamentarischen Kritik nicht zu messen, denn nicht er, sondern die Außenminister tragen die offizielle Verantwortung für das Handeln der Regierung. Aber die Verfassung läßt dem englischen König genügend Spielraum, in der Außenpolitik sich geltend zu machen, und Eduard VII. hat von dieser Möglichkeit in solchem Maße Gebrauch gemacht, daß mit Recht von ihm gesagt worden ist, er sei sein eigener auswärtiger Minister gewesen, er habe die Initiative der englischen Politik ergriffen, sie beherrscht und beaufsichtigt.[88])

Wie bald man in England die außenpolitische Regsamkeit des neuen Herrschers erkannte und anerkannte, ersieht man daraus, daß die Beendigung des unpopulär gewordenen Burenkriegs im Jahre 1902 dem Bemühen des Königs zugeschrieben wurde.[89]) Auch an dem Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses gab man ihm Anteil. Insbesondere aber ist Eduards politisches Wirken der Begründung der englisch-französischen Freundschaft zugute gekommen.

Als nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Deutschland die Blicke der englischen Regierung sich auf Frankreich lenkten, trat der König mit Wärme für eine solche Verbindung ein. Seinem alten Wunsch schien nun Erfüllung zuteil zu werden.

Nachdem England in der Option für Deutschland oder Frankreich sich zugunsten des letzteren entschieden hatte, gab es keinen geschickteren und berufeneren Sachwalter der britischen Interessen als Eduard VII., welcher im Gepränge seiner königlichen Macht als

[88]) S. Farrer, S. 5 ff., 109 f.
[89]) Farrer, S. 59.

Gast des Präsidenten der französischen Republik zu Anfang Mai des Jahres 1903 in Paris einzog. Die Tage dieses Königsbesuchs hat man als die für die Gründung der Entente cordiale entscheidenden angesehen. [90]) In der Tat ist ihre Bedeutung in dieser Hinsicht unbestreitbar. Der König, durch seine vielen Besuche, seine vielen Beziehungen mit Paris und seinen maßgebenden politischen, finanziellen, künstlerischen Kreisen vertraut, trat nun mit einer Wärme für eine englisch-französische Annäherung ein, daß in diesen wenigen Tagen die durch die bitteren Erfahrungen mit England anfänglich kühle Stimmung der Pariser Bevölkerung wie der Presse in Begeisterung für den englischen Herrscher und die von ihm bekundeten Ziele — Beseitigung der Differenzen, Begründung dauernder Freundschaft zwischen Frankreich und England — umsprang. „Paris war entscheidend und gänzlich erobert." [91])

Der Besuch erregte in Frankreich wie in England sehr großes Aufsehen und wurde aufs lebhafteste besprochen. Der Eindruck, welchen der Besuch Eduards in Frankreich machte, so berichtet die belgische Gesandtschaft in Paris am 4. Mai 1903, konnte nicht besser sein. Alle Welt erkenne die Bemühungen des Souveräns an, die Verstimmung, welche zwischen den beiden Ländern entstanden war, zu entkräften. Man sage, Eduard habe alle Herzen gewonnen. [92]) Und W. S. Blunt schrieb am 6. August 1903, im Ausland gelte Eduard als der größte Diplomat des Tages, als der Mann, durch den die öffentliche Meinung in Frankreich sich England freundlich zugewandt habe. [93])

Diese Zuneigung zu fördern waren die Worte des englischen Königs bestimmt, welche er bei dem Gegenbesuche des Präsidenten Loubet in London im Juli 1903 sprach, und wo er der Hoffnung Ausdruck gab, daß Frankreich und England stets die engsten Beziehungen

---

[90]) Eckardstein berichtet in seinen Memoiren (II, S. 423), Chamberlain habe ihm gegenüber kurz vor der Abreise des Königs nach Paris bemerkt: „Here in England the kings visit to Paris is very popular and if Paris gives him a good reception then everything will go well between us in the future!"

[91]) Legge (d'Haussonville), „King Edward in his true Colours", S. 169.

[92]) Schwertfeger, Unveröffentlichte Dokumente I, S. 106 f.

[93]) My Diaries II, S. 65. (New-York 1921).

unterhalten und aufrichtigste Freundschaft pflegen sollten.[94])

Während man in Paris wie in London solch freundliche Worte tauschte, rückte die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Rußland, dem Verbündeten Frankreichs, und Japan, dem Verbündeten Englands, näher. In Berlin erfuhr man, daß Eduard in Paris für diesen Fall zur Neutralität geraten habe, um dann selbst eine neutrale Stellung einnehmen zu können.[95]) Und man kann annehmen, daß die Gefahr eines russisch-japanischen Konfliktes die Verhandlungen zum Abschluß einer Entente zwischen England und Frankreich befördert hat. Die Hauptschwierigkeit lag, wie schon gezeigt, in Marokko. Nachdem aber zwischen den beiden Regierungen am 14. Oktober 1903 ein Schiedsabkommen mit der Bestimmung, daß die beiden Vertragspartner alle nicht ihre Lebensinteressen berührenden Streitfragen der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts überlassen wollten, abgeschlossen worden war,[96]) war, zumal die Marokkofrage nun auch endlich freundliche Aussichten bot,[97]) der Boden für die allgemeine Verständigung bereitet. Der englische König unterstützte mit Eifer und wärmster Anteilnahme die Bemühungen um den Ausgleich, der seiner politischen Tendenz so sehr entsprach.[98]) In den ersten Apriltagen des Jahres 1904 waren die Staatsmänner am Ziel: ein umfassendes Abkommen gab Zeugnis von einer großen Verständigung.

---

[94]) Schefer, S. 250.
[95]) Brandenburg, S. 175.
[96]) Brandenburg, S. 175 f.
[97]) Vgl. S. 61 f. dieser Arbeit.
[98]) Legge, „More about King Edward", S. 24, 167.

III.

Das Arrangement vom 8. April 1904.

Es war am 8. April 1904, als die britische und französische Regierung das die Entente cordiale begründende Uebereinkommen schlossen. Dieses regelt eine Reihe von kolonialen Differenzen und besteht aus drei Hauptteilen:

1. Die Deklaration über Aegypten und Marokko (mit neun Artikeln).
2. Die Konvention über Neufundland und Senegambien (mit neun Artikeln).
3. Die Deklaration betr. Siam, Madagaskar und der Neuen Hebriden (mit drei Teilen).[99])

Das wichtigste Stück des ganzen Arrangements ist die Deklaration über Aegypten und Marokko.[100]) Der erste und zweite Abschnitt bekunden den Willen der beiden Mächte, den politischen Zustand von Aegypten und Marokko nicht zu ändern; dazu aber erklärt Frankreich, die britische Aktion in Aegypten nicht erschweren zu wollen, während England den Franzosen das Recht zubilligt, über der Ruhe von Marokko zu wachen und dem einheimischen Herrscher zu Reformen ihre Hilfe zu leihen. Die aus früheren Verträgen den beiden Partnern zustehenden Rechte sollen erhalten

[99]) Veröffentlicht ist das „Arrangement diplomatique conclu au sujet du Maroc, de l'Egypte, de Terre-Neuve, du Siam, de Madagascar, des Nouvelles-Hébrides, signé a Londres le 8 avril 1904" in Recueil Martens, Reihe 2, Bd. 32 (Leipzig 1905), S. 15 ff., zugleich mit einem eingehenden Kommentar des britischen Außenministers Lansdowne an den Botschafter Sir E. Monson v. 8. 4. 1904 (S. 1—15), einigen Noten über Spezialfragen und einem Runderlaß Delcassés an die diplomatischen Vertreter der Republik (vom 12. 4. 1904), S. 43—57. Eingeschlossen ist noch der Entwurf zu einem Khedivialdekret, S. 19—29; Ueberblick über die wesentlichen Punkte dieses Dekretes s. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6445.

[100]) S. Anhang, S. 98 ff.

bleiben. Wichtig ist die Festlegung einer dreißigjährigen Handelsfreiheit, welche sich die beiden Länder in ihren Interessengebieten gegenseitig zubilligen. Im § 6 gibt England seine Zubilligung zu den Bestimmungen hinsichtlich des Suezkanals, welche am 29. Oktober 1888 getroffen waren, und erkennt damit die freie Durchfahrt durch den Kanal an. Im § 7 werden Vorkehrungen getroffen, um die britische Macht in Gibraltar zu schützen und die Franzosen billigen in eine Neutralisierung der marokkanischen Küste von Melilla bis zum Sebufluß. Spanien wird bei dieser Regelung eine Sonderstellung zugewiesen (§ 7, 8), worüber noch nähere Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien erfolgen sollen. Von großer Bedeutung ist § 9, der die Zusicherung gegenseitiger diplomatischer Unterstützung in der Durchführung der Deklaration über Marokko und Aegypten enthält.

Die beiden Staatsmänner, welche die vorstehenden Vereinbarungen getroffen haben, Lansdowne auf englischer, Delcassé auf französischer Seite, trafen an demselben 8. April 1904 aber noch ein Geheim-Abkommen über die gleiche Materie, welches von einschneidender Wichtigkeit war. Während die genannten Paragraphen unmittelbar nach dem Abschlusse veröffentlicht wurden, gelangten die fünf Geheimbestimmungen erst viel später ans Licht, und zwar durch eine Veröffentlichung des „Temps" vom 11. November 1911.[101])

Das Geheimabkommen sah eine weitgehende Veränderung des politischen Zustandes von Aegypten wie von Marokko vor für den Fall, daß die Vertragsmächte, durch die Umstände gezwungen, sich hierzu veranlaßt sähen. Die Bestimmungen über den Handel, den Suezkanal, über Gibraltar und die marokkanische Küste sollen aufrechterhalten bleiben. Aus dem marokkanischen Reiche soll im Falle der Auflösung der Herrschaft des einheimischen Sultans Spanien einen großen Teil erhalten, muß sich aber verpflichten, dies Territorium weder ganz noch teilweise zu veräußern. Und wenn Spanien dieser Teilung nicht zustimmt, so soll das Geheimabkommen für England und Frankreich doch bindend sein. — Die geheimen Zusatzparagraphen stellen, wie man unschwer erkennt, eine erhebliche

[101]) S. Anhang, S. 101 ff.

Gefährdung des in dem öffentlichen Abkommen erklärten Satzes der Aufrechterhaltung des politischen Zustandes in Aegypten wie in Marokko dar.[102])

Zur Zeit dieser Vereinbarungen war allerdings in Aegypten von einer selbständigen einheimischen Herrschgewalt nicht mehr viel die Rede, denn die Macht der Engländer war fest und sie übten das eigentliche Regiment in diesem Lande aus. Durch die Anerkennung der britischen Vorherrschaft in Aegypten setzte Frankreich nun einen Schlußstrich unter seine bedeutende Aegyptenpolitik. Für England war es ein Gewinn von unverkennbarer Tragweite, daß die bisherige oppositionelle Politik der Franzosen gegenüber dem englischen Regiment, die den Briten oft recht nachteilig und lästig gewesen war, nun aufhörte.

Das Zugeständnis, Englands Aktion in Aegypten nicht zu hindern, erteilte Frankreich natürlich nicht ohne Gegengabe. Und diese bestand in der Zubilligung der Vormachtstellung über Marokko. Seit der Besitzergreifung von Tunis (1881/83) lockte Marokko die Begehrlichkeit der französischen Kolonialfreunde, die in diesem Territorium die willkommenste Ergänzung des großen nordafrikanischen Kolonialreiches sahen. Mit Algier war Frankreich auf einer weiten Strecke Grenznachbar von Marokko, dessen Herrscher sich oft gegenüber den unruhigen Bewohnern seines Landes nicht durchzusetzen vermochte. Die nachbarlichen Franzosen leisteten ihm willig finanzielle wie militärische Hilfe und verpflichteten sich so in geschickter Weise den Landesherrn mehr und mehr.

War die Macht der Franzosen in Marokko aber auch groß, so hatten sie dennoch Mitbewerber, die es zu beachten galt. Das waren einmal die Engländer, die im marokkanischen Handel eine große Rolle spielten,[103]) dann die Spanier, die als nächste europäische Grenznachbarn stets ein lebhaftes Interesse für Marokko zeigten und endlich erfreute sich Deutschland

[102]) Es ist verwunderlich, daß ein Mann wie Lord Grey in seinen Memoiren über das Abkommen sagt, es sei gleich alles daraus veröffentlicht worden, „mit Ausnahme von ein oder zwei unwichtigen Klauseln, die, wie ich vermute, zur Schonung der Empfindlichkeit des Sultans von Marokko verschwiegen wurden. Einige Jahre später wurden übrigens auch diese der Oeffentlichkeit mitgeteilt". 25 Jahre I, S. 57.

[103]) Morel, 10 Years, S. 7 ff.

in steigendem Maße dort einer günstigen diplomatischen und kommerziellen Position. [104])

Die Handelsverhältnisse von Deutschland, England, Frankreich und Spanien zu Marokko fußten insbesondere auf der Konvention von Madrid aus dem Jahre 1880, in welcher der marokkanische Sultan den genannten Staaten das Recht der Meistbegünstigung zugebilligt hatte. [105])

Ueber diesen noch in Geltung befindlichen Vertrag setzten sich die Vereinbarungen vom 8. April 1904 ohne Bedenken hinweg: er wird gar nicht erwähnt. England begnügte sich in der Hauptsache damit, für 30 Jahre in Marokko Handelsfreiheit zu genießen und gestand im übrigen den Franzosen zu, sich des marokkanischen Reiches nach ihrem Gutdünken anzunehmen. Die Sicherheit der Position, wie sie England in Aegypten hatte, besaß Frankreich in seiner neuen Interessendomäne nicht: insofern war ihm England ein gutes Stück voraus. Zweifellos war Frankreichs Stellung in Marokko sowohl unter dem Gesichtspunkt der marokkanischen wie der internationalen Politik eine schwierigere: es mußte sich erst noch erweisen, ob es den Franzosen wirklich gelingen würde, die ihnen zugebilligte Vormachtstellung mit nachhaltigem Erfolge einzunehmen.

Daß der Weg dorthin nicht ohne Hindernisse sei, wurde dem französischen Außenminister durch die in der Deklaration vorgesehenen Verhandlungen mit Spanien geoffenbart, welche sich als außerordentlich schwierig erwiesen. Die englisch-französischen Vereinbarungen über Marokko wurden nämlich nach ihrer Bekanntgabe in Spanien denkbar ungünstig aufgenommen. [106])

So erfährt die „Kölnische Zeitung" am 11. April aus Madrid, [107]) je mehr Einzelheiten über den Marokkovertrag bekannt würden, desto trüber und düsterer werde dort die Stimmung. Es erfolgten heftige Angriffe auf die Regierung. Die Blätter besprächen den Vertrag in allen Tonarten von melancholischer Resignation und

[104]) Morel, 10 Years, S. 18 ff. — S. auch G. Diercks, „Die Marokkofrage und die Konferenz von Algeciras" (Berlin 1906), S. 135 ff.

[105]) Roepke, S. 122 f.

[106]) S. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6481.

[107]) Nr. 366 vom 12. 4. 1904.

bitterster Klage bis zum heftigsten Zorn. Auch die „Kölnische Volkszeitung" bringt eine Reihe kennzeichnender Urteile. So spricht „Correo" von Spaniens Annullierung in Marokko und sagt, der Vertrag verhindere die Verwirklichung ständiger Bestrebungen Spaniens und vernichte seine einzige Hoffnung. „Correspondencia" erklärt, Spanien sei auf diplomatischem Wege seiner Rechte beraubt worden, der Vertrag mache den peinlichsten Eindruck und verursache bittersten Schmerz. Spaniens Interessen seien völlig vergessen. Das „Diario Universal" hält den Vertrag für gleichbedeutend mit der endgültigen Austreibung Spaniens aus Marokko; Spanien werde für immer von der marokkanischen Frage ausgeschlossen, da ihm alle Wege für eine Erweiterung seines Einflusses abgeschnitten seien. [108])

Bei solchen Widerständen gegen eine gütliche und beiderseits befriedigende Lösung ist es kein geringer Beweis für die geschickte Verhandlungstaktik Delcassés, daß er schon verhältnismäßig bald die spanische Regierung zur Billigung der englisch-französischen Abmachungen über Marokko brachte. Diese erfolgte in einer entsprechenden Erklärung des spanischen Botschafters Léon y Castillo und Delcassés in Paris am 3. Oktober 1904. [109]) Bei dieser Gelegenheit wurde aber zwischen Frankreich und Spanien noch eine Geheimvereinbarung getroffen, die erst im „Matin" vom 8. November 1911 veröffentlicht worden ist. Diese Vereinbarung wies für den Fall, daß die Selbständigkeit des marokkanischen Reiches nicht aufrecht erhalten werden könne, Spanien ein Aktionsgebiet auf dem marokkanischen Territorium zu, wobei sich Spanien für 15 Jahre verpflichtete, nichts ohne Frankreichs Zustimmung dort zu unternehmen. In einem Schreiben an den britischen Außenminister Lansdowne teilte der Botschafter Cambon am 6. Oktober 1904 die Vereinbarung mit, Lansdowne erklärte sich in seiner Antwort mit der Geheimhaltung einverstanden und willigte in die Veröffentlichung der spanischen Zustimmung zu den englisch-französischen Abmachungen vom 8. April 1904 ein. [110])

---

[108]) S. Kölnische Volkszeitung, Nr. 307 v. 13. 4. 1904.
[109]) S. Recueil Martens, Reihe 2, Bd. 32, S. 57.
[110]) Morel, 10 Years, S. 58 ff.

Gegenüber der Einigung über Marokko und Aegypten treten die anderen Fragen, welche im zweiten und dritten Teil des Abkommens geregelt wurden, an Bedeutung zurück und haben einen weniger internationalen Charakter als die Bestimmungen des ersten Teils. Das gilt zunächst für die Punkte, welche Neufundland und Senegambien betreffen.

In Neufundland handelte es sich um einen alten Streit zwischen Engländern und Franzosen wegen Fischereirechten.[111]) Im Frieden von Utrecht (1713) war Neufundland an die Engländer übergegangen (Artikel XIII des Friedensvertrages), aber die Franzosen hatten auf einer begrenzten Strecke der Küste das ausschließliche Recht behalten, Fische zu fangen und zu trocknen. Im Frieden von Paris 1763 war dies Recht erneut bestätigt worden. Dagegen tauschten die Franzosen im Frieden von Versailles 1783 das bisher für die Fischerei innegehabte Küstenstück gegen einen anderen Küstenstrich der Insel ein mit Berufung darauf, daß die bisherige Strecke zuviel Anlaß zu Streit unter den Fischern beider Nationen gegeben habe. In einem Nachtrage zu diesem Vertrag sicherte England Rechte und Besitztümer seiner Untertanen in Neufundland durch neue Bestimmungen, woraus sich nun für die Folgezeit eine Reihe von Schwierigkeiten ergab, die aus verschiedenartigen Auslegungen der Bestimmungen herrührten. Versuche, hier Abhilfe zu schaffen, schlugen, trotzdem sie mehrfach — 1857, 1860, 1874, 1881, 1885, wie Lansdowne erwähnt — unternommen wurden, fehl. Neue Schwierigkeiten traten auf, als die Volksvertretung von Neufundland Maßnahmen erließ (1886/87), wodurch die französische Fischerei geschädigt werden mußte und diese nun wieder sich statt, wie bisher, auf Kabeljau-Fang nun auf Hummer-Fischerei verlegte, indem sie den Engländern das Recht bestritt, an dem für den Hummer-Fang bestimmten Küstenstrich Faktoreien für Hummer anzulegen. So ging es hin und her zwischen Streit und Ausgleichsversuchen. Nur der Takt, die Mäßigung und die gute Laune der beiderseitigen Seeoffiziere, welche die Klagen zuerst zu hören bekamen, verhinderten ernstere

---

[111]) Lansdowne an Monson, Recueil Martens, Reihe 2, Bd. 32, S. 9 ff.

Zusammenstöße,[112]) aber eine leidige Sache blieben diese Fischereistreitigkeiten doch stets. Es ist daher begreiflich, daß die beiderseitigen Regierungen bei dem Kolonialausgleich vom 8. April 1904 auch diese Angelegenheit zu einem gütlichen Ende zu bringen strebten.

So erklärt denn nun der zweite Teil des Abkommens,[113]) daß Frankreich auf die ihm nach dem Frieden von Utrecht zustehenden, örtlich präzisierten alleinigen Fischereirechte verzichtet. Die Neufundländer können fortan auch in dem bisher den Franzosen zugestandenen Küstenabschnitt Fischfang ausüben.[114]) Dagegen haben die Franzosen das Recht, in den territorialen Gewässern entlang der Küste vom Cap St. Johns bis zum Cap Ray (in nördlicher Umfahrt) alle Arten von Fischfang zu betreiben, wobei sie wie die Neufundländer den hierzu erlassenen Gesetzen und Reglements der Insel unterworfen sind. Für Schädigungen, welche französischen Ansiedlern und Fischern aus der Aufgabe des bisher innegehabten Küstenstreifens erwachsen, wird eine Geldentschädigung vorgesehen, über welche eine gemischte Kommission entscheidet. Falls hier eine Einigung nicht zustande kommt, kann die Angelegenheit an das Haager Schiedsgericht verwiesen werden.

Für die Konzessionen in Neufundland gesteht England den Franzosen in Afrika eine territoriale Kompensation zu. Diese besteht zunächst in der Abtretung von Yarbutenda und der Umgebung dieser Stadt am Gambia-Strom an Frankreich mit dem Rechte, einen neuen Anlegeplatz weiter stromabwärts zu errichten, falls Seeschiffe nicht bis zu der Stadt Yarbutenda hinauf fahren können. Für den Handelsverkehr auf dem Gambia-Strom werden besondere Verhandlungen unter den Vertragspartnern vorgesehen. Die in Englands

---

[112]) Lansdowne an Monson, Recueil Martens, Reihe 2, Bd. 32, S. 11.

[113]) Ebd. S. 29 ff.

[114]) Nach einem von der Weserzeitung v. 11. 4. 1904 (Nr. 20629) mitgeteilten Telegramm aus Neufundland an die „Daily Mail" erwartete man dort von der Neuregelung große Erfolge für die industriellen und kommerziellen Unternehmungen des Landes. Man glaubt, so heißt es, mit Bestimmtheit, daß fremdes Kapital, das sich bisher wegen des französischen Sonderrechtes aus dem Lande fernhielt, nunmehr zur Hebung der Wohlhabenheit Neufundlands ohne Bedenken beitragen werde.

Besitz befindlichen, der Stadt Konakry gegenüber liegenden Los-Inseln werden von diesem an Frankreich abgetreten, doch behalten englische Fischer auf diesen Inseln für einen Zeitraum von dreißig Jahren Sonderrechte. Ferner wird eine zwischen den beiden Ländern am 14. Juni 1898 vereinbarte Grenzlinie zwischen dem Niger und dem Tschad-See zu Frankreichs Gunsten abgeändert. Das Abkommen soll binnen acht Monaten, wenn möglich eher, ratifiziert werden.

Das erste Stück des dritten Abschnittes in dem kolonialen Einigungswerke vom 8. April 1904 handelt über Siam. Und zwar werden hinsichtlich der französischen und englischen Einflußsphären in diesem Lande die §§ 1 und 2 der in London am 15. Januar 1896 abgeschlossenen Vereinbarungen über Siam bestätigt und erweitert.[115])

Es wird nun bestimmt, daß das östliche Becken des Menam-Stromes dem französischen Einfluß, das westliche dem englischen überlassen sein soll. Alle siamesischen Besitzungen östlich und südöstlich dieser Zone unterstehen fortan französischem Einfluß, während die siamesischen Besitzungen westlich dieser Zone und des Golfs von Siam einschließlich der Malaiischen Halbinsel und der anliegenden Inseln dem Einflusse Englands überlassen werden. Die Vertragspartner versprechen, von irgendwelchen Annexionen siamesischen Gebietes abzusehen und sich an die Bestimmungen hinsichtlich der Einflußsphären zu halten, sowie alles zu vermeiden, was diesen entgegen wirken könnte.[116])

An einer Verständigung über Siam waren die beiden Staaten deshalb so interessiert, weil sie mit wertvollen Kolonialgebieten an das siamesische Territorium angrenzten und jeder von ihnen darüber wachte, daß der andere seine Grenze nicht auf Kosten siamesischen Gebietes verschob und verbesserte.[117]) Die hier getroffene Lösung entsprach den Anregungen, welche schon beim Abschluß der genannten Vereinbarung von 1896 die französische Regierung durchzusetzen sich

[115]) S. Recueil Martens, Reihe 2, Bd. 23.

[116]) Recueil Martens, Reihe 2, Bd. 32, S. 37.

[117]) Ueber den Aufbau der großen, Siam benachbarten englischen und französischen Kolonialgebiete s. O. Franke, S. 16 ff.

bemüht hatte. Damals scheiterten diese Pläne einer Teilung von Siam in zwei Interessensphären an dem Widerspruch Salisburys; nun trat die englische Regierung den früheren französischen Wünschen bei.[118])

Der zweite Teil der dritten Deklaration vom 8. April 1904 bewilligt den Franzosen die uneingeschränkte Herrschaft über Madagaskar gegen Zugeständnisse betreffs der Jurisdiktion und der Postverhältnisse auf Sansibar und der anliegenden Küste an England. Damit bekam Frankreich ein Gebiet in seine alleinige Macht, welches sehr lange schon ein Betätigungsfeld seiner kolonialen Arbeit gewesen war,[119]) ohne eine englische Einmischung, die zeitweilig sehr hinderlich sich gezeigt hatte, fortan noch fürchten zu müssen.

Den Abschluß der dritten Deklaration bildet ein Uebereinkommen der beiden Mächte hinsichtlich der Neuen Hebriden. Es wird beschlossen, ohne eine Aenderung des politischen Zustandes der Inseln zuzulassen, in gemeinsamer Arbeit die Schwierigkeiten, welche sich aus mangelnder Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen ergaben, auszuräumen.

Dieser Beschluß hinsichtlich der Neuen Hebriden ist das Schlußstück des Arrangements vom 8. April 1904. In unmittelbarem sachlichem und zeitlichem Zusammenhang hiermit erfolgte noch ein Notenaustausch zwischen Lansdowne und Paul Cambon über einige Einzelfragen hinsichtlich Neufundlands und Aegyptens.[120])

Es war ein Kolonialabkommen von weltweiten Ausmaßen, welches England und Frankreich hier abgeschlossen hatten, eine Verständigung auf der Grundlage gegenseitigen Entgegenkommens und gut ausgewogener Kompensationen. Aber damit erschöpfte sich die Bedeutung dieses Werkes nicht. Sein Wert beruhte nicht allein auf dem, was es ausdrücklich kundgab: auf der kolonialen Verständigung. Wichtiger und schwerwiegender noch als dies war das beiderseits anerkannte Bestreben, das ganze englisch-französische Verhältnis auf einer freundlicheren Grundlage als bisher aufzubauen.

---

[118]) S. Weserzeitung, Nr. 20629 v. 11. 4. 1904.
[119]) S. Roepke, S. 63.
[120]) Recueil Martens, Reihe 2, Bd. 32, S. 39 ff.

Mit der Formulierung des Kolonialabkommens vollzog sich die Grundlegung der Entente cordiale. Diese kannte keine eigenen Paragraphen. In dem Bewußtsein eines allgemeinen und herzlichen Einvernehmens sahen die Partner eine hinreichende Bürgschaft für den Bestand der Entente, sie verzichteten auf strenge vertragliche Formulierungen der Geltungsbezirke.

Würde, so konnte man nicht zu Unrecht fragen, ein solches Vertrauen allein eine für die Dauer tragfähige Brücke guter und herzlicher Beziehungen sein? Die Staatsmänner vom 8. April 1904 haben diese Frage bejaht. Und die Folgezeit hat ihr Vertrauen gerechtfertigt. Sie hat gezeigt, wie hoch die Bedeutung des Tages anzuschlagen war, welcher die Entente cordiale begründete, wie bedeutungsvoll dies Werk, an dessen Gelingen der englische König und Theophil Delcassé in erster Linie beteiligt waren, geworden ist.

IV.

Die neuen Freunde.

Der 8. April 1904 sah einen großen Erfolg für Delcassé und für Cambon, das Werk dieses Tages ist als das wichtigste Ereignis der Regierung König Eduards VII. bezeichnet worden.[121]) Es war nicht leicht gewesen, eine so weitgehende Uebereinstimmung zu erzielen und insofern hatte die „Daily Graphic" wohl recht, wenn sie kurz vor dem Abschluß schrieb,[122]) daß die Arbeit, welche Lansdowne, der englische Außenminister, und Paul Cambon um diese Vereinbarungen in den letzten Wochen zu leisten gehabt hätten, dornenvoll gewesen sei. Man müsse wohl annehmen, daß die Abfassung der wichtigsten Bestimmungen, derer über Marokko und Aegypten, eine schwierige Sache sei, denn diese müßten ebenso präzise wie unbestimmt zur gleichen Zeit sein: das erstere, um spätere Mißverständnisse und falsche Auslegungen auszuschließen, das letztere, um dem französischen Nationalstolz nicht zu nahe zu treten.

Als dann die Verständigung Tatsache geworden war, würdigte die Presse in England wie in Frankreich eingehend das neue Abkommen.[123]) So schreibt das „Journal de Débats",[124]) in beiden Ländern habe man den Eindruck, daß sich ein bedeutsames und historisches Ereignis vollzogen habe . . . Das Abkommen stelle endgültig eine neue und friedliche Grundlage der Beziehungen Frankreichs und Englands auf, es sei eine neue Aera eröffnet in den Beziehungen der beiden Länder und damit zugleich in der Geschichte der Welt,

---

[121]) Farrer, S. 103.

[122]) Bericht an die Rheinisch-Westfälische Zeitung aus London vom 6. April 1904 in Nr. 319 vom 8. April 1904.

[123]) S. Telegramm aus Paris an die Kölnische Zeitung (K.Z.) in Nr. 359 v. 10. 4. 1904.

[124]) S. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6375.

soweit sie durch die Natur dieser Beziehungen bestimmt werden könne. Eben dieses „Journal de Débats" bezeichnet nach einem der „Kölnischen Volkszeitung" aus Paris am 9. April 1904 zugegangenen Drahtbericht [125]) das soeben abgeschlossene Abkommen als eine glückliche Krönung der Politik Delcassés und der französischen Diplomatie. Auch „Le Temps" findet für Delcassés Worte wärmste Anerkennung, welcher es durch seine sechsjährigen ununterbrochenen Bemühungen fertig gebracht habe, daß aus einer gefährlichen Krise ein vorteilhaftes Gleichgewicht hervorgehen konnte. Delcassé verdiene einen Platz neben Jules Ferry. Und die „Republique Francaise", das Organ des Senators Méline sagt, [126]) England habe mit einem versöhnlichen und billigen Geiste seine Einwilligung zu einer allgemeinen Regelung zahlreicher Schwierigkeiten mit einem seiner Nachbarn gewährt. Die neue Freundschaft werde dauerhaft sein, weil die neue Lage der Welt dazu zwinge. Frankreich und England hätten heute so manche gemeinsame Interessen. Sie arbeiteten mit Aufrichtigkeit und Achtung ihrer Wünsche und ihrer gegenseitigen Rechte daran, die letzten Aussichten auf einen Konflikt zu beseitigen.

Das „Berliner Tageblatt" vom 13. April 1904 (Nr. 186) bringt einen Bericht seines Pariser Korrespondenten, welcher sagt, Delcassé sei ein „sehr glücklicher Mann". Es wäre ungerecht, wenn man leugnen wolle, daß er auch ein sehr geschickter Mann, ein sehr kluger Kopf sei. Er verdankt einen Teil seiner Erfolge seinen vorzüglichen diplomatischen Vertretern, wie Cambon in London, aber er verdient doch das Lob, mit dem die französische Presse ihn heute überhäuft, und wäre es nur, weil er eine selten gewordene Eigenschaft besitzt: weil er weiß, was er will.

Auf englischer Seite sagen die „Daily News": [127]) „Wir verzeichnen mit uneingeschränkter Genugtuung die Nachricht von der Unterzeichnung eines Kolonialvertrages zwischen England und Frankreich. Wir gratulieren Lansdowne und der Regierung aufrichtig zu diesem Erfolge . . . Das gestern unterzeichnete Dokument ist eines der vorzüglichsten Friedenswerk-

[125]) In Kölnische Volkszeitung (K. V.) Nr. 298.
[126]) S. „Die Post" Nr. 169 v. 12. 4. 1904.
[127]) S. „Weserzeitung" Nr. 20629 v. 11. 4. 1904.

zeuge, das jemals von Staatsmännern geschaffen wurde." Und die „Times" erklären,[128]) man verstehe die Bedeutung des Abkommens nicht genügend zu würdigen, wenn man die gegenseitigen Konzessionen nur als reines Handelsgeschäft betrachte. Die Bedeutung und der Wert des Vertrages liege in Wirklichkeit tiefer. Das Abkommen bilde den Grenzstein in der Politik der beiden Nationen, es stelle zum ersten Male den Versuch dar, deren weltweite Beziehungen zu festigen. Weiter sagt das Blatt, man könne das Abkommen nur als eine Lösung von strittigen Fragen bezeichnen. Aber über seine Bedeutung in dieser Hinsicht gehe der Wert und das Gewicht hinaus, welche ihm innewohnten, als ein tatsächlicher Beweis von der wirklichen Einheit der Interessen und Wünsche Englands und Frankreichs. Diesen Wert, der ein großer Faktor für den Weltfrieden sei, werde das Abkommen behalten, weil es die allgemeinen und herzlichen Wünsche der beiden großen Demokratien ausdrücke, die es angehe.[129])

Das Abkommen bildet, wie sich die „Kölnische Zeitung" aus London telegraphieren läßt,[130]) fortgesetzt in allen Kreisen das Tagesgespräch. Man sieht, so heißt es in diesem Bericht, gern darüber hinweg, daß England wesentlich mehr gibt als es erhält und schwelgt in dem Gedanken, mit Frankreich feste Bande geschlossen zu haben. „Standard" sagt, Lord Lansdowne gebühre ein Ehrenplatz in den Annalen der Diplomatie, wenn auch die Geschichtsschreiber nicht übersehen würden, daß König Eduard den ersten Anstoß dazu gegeben habe. Ein abfälliges Urteil spricht die „Morning Post", sie hat aber übrigens nur vereinzelte Genossen, sonst findet das Abkommen allenthalben lebhaften Beifall, es hat namentlich auch große Befriedigung am Geldmarkt und in Börsenkreisen hervorgerufen.

Diese Londoner Mitteilung wird bestätigt durch einen Berliner Börsenbericht vom 12. April 1904, welchen die „Kölnische Zeitung" bringt[131]) und in

[128]) S. „Weserzeitung" Nr. 20629 v. 11. 4. 1904.

[129]) K. Z. Nr. 364 v. 11. 4. 1904 in einem Kommentar engl. Pressestimmen zu der veröffentl. Deklaration über Aegypten und Marokko.

[130]) K. Z. Nr. 368 v. 12. 4. 1904.

[131]) K. Z. Nr. 368 v. 12. 4. 1904.

welchem es heißt, daß die Berliner Börse unter dem günstigen Einfluß der festen Auslandsmärkte gestanden habe. „Die Verständigung zwischen Frankreich und England wirkt an den leitenden Börsen dieser Länder kräftig nach, da man außer den umittelbaren praktischen Ergebnissen des Abkommens auch in allgemeiner politischer Hinsicht ein bedeutsames Ereignis in dieser Tatsache sieht. Damit hängt die Steigerung der französischen Rente und der englischen Konsols unmittelbar zusammen."

Beredte Zeugnisse hoher Befriedigung über das vollzogene Abkommen kommen auch in einem Londoner Bericht vom 9. April 1904 an die „Schlesische Volkszeitung" [132]) zum Ausdruck. Dort wird bemerkt, daß auch die Oppositionspresse mit Lob nicht zurückhalte: so sagen die „Daily News", die liberale Partei habe nur einen Grund zum Bedauern, nämlich diesen, daß der Vertrag nicht von einer liberalen Regierung abgeschlossen worden sei. Der Berichterstatter erklärt, es sei eine Seltenheit, daß die Opposition einem Akt der Regierung in solcher Weise ihren ungeteilten Beifall ausdrücke und es brauche daher gar nicht besonders betont zu werden, daß die Regierungspartei noch stärker jubiliere.

Aehnliche Gedankengänge bringt ein Bericht, welchen die „Weser-Zeitung" am 13. April aus London empfängt, [133]) wo im Anschluß an die lobende Haltung der Oppositionspresse gesagt wird, daß gerade von dieser Seite aus hervorgehoben werde, der Dank der Nation gebühre in erster Linie dem Monarchen. Er habe es durch seine Liebenswürdigkeit und seine klug und taktvoll ausgeübte Gastfreundschaft meisterhaft verstanden, den Diplomaten den Weg zu dem jetzt erreichten Ziele zu bahnen.

Die französische Presse ihrerseits kommentiert mit großem Eifer die Aeußerungen auswärtiger Zeitungen über das Abkommen [134]) und findet diese im allgemeinen günstig. Besonders wird hervorgehoben, daß die meisten feststellen, wieviel Frankreich bei dem Abkommen gewonnen habe.

---

[132]) S. Schlesische Volkszeitung Nr. 163 v. 12. 4. 1904.
[133]) S. Weser-Zeitung Nr. 20633 v. 15. 4. 1904.
[134]) S. Bericht aus Paris v. 11. 4. i. Weserzeitung Nr. 20631 v. 13. 4. 1904.

Als eine Art von Regierungskommentar zu den neuen Vereinbarungen kann man die Ausführungen auffassen, welche Delcassé am 10. April 1904 einem Presseberichterstatter machte und die viel Aufmerksamkeit und Beachtung fanden.[135]) Der Minister erklärte: Die das Abkommen betreffenden Verhandlungen haben gelegentlich des Besuches von Loubet in London am 7. Juli 1903 begonnen. Der leitende Grundsatz ist, dort, wo das Interesse des einen unstreitig überwiegt, muß der andere ein Opfer bringen. Man konnte vielleicht glauben, der russisch-japanische Krieg hätte die Verhandlungen hemmen können, doch war das nicht der Fall. Das Ergebnis muß jeden, der Frankreich und den Weltfrieden liebt, befriedigen. Die französische Politik gegenüber Marokko wird friedlich sein, ein anderes als ein friedliches System würde Wahnsinn bedeuten. Was Aegypten anlangt, so hat der Minister in die freie Verwendung eines Teiles der als Bürgschaft für die ägyptische Anleihe bestimmten Einkünfte gewilligt. Er begnügt sich damit, die Grundsteuer als Pfand zu behalten, dafür wird die Konvertierungsfrist der 1500 Millionen Pfund betragenden unifizierten, privilegierten Schuld, wovon 1200 Millionen französisches Kapital sind, um 5 Jahre verlängert. Außerdem sichert England jetzt die Neutralität des Suezkanals, welche 1888 nur bedingungsweise zugestanden war, ausdrücklich zu.

Die Aufnahme, welche Delcassés Werk in Paris fand, war aber offenbar nicht einheitlich. So erfährt die „Weser-Zeitung" am 13. April von dort,[136]) das Abkommen habe unter den französischen Nationalisten geradezu eine Spaltung hervorgerufen. Die Brauseköpfe und berufsmäßigen Schürer chauvinistischer und religiöser Leidenschaften, so bemerkt dieser Bericht, wie die Leiter der „Patrie", des „Libre Parole", des „Intransigeant" suchen sich in gehässigen Beschuldigungen Delcassés, er habe das Interesse des Landes verraten und vor allem Frankreich Rußland entfremdet und in die weitgeöffneten Arme Deutschlands gestoßen, zu überbieten. Andere nationalistische oder den Nationalisten nahestehende Blätter dagegen, wie

[135]) S. Nordd. Allgem. Zeitung Nr. 85 v. 12. 4. 1904 u. Schles. Volkszeitung Nr. 163 v. 12. 4. 1904.

[136]) S. Weser-Zeitung Nr. 20632 I. v. 14. 4. 1904.

„Echo de Paris", „Figaro", „Journal de Débats" treten mit großem Eifer für das Abkommen ein, fast noch mehr als die Republikaner selbst. Wenn auch bei dem einen oder anderen die Feindschaft gegen Deutschland für ihre Haltung bestimmend sein mag, so ist doch allgemein die Genugtuung darauf zurückzuführen, daß man in dem Vertrag eine neue Friedensbürgschaft erblickt und vor allem die Möglichkeit, Rußland und England zu einer versöhnlichen Aussprache und Abgrenzung ihrer Interessensphären und politischen Machtbezirke veranlassen zu können. Im „Eclair"[137]) tadelt der Nationalist Alphonse Humbert diejenigen seiner Freunde, die aus Parteifanatismus den Vertrag nicht gutheißen wollten. Dieses Abkommen, schreibt er, ist das vorteilhafteste, das wir mit den Engländern geschlossen haben, seit wir eine Kolonialpolitik besitzen; es ist ganz ausgezeichnet.

In einem anderen Berichte aus Paris an die „Kölnische Zeitung" heißt es,[138]) das Abkommen bedeute den logischen Abschluß der neuen Orientierung, welche vor sechs Jahren mit Delcassé und nach Faschoda begonnen habe. Eine gewisse Schule in Frankreich, an deren Spitze Ribot und Deschanel stünden, habe seit dem Bestehen des russisch-französischen Bündnisses danach gestrebt, diesen Bund durch die englische Freundschaft zu ergänzen.

Der Blick über das englisch-französische Einvernehmen hinaus zu Frankreichs Bundesgenossen, zu Rußland hin, ist eine bemerkenswerte Erscheinung. Wie man sich in maßgebenden Pariser Kreisen die Stellung Rußlands zu dem Abkommen dachte, geht aus einem Bericht der „Post" aus Paris — vom 8. April 1904 — hervor.[139]) Dort wird gesagt, eine ungünstige Rückwirkung des neuen Einvernehmens auf die Beziehungen zwischen Paris und Petersburg dürfe als ausgeschlossen erachtet werden. Im Interesse eines loyalen Verhaltens Frankreichs zu seinem russischen Bundesgenossen betrachtet es die französische Regierung als selbstverständliche Pflicht, dem Abkommen mit England jedes Moment fernzuhalten, das auf die gegenseitigen Gesin-

[137]) S. Berliner Tageblatt Nr. 182 v. 11. 4. 1904.

[138]) S. Kölnische Zeitung Nr. 363 v. 11. 4. 1904, Bericht aus Paris v. 10. 4. 1904.

[139]) S. Die Post Nr. 164 v. 8. 4. 1904.

nungen der beiden Alliierten auch nur den leisesten Schatten werfen könnte. Das Bestreben Englands und Frankreichs, durch eine freundschaftliche Auseinandersetzung der Möglichkeit von Reibungen, wie sie in der Vergangenheit manchmal gedroht hatten, vorzubeugen, hat in Petersburg keinen Argwohn erweckt. Es läßt sich vielmehr versichern, daß Rußland die vertrauliche Ankündigung der zwischen Paris und London eingeleiteten Verhandlungen und die Andeutung ihrer Ziele günstig aufgenommen hat. Man hält in diplomatischen Kreisen Frankreichs die Hoffnung für berechtigt, daß die Möglichkeit einer freundlichen Gestaltung des englisch-russischen Verhältnisses in nicht allzu ferner Zeit durch das französisch-englische Abkommen gefördert werden dürfte. Jedenfalls wird, meint man, die französische Regierung nunmehr Eignung für die Tätigkeit ausgleichender Vermittlung bei Mißverständnissen zwischen London und Petersburg erlangen.

Ueber die Haltung der russischen Regierung gegenüber der französisch-englischen Einigung glaubte man in Paris aus einem viel beachteten Interview, welches der russische Botschafter in Paris, Nelidoff, einem Mitarbeiter des „Temps" gewährte, günstige Schlüsse ziehen zu können. Der Botschafter erklärte,[140]) der französische Minister des Auswärtigen habe ihn seit Wochen über den Gang der Verhandlungen unterrichtet, sowie über die Ergebnisse, welche die französische Regierung zu erzielen hoffe. Er habe seine Regierung davon in Kenntnis gesetzt und auf dem laufenden gehalten. Das glückliche Zustandekommen der Vereinbarungen habe in Petersburg keine Ueberraschung, sondern lebhafte Genugtuung hervorgerufen. Nach seiner Ansicht seien die kolonialen Schwierigkeiten, die zwischen Frankreich und England bestanden, in einer für Frankreich vorteilhaften Weise beseitigt worden. Graf Lamsdorf habe ihn beauftragt, von den in Petersburg allgemein geteilten Gefühlen Kenntnis zu geben. Er habe sich dieses Auftrages mit Vergnügen entledigt und es sei ihm eine große Genugtuung, dies vor der Oeffentlichkeit erklären zu können. Eine andere Aeußerung Nelidoffs, vielleicht werde sich bei dem Abkommen das Sprichwort: „Die Freunde

[140]) S. Kölnische Zeitung, Telegramm aus Paris v. 11. 4. in Nr. 366 v. 12. 4. 1904.

unserer Freunde sind unsere Freunde" bewahrheiten, wurde viel beachtet und besprochen.[141])

Ob die russische Regierung nun wirklich der neuen Sachlage so freundlich und wohlwollend gegenüberstand, wie es Nelidoffs Worte andeuteten, wurde in der deutschen Presse verschiedentlich angezweifelt. Und die „Post" bringt am 19. April einen interessanten Aufsatz über Stimmungen in Rußland, welche mit Nelidoffs Freude sehr erheblich kontrastieren. Es heißt in diesem von Petersburger unterrichteter Seite inspirierten Bericht, man sollte glauben, daß die Erklärungen Nelidoffs die Stellung Rußlands zu dem Abkommen geklärt hätten. Umso überraschender seien die Ausführungen der „Nowoje Wremja", welche erkläre, die Abmachungen entsprächen nicht den Interessen Rußlands und man könne Grund zu Besorgnissen haben. Da die Beziehungen dieses Blattes zu den maßgebenden Kreisen bekannt sind, sagt die „Post" weiter, fragt man sich, woher dieser Widerspruch zu den offiziellen Aeußerungen zu erklären sei. Man wird der Wahrheit keine Gewalt antun, wenn man sagt, daß die englisch-französischen Verhandlungen in Petersburg nicht mit Entzücken betrachtet worden sind. Die gouvernementalen Kreise wie die Oeffentlichkeit verharrten in kühler Reserve gegenüber der von Delcassé mit Geschick und Beharrlichkeit an der Themse inszenierten Aktion. Es ist Tatsache, fährt der Korrespondent der „Post" fort, daß in Rußland die denkenden Leute sehr dünn gesät sind, welche an eine Möglichkeit, den zwischen England und Rußland auf dem weiten Felde der asiatischen Politik bestehenden Gegensatz in friedlicher Weise ausgleichen zu können, glauben. Der langjährige Botschafter des Zaren in London, Baron Staal, gehörte stets zu diesen Wenigen und doch haben ehrliche Ueberzeugung, eifrige Bemühungen und ungewöhnliche Geistesgaben es nicht vermocht, dem Diplomaten nennenswerte Erfolge zu sichern, so daß er mit der entmutigenden Ansicht seinen Posten verlassen mußte, daß die in der Natur der Verhältnisse begründeten Gegensätze durch den besten Willen nicht aus der Welt geschafft werden könnten. Durch das Abkommen scheinen Rußlands Interessen zwar unmittelbar und momentan nicht

[141]) So z. B. Kölnische Volkszeitung Nr. 320 v. 18. 4. 1904.

berührt, aber die Gesamtsituation zwischen den beiden größten asiatischen Mächten ist die alte geblieben. England hat sogar einen Zuwachs an Elastizität und Bewegungsfreiheit in Tibet, Afganistan und am Persischen Meergolf bekommen. Wo läge die Veranlassung, daß Rußland dem englisch-französischen Uebereinkommen sich sympathisch gegenüberstellen sollte? Jetzt wie früher ist nur eine reservierte Haltung angezeigt und gar keine andere. Was so in diplomatischen Kreisen gedacht wird, bringt man dort selbst zwar nicht zum Ausdruck, aber in unverantwortlichen Zirkeln spricht man es offen, wenn auch maßvoll aus. Die „Nowoje Wremja", so schließt der Korrespondent der „Post", hat gesprochen wie die meisten Russen; man kann eben nicht sagen, daß sie ein untreuer Dolmetsch der Anschauungen sei, die ihre Landsleute hegen.[142])

Die dem Abkommen gegenüber unfreundlichen wie ablehnenden Stimmen gewannen auch in England wie in Frankreich bei der Oeffentlichkeit und in der Presse an Raum. So wurde, wie die „Post" berichtet, in Frankreich darüber gestritten, ob nicht bei den neuen Vereinbarungen, welche zwar für beide Teile nicht nachteilig seien, England den Löwenanteil davongetragen habe.[143]) Andererseits hörte man in England Klagen, daß das Kabinett sich von den französischen Unterhändlern habe dupieren lassen.

Trotz der Einwendungen und Bedenken sah man aber doch, vor allem in England, im ganzen genommen das Abkommen als eine recht erfreuliche und günstige Tatsache an.[144])

---

[142]) S. Die Post Nr. 181, v. 19. 4. 1904. — S. auch Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6377.

[143]) S. Die Post Nr. 178 v. 16. 4. 1904.

[144]) Winston Churchill sagt in seinem Buche „Weltkrisis 1911—1914" (deutsche Ausg. Leipzig 1924), der Ausgleich vom 8. April 1904 sei von den Konservativen begrüßt worden, die von dem tatsächlichen Bestehen einer Bedrohung durch Deutschland überzeugt waren. Die liberalen Staatsmänner hätten „etwas kurzsichtig" die Verständigung als geeignet betrachtet, „den Weltfrieden durch Beseitigung von Mißverständnissen zwischen uns und unserem Erbfeind zu sichern. So war man fast allgemein einverstanden". Und Lord Rosebery, welcher geäußert hatte, er sei der traurigen, aber bestimmten Ueberzeugung, daß das Bündnis mehr dazu angetan sei, Unfrieden zu stiften als

Die Bank von England setzte während eines Zeitraumes von 14 Tagen in unmittelbarem Anschluß an das Abkommen ihren Diskontsatz von 4 auf zunächst $3^1/_2$ und dann von $3^1/_2$ auf 3 Prozent herunter. Das bedeutete, wie das „Hamburger Fremdenblatt" am 24. April 1904 bemerkte, die Rückkehr normaler Geldverhältnisse bei der City in einem Ausmaße, wie es seit dem Transvaal-Kriege nicht mehr zu beobachten gewesen sei. In politischer Beziehung war es beachtenswert, daß die als vorsichtig bekannte Bankleitung in politisch bewegten Zeiten sich zu einem solchen Schritt entschloß und so weitere politische Komplikationen nicht in Betracht zu ziehen glaubte.[145])

Das englische Parlament, Oberhaus wie Unterhaus, stimmten den Abmachungen vom 8. April 1904 in einer Form zu, welche für die Regierung einen vollen Erfolg darstellte. Im Oberhaus beglückwünschte Lord Spencer am 19. April den Außenminister Lansdowne zu dem Abkommen. Lansdowne, „vom Hause mit lebhaftem Beifall begrüßt," erklärte, das Abkommen sei zwar nicht über jede Kritik erhaben, jedoch entspreche die Aufnahme, welche es gefunden habe, den Wünschen und Erwartungen der Regierung. Das Land werde das dem Abkommen zugrunde liegende Prinzip billigen, nämlich, daß es für zwei große Nationen gut sei, freimütig alle Streitpunkte zu prüfen und sich zu bemühen, diese bei Achtung der gegenseitigen Ansprüche zu regeln. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß das englisch-französische Abkommen einen Präzedenzfall bilden möge, der bei Verhandlungen mit anderen Ländern in ersprießlicher Weise eine Folge finden könnte.[146])

Im Unterhaus begründete am 1. Juni 1904 Earl Percy das Abkommen, worauf Earl Grey, der nachmalige Sir Edward Grey, welcher im Jahre 1905 Außenminister wurde, das Wort ergriff. In längerer Rede[147]) hieß er das Abkommen willkommen. Mit beachtenswerter Deutlichkeit schiebt Grey den im

---

den Frieden zu sichern, mußte sich eine sehr ungnädige Kritik der Oeffentlichkeit gefallen lassen. S. 14 f. — S. Gr. Pol., Bd. 20/I., Nr. 6375.

[145]) Hamburger Fremdenblatt Nr. 96 v. 24. 4. 1904.

[146]) S. Nordd. Allgem. Zeitung Nr. 93 v. 21. 4. 1904.

[147]) Grey, 25 Jahre Politik II, 258 ff.

§ 9 der Deklaration über Aegypten und Marokko festgelegten Grundsatz diplomatischer Unterstützung in der Durchführung der auf diese Länder bezüglichen Bestimmungen ins Licht. Die Worte „auf Aegypten und Marokko bezügliche Deklaration" („declaration regarding Egypt and Marocco") sind an und für sich etwas unbestimmt, auch die Phrase „diplomatische Unterstützung" ist einigermaßen vag. Alles hängt hier von dem Geiste der Auslegung und nicht vom Buchstaben ab; aber gerade, weil so vieles vom Geiste abhängt, birgt schon diese eine Klausel allein im Hinblick auf politische Zukunftsmöglichkeiten für beide Nationen viele Gelegenheiten, sich durch eine liberale Auslegung dieses Artikels bei Anwendung des Abkommens gegenseitig näher zu kommen. Wenn das Abkommen in dem Geiste ausgelegt wird, in dem es, wie ich glaube, entworfen worden ist, so wird schon diese eine Klausel immer wieder Gelegenheiten bieten, sich gegenseitig Freundschaftsdienste zu erweisen." [148]) Hinsichtlich der Personen, welche für den Umschwung der unfreundlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich zu dem jetzigen Einvernehmen hin sich besonders verdient gemacht haben, stimmt Grey dem Regierungsvertreter zu, der bemerkt hat, das französische Staatsoberhaupt und der englische König hätten viel dazu beigetragen. Auch die Regierungen haben, pflichtet Grey bei, ihren Anteil daran, insbesondere Lord Lansdowne auf englischer und Delcassé auf französischer Seite. Delcassé sei gleich scharfsinnig und geschickt gewesen, den Wandel auszunützen. „Gruppen von Mitgliedern dieses Hauses haben durch ihre gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen das Ihrige getan und last but not least, denke ich, hat auch die Presse auf beiden Seiten des Kanals ihr Scherflein dazu beigetragen. Ich zweifle, ob ohne ihre Mitwirkung die Bemühungen anderer Faktoren so erfolgreich gewesen wären." [149]) Gegenüber dem Einwand, daß die gegenseitige Zuneigung, wie sie sich in den Vereinbarungen bekundet, und der gute Wille zwischen den Nationen kein Aktivum seien, auf welches man bauen könne, lobt Grey die Beständigkeit französischer Freundschaft dem gegenüber, der sie einmal erworben

[148]) Grey, 25 Jahre Politik II, 259.
[149]) Grey, 25 Jahre Politik II, 262.

habe. So begrüßt der liberale Sprecher das Abkommen nicht nur, weil es ein Vorbild für andere Fälle abgeben soll, sondern auch, weil es für England viele Möglichkeiten in sich birgt, mit Frankreich Fühlung zu behalten und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen.

Wie Grey, so spricht auch Campbell-Bannermann seine Zustimmung aus. In Erwiderung von Einwendungen, welche Sir Charles Dilke im Parlament gemacht hatte, erklärt der Premierminister Balfour, [150]) er sei völlig außerstande, der Behauptung beizupflichten, der Vertrag sei ein Umsturz der Politik Lord Salisburys. Dilke habe gesagt, der Vertrag sei unvereinbar einer militärischen Alliance mit Deutschland. Ich habe aber nie gehört, sagt Balfour, daß eine solche Politik von irgend einer Seite angeregt worden ist und sie hat sicherlich keinen Teil der Politik Salisburys gebildet. Ich bestreite, daß das, was geschehen ist, unvereinbar sei mit einem freundlichen Abkommen mit Deutschland oder irgend einer anderen Macht . . . Der Ministerpräsident hofft, daß die Geschichte das Abkommen einst billigen werde und daß diese große Urkunde als der Beginn einer neuen glücklichen Zeit in den internationalen Beziehungen Englands werde betrachtet werden. [151])

Die Annahme des Abkommens durch das Unterhaus erfolgte dann einstimmig.

Schwieriger lagen die Verhältnisse in Frankreich, wo sich die Zustimmung der Kammer zu den Abmachungen Delcassés sehr verzögerte. Nach belgischen Mitteilungen wollte die Kammer die Verträge mit England gleichzeitig mit der Vereinbarung zwischen Spanien und Frankreich ratifizieren, über welche im Sommer und Herbst 1904 verhandelt wurde. Aus den Kreisen eifriger Kolonialfreunde in Frankreich erhob sich eine starke Opposition gegen irgendwelche Zugeständnisse an Spanien in Marokko und Delcassé hatte

---

[150]) S. Weser-Zeitung Nr. 20681 I v. 3. Juni 1904.

[151]) Ueber diese Worte Balfours sagt Reventlow (Deutschlands Auswärtige Politik 1888 bis 1913, — Berlin 1914 —), bei aller Zurückhaltung fühle man den großen Gesichtspunkt heraus: Großbritannien sei mit seiner Kontinentalpolitik aus der Periode der Unbestimmtheit und des Tastens herausgelangt. „Die Entscheidung ist gefallen." (S. 235.)

demgegenüber einen schweren Stand. Diese Kreise drohten geradezu, das englisch-französische Abkommen, Delcassés heißerstrebtes Ziel, nicht zu ratifizieren, wenn ihnen nicht in ihren marokkanischen Wünschen Genüge geschehe.[152])

Der deutsche Reichskanzler vermutete hinter der antispanischen Bewegung, die sich in erregten Auslassungen der Presse kundgab, allerdings die Regierung selbst, welche mit einem Hinweis auf die „unzweideutig und allgemein sich äußernde Volksstimmung" einen Druck auf Spanien ausüben wolle.[153])

Das Ergebnis der französisch-spanischen Verhandlungen ist aber dann doch beiden Teilen, wie es scheint, gerecht geworden: der spanische Botschafter in Paris erklärte am 4. Oktober seinem deutschen Kollegen, Spanien habe alles erreicht, was es wünsche,[154]) und Delcassé konnte sich am 13. November 1904 nach einer dreitägigen Debatte mit 215 gegen 37 Stimmen die Billigung der Kammer für seine Politik erwerben.[155])

---

[152]) Schwertfeger, Unveröffentlichte Dokumente, Bd. I, S. 123.

[153]) S. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6484.

[154]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6507.

[155]) Farrer, S. 110.

V.

Deutsche Politik.

Der Zwischenfall von Faschoda war in erster Linie eine französisch-englische Angelegenheit. Aber die kriegdrohende Spannung des Jahres 1898, die eine ernstliche Gefahr für den europäischen Frieden werden konnte, lenkte auch die Aufmerksamkeit der anderen Staaten auf das unerfreuliche Verhältnis von England und Frankreich.

In einem Telegramm vom 28. Oktober 1898 an den Zaren [156]) wies Kaiser Wilhelm, der sich gerade auf seiner Orientreise befand, sorgenvoll auf den Ernst der Lage hin und bat den russischen Herrscher, ihn über seine Stellung im Falle eines Zusammenstoßes von England und Frankreich zu unterrichten. Die Antwort des Zaren, die am 3. November erging, offenbarte dessen Verlangen, sich aus dem ganzen Konflikt herauszuhalten und gipfelte in den Worten: „Ich denke, man sollte in diesem Falle die Ereignisse abwarten, bevor man irgend eine Entscheidung trifft, umsomehr, als es immer verkehrt ist, sich in andere Angelegenheiten einzumischen, ohne gefragt zu sein." [157]) Für diese Zurückhaltung des Zaren dürfte wohl die Bemerkung Delcassés Murawiew gegenüber, die Faschoda-Angelegenheit gehe nur Frankreich und England und sonst niemand etwas an, [158]) von Einfluß gewesen sein.

Die Antwort des Kaisers auf das Zarentelegramm weist noch einmal auf die durch englische Rüstungen bedrohlich zugespitzte Lage sowie auf Aeußerungen der Londoner Minister hin, daß England jetzt mit Frankreich auf dem ganzen Erdball „die Rechnungen

---

[156]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3900.

[157]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3905, Komm. Bd. III, S. 270.

[158]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3897, 24. 10. 1898.

begleichen" wolle. Er, der Kaiser, sehe sich gezwungen, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, und wünsche seine Politik, falls Schwierigkeiten entstehen sollten, der des Zaren möglichst anzupassen.[159])

Der Kaiser hatte zunächst eine schärfere Formulierung dieses Telegramms, welches vor allem noch eine unfreundliche Wendung England gegenüber enthielt, vorgesehen,[160]) traf aber damit auf Widerstand bei dem stellv. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. Richthofen, welcher befürchtete, daß ein solches Telegramm in England, wohin es von Petersburg aus sofort übermittelt werde, Verstimmung hervorrufen und damit das gute englisch-deutsche Verhältnis stören werde. Das war richtig gesehen. Vor wenigen Tagen erst war Richthofen durch einen eingehenden Privatbrief des preußischen Gesandten in Hamburg, des Grafen Metternich, dahin unterrichtet worden, daß Chamberlain einer engeren Annäherung Englands und Deutschlands, zwischen denen kein wesentlicher Gegensatz herrsche, sehr wohlwollend gegenüberstehe. Der britische Minister hoffe, daß im Falle eines Zusammenstoßes von England und Frankreich die guten Wünsche der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die Engländer begleiteten.[161])

Was Richthofen hier erfuhr, wurde am 8. November durch eine Rede Chamberlains in Wakefield bestätigt: auch hier brachte er den Wunsch engeren Zusammengehens Englands und Deutschlands zum Ausdruck und suchte offenbar die englische Oeffentlichkeit für diese Idee zu erwärmen.[162])

Demgegenüber aber wollte die deutsche Regierung sich ihre volle Handlungsfreiheit wahren. Am 15. November charakterisierte der Staatssekretär v. Bülow die deutsche Politik gegenüber allen Verwicklungen und Gegensätzen zwischen den verschiedenen Mächten als eine „unabhängige, feste und gerade. Sie läßt sich in den Mahlstrom weder der englischen noch der russischen Tendenzen hineinziehen, sondern verfolgt,

---

[159]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3916 (14. 11. 1898), Komm. Bd. III, S. 273.

[160]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3913.

[161]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3908 (6. 11. 1898), Komm. Bd. III, S. 280 ff.

[162]) Brandenburg, S. 106.

in gleich guten Beziehungen zu jenen beiden Mächten, wie in intimer Fühlung mit den Dreibundsalliierten, nur deutsche Interessen." [163])

Die bis zum Beginn des Jahres 1899 anhaltende englisch-französische Spannung fand, wie schon gezeigt wurde, [164]) eine für beide Teile nicht unbefriedigende Lösung in der Vereinbarung vom 21. März 1899. Diese war berufen, einen Ausgleich in dem Sudankonflikt herzustellen. Eine weitergehende Verständigung wurde damals nicht erzielt, auch wohl nicht erstrebt. Zum mindesten nicht von englischer Seite. Denn sie fällt in die Zeit, wo die allgemeine Richtung der englischen Politik eher auf Deutschland als auf Frankreich wies.

Einer solchen Tendenz entsprachen die Besprechungen, welche zu Anfang des Jahres 1899 Lord Salisbury und Graf Hatzfeldt, der deutsche Botschafter in London, über Marokko hatten. Salisbury hatte erklärt, daß England bei einem Zerfall des marokkanischen Reiches die atlantische Küste beanspruchen werde; als Hatzfeldt dazu bemerkte, Deutschland erwarte dann auch einen Anteil, nahm Salisbury dies nicht ungünstig auf. [165]) Später, im November dieses Jahres, brachte Chamberlain dem Kaiser gegenüber die marokkanische Frage erneut zur Sprache. Aber die deutsche Regierung hat, trotzdem die Franzosen durch die Besetzung der Oase Tuat im Frühjahr 1900 sich in bedrohlicher Weise auf marokkanischem Boden auszubreiten begannen, den Plan einer Verständigung mit England über das Scherifenreich nicht weiter verfolgt, obgleich Graf Hatzfeldt riet, mit den Engländern in dieser Sache übereinzukommen, bevor sie etwa mit Frankreich eine entsprechende Vereinbarung träfen.

Eine solche Möglichkeit schien Bülow bedenklich, er befürchtete, daraus könne ein allgemeiner Krieg hervorgehen, den Deutschland nicht wünsche und die Folgen könnten unberechenbar sein. [166]) Aber erst im Mai 1900 griff Hatzfeldt die Besprechungen über Marokko wieder auf, [167]) ohne daß aber ein greifbares Ergebnis erzielt wurde. Die Präzisierung der eine

[163]) Große Politik, Bd. 14/II, Nr. 3920.
[164]) S. o., S. 23.
[165]) Brandenburg, S. 129.
[166]) Brandenburg, S. 129 f.
[167]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5159, 5160.

Einigung begründenden Vorschläge suchten die Engländer nämlich den Deutschen zuzuschieben: ein Unterfangen, dem Folge zu leisten Bülow keineswegs bereit war.[168]) Immerhin wurde fortan die marokkanische Frage, namentlich unter dem Gesichtspunkt der Haltung Englands, Frankreichs und auch Spaniens, ein Gegenstand ständiger Aufmerksamkeit bei der deutschen Regierung.[169])

Die im Januar 1902, nach dem Scheitern der englisch-deutschen Bündnis-Verhandlungen, nach Berlin gelangende Nachricht, daß Chamberlain mit Frankreich über die strittigen Kolonialschwierigkeiten zu verhandeln willens sei,[170]) verdichtete sich im Sommer dieses Jahres zu der Meldung, England wolle mit Ausnahme von Tanger und einem Küstenstreifen an der Atlantic Marokko an Frankreich überlassen. Die deutsche Regierung hielt das nicht recht für glaubhaft.[171]) Diese skeptische Haltung scheint in Berlin vorherrschend geblieben zu sein, denn auch im Februar 1903, als nach einer „Standard"-Meldung Delcassé Verhandlungen mit England wegen der Ueberlassung Marokkos an Frankreich plante, glaubte die deutsche Regierung nicht, daß England eine solch weitgehende Konzession machen werde.[172])

Und doch gab es ein Anzeichen, welches darauf deutete, daß England vor einer Neugestaltung seiner Marokkopolitik stehen könne. Das war die veränderte Stellung, die es den spanisch-französischen Marokkowünschen gegenüber einnahm. Die schon erwähnten Marokko-Verhandlungen vom Jahre 1902, welche eine sehr weitgehende Verständigung, ja geradezu eine Aufteilung des Scherifenreiches in Aussicht nahmen, scheiterten im letzten Augenblick an Englands Widerstand.[173]) Im Sommer 1903 begannen nun neue Verhandlungen Spaniens mit Frankreich über Marokko,[174]) welche, wie der Kaiser in Wien erfuhr,[175]) im September dem Abschluß nahe waren. Wieder stand eine

---

[168]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5163—66.
[169]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5170 ff.
[170]) Brandenburg, S. 167 f.
[171]) Brandenburg, S. 168.
[172]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5193.
[173]) S. o., S. 28 f.
[174]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5197, Fußnote.
[175]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5199.

Aufteilung des Landes zwischen den beiden Ländern zur Diskussion und die deutsche Regierung verhandelte mit Spanien über eine Kompensation für ihre Zustimmung. [176])

Und jetzt machte England keine Schwierigkeiten gegenüber den spanisch-französischen Plänen. Es war bezeichnend, daß Lord Lansdowne am 25. November erklärte, Frankreich, das von Algier her auf einer langen Strecke Grenznachbar von Marokko sei, müsse mit der Zeit naturgemäß der vorwiegende Einfluß in diesem Lande zufallen und mit Recht sah der deutsche Botschafter in London, Metternich, in dieser Aeußerung einen wichtigen Schritt auf dem Wege der englisch-französischen Verständigung über Marokko. [177]) Bestimmend für diese Haltung des britischen Außenministers war sicher die grundsätzliche Besserung des englisch-französischen Verhältnisses, wie sie namentlich mit dem Besuche König Eduards in Paris im Mai 1903 und des französischen Präsidenten Loubet in London im Juli dieses Jahres sich angebahnt hatte. [178])

Daß der Besuch Eduards in Paris ein höchst beachtliches politisches Ereignis sei, konnte man in Berlin sich unmöglich verhehlen. [179]) Auch der Lon-

---

[176]) S. Große Politik, Bd. 17, Nr. 5201—06.

[177]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5207.

[178]) S. o., S. 33 f.

[179]) Bemerkenswert sind die Berichte der belgischen Gesandtschaft in Berlin aus diesen Tagen, wo die Entente sich anbahnte. Man erfährt hieraus, daß in der französischen Presse die Nachricht verbreitet wurde, der Besuch Eduards habe in Deutschland einen schlechten Eindruck gemacht. Von irgendwelchen offiziösen noch diplomatischen Mißfallensäußerungen hat man aber, sagt der belgische Diplomat, in Berlin nichts vernommen. Aber man kann doch bemerken, daß dort über Eduards Verhalten eine kühle Stimmung herrscht, der eher nach Lissabon, nach Rom und nur gar nach Paris gegangen ist, bevor er dem Deutschen Kaiser seinen Besuch machte. Mit dem Besuch in Paris, heißt es weiter, hat die englische Regierung zeigen wollen, daß sie auch noch andere Alliierte als Deutschland finden könne. Es ist unmöglich, daß Deutschland sich von einem solchen Vorgehen nicht betroffen gefühlt hat, wenn es dies auch nicht zeigt. Der Bericht schließt mit der Wendung, wenn auch der Pariser Besuch kein freundlicher Akt gegen Deutschland sei, so werde er doch nicht wesentlich die Gruppierung der europäischen Mächte verändern. Schwertfeger, Unveröffentlichte Dokumente, Bd. I, S. 108 ff.

doner Gegenbesuch Loubets mußte als ein bedeutsames Faktum angesehen werden.[180])

Jedenfalls gab die durch die auffälligen Besuche der Staatsoberhäupter geschaffene Lage zu Kombinationen Anlaß. Am 10. Mai 1903 sandte Frhr. v. Eckardstein, der als Erster Sekretär bei der Londoner Botschaft tätig gewesen, dann aber aus dem diplomatischen Dienst ausgeschieden war, ein bezeichnendes Memorandum an den Reichskanzler v. Bülow. Darin sagt Eckardstein, er habe den bestimmten Eindruck, daß zwischen der englischen und französischen Regierung erneut Verhandlungen wegen eines völligen Ausgleichs aller Differenzen im Gange seien. Er weist auf die Bedeutung des Besuches Eduards VII. in Paris hin und erklärt, auf beiden Seiten bestehe jetzt der

---

[180]) Loubets Besuch gibt der belgischen Diplomatie erneut Anlaß, sich über das englisch-französische Verhältnis im Hinblick auf Deutschland zu äußern. In Berlin stelle man angesichts der Aufnahme Loubets in England fest, daß die Veranstaltungen in Paris und London keine einfachen Höflichkeitskundgebungen seien, sondern eine ernsthafte und dauerhafte Annäherung der beiden Länder darstellten. Alle Schwierigkeiten zwischen England und Frankreich bezögen sich auf Kolonialfragen. Keine davon gehe Deutschland direkt an. Wenn man daher auch nicht soweit geht, fährt der belgische Bericht fort, zu sagen, das englisch-französische Einvernehmen sei grundsätzlich durch eine feindselige Einstellung gegenüber dem Deutschen Reiche veranlaßt, so ist es nichtsdestoweniger wahr, daß in beiden Ländern eine gemeinsame unfreundliche Stimmung gegen Deutschland herrscht. Man darf wohl annehmen, daß die Engländer, welche die Initiative zur Annäherung an Frankreich ergriffen haben, niemals den Gedanken, sich von Frankreich auch die mindeste Unterstützung zu verschaffen, gehabt hätten, wenn England es noch für angemessen angesehen habe, diese bei Deutschland zu suchen. Andererseits wäre vielleicht der englische König nicht so gut in Paris aufgenommen worden und Frankreich hätte nicht so schnell Aegypten und Faschoda vergessen, wenn die Franzosen nicht die Erwägung gehabt hätten, daß der Schritt König Eduards von einem nicht freundlichen Gefühl Kaiser Wilhelm gegenüber geleitet gewesen wäre. Hinsichtlich der durch Loubets Besuch in London geschaffenen Lage sagt man sich, bemerkt der belgische Diplomat, in Berlin, daß, wenn es sich darum handeln werde, Einzelheiten der Entente festzulegen, das Einvernehmen nicht so sicher sein werde, wie man es jetzt in London und Paris ersehne. Die französisch-russischen Beziehungen würden nach der Meinung Vieler in Deutschland ein Hindernis dafür bilden, daß die Entente zwischen England und Frankreich den Charakter einer bedrohlichen Intimität annähme. Schwertfeger, Unveröffentlichte Dokumente, Bd. I, S. 112 f.

feste Wille zu einer allgemeinen politischen Annäherung. Die französische Finanz strebe aber nicht nur nach einem französisch-englischen, sondern auch nach einem englisch-russischen Ausgleich und wirke in diesem Sinne auf Delcassé ein. Es sei nicht richtig, wenn deutsche Pressekreise meinten, eine englisch-französische Annäherung könne in das französisch-russische Bündnis einen Keil werfen, vielmehr ziehe sich ein neuer Dreibund zusammen, der, „wenn er auch keine geschriebene Form annehmen und vielleicht auch nur eine Anzahl von Jahren anhalten dürfte, dazu angetan wäre, um uns für längere Zeit auf der ganzen Welt zum mindesten politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten . . ." [181])

Das war eine ernste Sprache. Vor allem im Munde eines Diplomaten, dem es an mannigfachen Verbindungen nicht fehlte. Eckardsteins Ausführungen verfehlten ihren Eindruck auf Bülow nicht. Der Reichskanzler teilte sie den deutschen Botschaftern in Petersburg, Paris und London mit und erbat sich deren Meinung hierzu.

Alle drei Botschafter aber sahen den Bericht Eckardsteins als zu pessimistisch und zu weitgehend in seinen Folgerungen an. Die Botschafter des Zweibundes bemühten sich eifrig, so erklärte der Geschäftsträger in London, Graf Bernstorff, am 17. Mai, aus der deutschfeindlichen Stimmung für ihre Länder Kapital zu schlagen und namentlich sei das Bemühen Cambons um eine Einigung zwischen England und Frankreich unverkennbar. Bernstorff glaubt aber nicht, daß Rußland in diese Verbindung einbezogen werde. Rußland erstrebe in London vor allem finanzielle Hilfe. Wenn man überhaupt von einem entstehenden Dreibund sprechen wolle, würde im englischen Volke eine Verbindung England-Frankreich-Amerika viel mehr Anhänger haben. [182]) Der Botschafter in Petersburg, Graf Alvensleben, gab in seiner Antwort vom 18. Mai zu, daß gegenwärtig eine gewisse Detente in der russisch-englischen Polemik eingetreten sei, hielt aber den Gegensatz der beiden Länder in den asiatischen Kolonialgebieten für zu bedeutend, als daß über

[181]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5369.
[182]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5371.

einige Spezialfragen hinaus eine weitere Verständigung sich erzielen lasse.[183]) Fürst Radolin in Paris sah gleichfalls die Gegensätze als zu schroff an, als daß sie selbst durch eine große gemeinsame Abneigung gegen Deutschland überwunden werden könnten, um eine englisch-französisch-russische Entente zu begründen.[184])

Der Reichskanzler selbst hatte seine Anschauung der Lage in einem dem Eckardstein'schen Memorandum beigefügten längeren Bericht an den Botschafter in Petersburg zum Ausdruck gebracht.[185]) Er wies hier darauf hin, daß Eckardstein mit seiner Meinung bislang allein stehe und daß nach seiner, des Kanzlers, Meinung eine Verständigung zwischen England und Rußland weit schwerer zu erreichen sei als zwischen England und Frankreich. Aber auch hinsichtlich einer französisch-englischen Einigung sehe er namentlich um der Tangerfrage willen erhebliche Schwierigkeiten. Sollte die Eventualität eines russisch-englischen Zusammenschlusses, der nach der finanziellen Seite hin für Deutschland eine aktuelle Bedeutung habe, wirklich so nahe sein, wie es Eckardstein erscheine, so wäre es allerdings zu erwägen, ob die deutschen Finanzkreise ihre auf Anraten der Regierung geübte Zurückhaltung gegenüber den russischen Anleihewünschen aufrecht erhalten sollten.

Als der Reichskanzler die Berichte der drei Botschafter vorliegen hatte, berichtete er eingehend dem Kaiser über das Eckardstein'sche Memorandum und fügte die drei Gutachten bei, indem er bemerkte, daß diese übereinstimmend die Gründe, welche gegen die von Eckardstein vertretene Besorgnis vor einer englisch-russisch-französischen Verbrüderung sprächen, für vorläufig und auf absehbare Zeit überwiegend erachteten.[186])

Die Stellungnahme des Kaisers ist aus den Akten nicht ersichtlich, man erfährt nur, daß er einem Berichte des Londoner Botschafters über die Lage, welchen dieser am 2. Juni 1903 erstattete[187]), sein

---

[183]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5372.
[184]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5373.
[185]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5370.
[186]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5375.
[187]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5376.

vollstes „Einverständnis und Lob" aussprach. Graf Metternich führte dort aus, die englisch-französische Annäherung gehe auf eine gemeinsame Abneigung gegen Deutschland zurück. Bei englisch-deutschen Differenzen habe sich die französische Politik stets auf die englische Seite gestellt, weil sie in Deutschland einen gefährlichen Gegner erblickte, den sie immer noch hoffte niederwerfen zu können. „Ohne die deutsch-englische Entfremdung würde eine englandfreundliche Stimmung in Frankreich nicht möglich geworden sein und Herr Delcassé hätte bis zur Erfüllung seiner Wünsche noch lange warten müssen. Ohne die Abneigung gegen Deutschland hätte die englische Presse nicht seit Monaten an einer Aussöhnung mit Frankreich arbeiten noch Herr Cambon versöhnliche Reden halten können . . . Der Besuch König Eduards in Paris ist sein eigenstes Werk und, wie ich bestimmt weiß, aus seiner eigenen Initiative hervorgegangen. Ich bin nun weit entfernt, daß König Eduard hiermit einen Schlag gegen Deutschland hat führen wollen. Aber da die Stimmung nun einmal auf beiden Seiten des Kanals günstig war, so war es von seinem und seiner Regierung Standpunkt aus ganz vernünftig, das Ihrige dazu beizutragen und die frühere Spannung zu beseitigen." Der Botschafter glaubt nicht, daß die englische Regierung durch die vor sich gehende Aussöhnung mit Frankreich einen Gegensatz zu Deutschland schaffen wolle. Das englisch-russische Verhältnis sei allen Verständigungsversuchen zum Trotz wegen der Kolonialdifferenzen gespannt. Wenn Delcassé tatsächlich einen neuen Dreibund anstrebe, sei nicht einzusehen, wie und mit welchem Zweck eine solche Kombination sich vollziehen solle. Eine Gefahr für Deutschland sieht der Botschafter selbst in dem Falle, daß England und Rußland zu einem modus vivendi gelangten, nicht und er empfiehlt gegenüber der unfreundlichen Stimmung in England eine ruhige und abwartende Politik.

Der Rat Metternichs, eine ruhige und abwartende Haltung einzunehmen, entsprach wohl durchaus der Meinung der Berliner Regierung. Bülow rechnete überhaupt, wie aus einem Telegramm vom 3. April 1903 an Holstein hervorgeht, nicht damit, daß die bestehenden Gruppierungen sich von heute auf morgen

änderten „und wir können meo voto die Dinge gar nicht pomadig genug nehmen". [188])

Ueberdies wurde die Aufmerksamkeit der deutschen Diplomaten stark auf einen anderen Schauplatz gelenkt. Im Herbst 1903 rechnete man in den europäischen Kanzleien mit ziemlicher Sicherheit damit, daß die schon längere Zeit latente Spannung [189]) zwischen Rußland und Japan zur Entladung kommen würde. Die Situation erforderte die ganze Geschicklichkeit der deutschen Staatslenker, die hier zu erproben hatten, ob die von ihnen vertretene Politik der „freien Hand" sich durchführen ließ. [190]) Die drohende Auseinandersetzung im Fernen Osten beförderte aber andererseits das im stillen mit Eifer betriebene Werk der französisch-englischen Entente, da ja beide Länder durch ihre Bündnisverträge dem nahenden Kampf gegenüber in einer eigenartigen Stellung sich befanden. Der beiderseitige Wunsch, daß der Krieg auf den fernen Schauplatz lokalisiert blieb — ein Wunsch, welchen auch die deutsche Regierung erkennen ließ [191]) — und weitere weltpolitische Komplikationen vermieden wurden, steigerte den Einigungswillen.

Während sich namentlich die deutsche und die amerikanische Regierung bemühten, [192]) den Brandherd dieses Krieges sich nicht ausdehnen zu lassen, verfolgten die Völker mit Spannung die russisch-japanische Auseinandersetzung, welche im Februar 1904 tatsächlich begonnen hatte. Die deutschen Zeitungen brachten Tag für Tag sehr eingehende Berichte über die Lage, über die Aussichten der Kämpfenden, über Verluste und Gewinne an Land und Leuten.

In der Spannung dieser Tage fiel der Abschluß der Entente cordiale. [193]) In Deutschland hat von den zwei weltpolitisch so folgenschweren Ereignissen des Jahres 1904, dem russisch-japanischen Krieg und der Entente

---

[188]) Große Politik, Bd. 18/II, Nr. 5911.
[189]) Große Politik, Bd. 19/I, Nr. 5925.
[190]) Schwertfeger, Kommentar, Bd. IV, S. 3
[191]) Große Politik, Bd. 19/I, Nr. 5984.
[192]) Große Politik, Bd. 19/1, Nr. 5985—5990.
[193]) Das Wort „Entente cordiale" kam, wie Hammann berichtet, seit dem Besuche Loubets in England in Kurs. „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges", S. 181 f.

cordiale,[194]) das erstere den Blick der Zeitgenossen mit einer Gewalt gebannt, die sie vielfach das große Gewicht des letzteren nicht gleich erkennen ließ. Doch auch so bleibt die Aufnahme und unmittelbare Folgewirkung der englisch-französischen Einigung bedeutend genug, sie mit einigen Zügen zu kennzeichnen.

Nach dem Bekanntwerden der vollzogenen Einigung entschloß sich die Regierung in Berlin, eine ruhige und unbefangene Haltung gegenüber der nun aller Welt offenbar gewordenen Annäherung Englands und Frankreichs einzunehmen. Der Reichskanzler meinte am 9. April seinen engsten Mitarbeitern gegenüber,[195]) die Presse solle das jetzt unterzeichnete englisch-französische Abkommen „ohne jede Gereiztheit noch Eifersucht als ein neues Symptom für die friedliche Gestaltung der Weltlage besprechen." Und die Akten bringen eine Aufzeichnung des Pressechefs Hammann hierzu, welche besagt, daß die im Auswärtigen Amt verkehrenden Journalisten seit 14 Tagen in diesem Sinne auf den Abschluß des Abkommens vorbereitet worden seien.[196])

Die Beurteilung der Lage in der Presse war verschieden, je nach ihrer Stellung zur Regierung. Die „Weser-Zeitung" setzte am 12. April in einem Leitartikel ihre Meinung auseinander. Für Deutschland ist, sagte sie, die Angelegenheit ungleich wichtiger als viele Politiker glauben. Das Blatt nimmt Stellung gegen die Politiker, welche sich an die Bismarck'sche Aeußerung klammerten, Deutschland habe im Mittelmeer keine Interessen; das sei vor Jahrzehnten sicher richtig gewesen, entspreche aber jetzt nicht mehr den Tatsachen. Andere Leute behaupteten, Deutschland habe in Marokko eben keine Interessen, deswegen könne ihm das Sckicksal dieses Landes gleichgültig sein. Gewiß, eine deutsche Kolonie Marokko wäre ein Unding. „Daß der Erwerb einer Kohlenstation an der Atlantischen Küste jedoch einem fühlbaren Bedarf abhelfen würde, ist schon eine andere Sache." Vor allem aber hätte die Erhaltung von Marokko im deutschen

---

[194]) S. H. Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus", Bd. 2, S. 19 ff.

[195]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6374.

[196]) Fußnote 1 zu Nr. 6374.

Interesse gelegen und zwar insbesondere deshalb, weil sein Uebergang in Frankreichs Hände diesem zum bedeutenden Gewinn gereiche. Und das muß, sagt das Blatt, als ein Nachteil für Deutschland angesehen werden, solange Frankreich unser präsumptiver Gegner ist, — als welcher es doch für absehbare Zeit zu gelten hat. Auch für England ist die Stärkung Frankreichs ein Schaden, aber es hat sich Kompensationen geholt, wenn auch unzulängliche. England glaubt jedoch, in der Austilgung der alten Erbfeindschaft gegen Frankreich einen für seine ganze Weltpolitik wichtigen Gewinn zu machen und bringt daher das Opfer. Es fühlt sich vereinsamt und seit zu dem immerwährenden Gegensatz zu Rußland noch die von Toren entfachte Feindseligkeit zwischen Deutschland und England kam, entschloß es sich, selbst um einen hohen Preis die Freundschaft Frankreichs zu erkaufen. Das Blatt befürchtet, daß der Machtzuwachs Frankreichs im Mittelmeer eine Wertminderung des Dreibundes nach sich ziehe. Jedenfalls habe der traditionelle Gegner Deutschlands nach jeder Richtung glänzend abgeschnitten. [197])

Das „Hamburger Fremdenblatt" sieht in dem Abkommen den Ausdruck einer augenblicklich herrschenden Stimmung und glaubt nicht, daß sich damit am Bilde der gegenwärtigen politischen Verhältnisse etwas ändere. Immerhin sei eine Demütigung, wie Frankreich sie in Faschoda erfahren habe, nun ausgeschlossen, man werde sich über Fragen von ähnlicher Art friedlich einigen, ehe die Dinge sich zu einem Konflikt zugespitzt hätten. Alles in allem würden die angeblichen Vorteile, welche Frankreich aus dem Abkommen ziehe, sich etwas größer als die Englands erweisen. Aber England habe im Augenblick größere Sorgen, die es geneigt machten, sich kleinerer Sorgen mit einigen Opfern zu entledigen. Die ganze englische Politik stehe vor einem gewaltigen Wendepunkt und das Fehlen eines Mannes, der die Kraft habe, die Wendung durchzuführen, mache sich fühlbar. Der Abschluß des Vertrages schließe ungeschrieben die Erklärung in sich, daß keine der beiden Mächte in den russisch-japanischen Krieg eingreife: das sei, da nun

[197]) Weser-Zeitung, Nr. 20630/II, v. 12. 4. 1904.

Rußland und Japan den Streit allein auszutragen hätten, ein günstiger Umstand für den Weltfrieden.[198])

Wesentlich kritischer nimmt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" das englisch-französische Einverständnis auf. Durch den Vertrag wird, wie das Blatt am 10. April ausführt, Deutschlands internationale Lage in bedeutsamer Weise geändert und zwar nicht zu seinem Vorteil, wenn es nicht inzwischen ein zweites Eisen ins Feuer gesteckt hat. Daß Frankreich freie Hand in Marokko erhielt, gehe nicht bloß Frankreich und England, sondern auch Deutschland etwas an. Das Blatt fordert angesichts der starken Bevölkerungsvermehrung in Deutschland Neuland für Auswanderung und wirtschaftliche Erträge. Ein solches Land sei Marokko: Erzlager und die Möglichkeit des Anbaues von Baumwolle seien dort gegeben. Deutschland könne auch, da es nur eine einzige befestigte Kohlenstation — Kiautschou — auf der weiten Erde habe, in Marokko aus mehreren geeigneten Häfen sich einen auswählen, um ihn zu einer guten Flottenstation auszubauen, was dem Schiffahrtsverkehr nach dem Mittelländischen Meer, Südafrika und Amerika außerordentlich günstig sein würde. Die nationale Presse, zahlreiche Handelskammern und Industrielle hätten daher mit großem Recht immer wieder auf Marokko hingewiesen. Jetzt sei diese Frage mit einem Schlage akut geworden. Wenn Deutschland seine Ansprüche nun nicht amtlich anmelde, brauche es sich nicht zu wundern, wenn es wieder einmal als der Uebervorteilte aus einem großen Welthandel hervorgehe. Frankreich rechne geradezu damit, daß Deutschland jetzt Forderungen in Marokko geltend mache, England habe sich von diesem Land entfernt, Rußland werde aus Dank gegen die erzeigte wohlwollende Neutralität die deutschen Wünsche bei seinem Bundesgenossen unterstützen. Für Deutschland habe jetzt die Stunde geschlagen, in der es sich den Westen Marokkos vom Atlas bis zum Meere sichern müsse.[199])

Zwei Tage später kommt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" auf ihre marokkanischen Forderungen zurück und macht der Regierung den Vorwurf, daß

[198]) Hamburger Fremdenblatt, Nr. 85 v. 12. 4. 1904.
[199]) Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 325 v. 10. 4. 1904.

sie offenbar die Situation nicht ausnutzen wolle. Das Blatt nimmt Stellung zu Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", in welchen es die Ansicht des Reichskanzlers ausgesprochen glaubt: Die wichtigste internationale Bedeutung des bemerkenswerten Abkommens beruhe wohl darauf, daß es die Tendenz zum Ausdruck bringe, aus den Beziehungen der beiden Mächte nach Möglichkeit alle Probleme auszuschalten, die zu Konflikten unter ihnen Anlaß geben könnten. „Das Abkommen entspricht in dieser Beziehung den Erwartungen, die wir schon vor mehreren Wochen äußerten; es bestätigt sonach den Eindruck, daß durch die jetzt vorliegende Verständigung die internationalen Reibungsflächen eine Minderung erfahren haben, eine Tatsache, die im Interesse des Friedens mit Genugtuung zu begrüßen ist." Deutsche Interessen werden, wie das offiziöse Blatt meint, nur in Marokko berührt. Nach den Inhaltsangaben des Abkommens sei aber eine Störung der deutschen Handelsinteressen nicht zu befürchten; im Gegenteil, die Bemühungen Frankreichs, nun hier geordnete Zustände zu schaffen, versprächen auch für den deutschen Handel Vorteile. — Deutschland will also, folgert die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", teilnahmslos beiseite stehen; wo England Aegypten, Frankreich Marokko erwirbt, lobt Deutschland die Friedenstendenz seiner Feinde! Das Blatt mißtraut der proklamierten Handelsfreiheit und fragt, ob man nicht denken könne, daß diese Maßnahme dazu beitragen werde, den deutschen Handel möglichst bald aus Marokko zu beseitigen. Zum Schluß wünscht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", daß die Volksvertretung von dem verantwortlichen Reichsleiter Rechenschaft über die auswärtige Lage fordern solle. [200])

---

[200]) Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 330, v. 12. 4. 1904. — Die Forderung einer Stellungnahme von Kanzler und Reichstag zur außenpolitischen Lage unterstreichen die „Leipziger Neueste Nachrichten" mit starker Gebärde und unverkennbarer Frontstellung gegen Bülow. Es liege dem deutschen Volke weniger an anmutigen Scherzen und eleganten Wendungen als an einem gründlichen Eingehen auf ganz konkrete Fragen, zu denen allerdings weniger die Versicherung gehöre, daß der Dreibund fortbestehe und daß der Friede gesichert sei, „denn dieser gesinnungstüchtigen Erklärungen ist man ebenso müde wie der Ver-

Zu einer solchen Aussprache bot sich die Gelegenheit sehr bald. Denn am 12. April trat der Deutsche Reichstag nach der Osterpause wieder zusammen und nahm in der Beratung über den Etat des Reichskanzlers Gelegenheit, zu den außenpolitischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Der Abgeordnete Dr. Sattler fragte, ob der Reichskanzler über die gegenwärtigen Verschiebungen in der auswärtigen Politik Mitteilungen machen könne.[201]) Der feste Bestand des Dreibundes sei zwar letzthin erneut festgestellt worden, aber sonst habe man das Gefühl, daß im Verhältnis der verschiedenen großen Mächte zueinander eine Verschiebung eingetreten sei, welche auch für die deutschen Verhältnisse von schwerwiegendstem Einflusse sein könnte. Der Reichskanzler antwortete sogleich und bemerkte, daß es leichter sei, solche außenpolitische Fragen zu stellen als zu beantworten.[202]) Der Redner habe von einer Verschiebung der europäischen Lage gesprochen. Das könne sich nur auf das vor einigen Tagen veröffentlichte französisch-englische Kolonialabkommen beziehen. Da sich die englischen wie die französischen Minister bislang noch nicht zu dem Vertrage ausgesprochen hätten, werde es begreiflich sein, daß er hierzu eingehender noch keine Stellung nehme. Er könne dem Abgeordneten aber sagen, daß Deutschland keine Ursache habe, anzunehmen, das englisch-französische Abkommen enthalte eine Spitze gegen irgend eine andere Macht. Was vorzuliegen scheine, sei der Versuch, Differenzpunkte auf dem Wege gütlicher Verständigung aus der Welt zu bringen. Dagegen sei vom deutschen Standpunkt nichts einzuwenden, denn ein gespanntes Verhältnis zwischen

---

sicherung, daß unsere Beziehungen zu allen Mächten die vertrauensvollsten und besten sind." Namentlich über das marokkanische Abkommen müsse man gründliche Auskunft verlangen. Für die anderen Völker, aber nicht für Deutschland möge es recht amüsant sein, daß England und Frankreich jetzt einfach das Los über die beiden wertvollsten Länder am Südrande des Mittelmeeres geworfen hätten, ohne auch nur einen Blick auf Deutschland zu werfen. Wir brauchen, sagt das Blatt, einen Hafen in Marokko, wir brauchen Kleinasien als gesicherte Einflußsphäre, aber kein Wort verlautet davon, daß die deutschen Bedürfnisse und Ansprüche auch nur geäußert, geschweige denn berücksichtigt worden sind. (Nr. 100 v. 10. 4. 1904.)

[201]) Reichstags-Stenogramm, S. 2019.

[202]) Stenogramm, S. 2022.

England und Frankreich sei für Deutschland schon deshalb nicht wünschenswert, weil es eine Gefährdung des Weltfriedens bedeute, dessen Aufrechterhaltung Deutschland aufrichtig wünsche. Was den Kernpunkt des Abkommens, Marokko, anlange, so habe Deutschland dort wie im Mittelmeer im wesentlichen wirtschaftliche Interessen. Deshalb liege Deutschland viel daran, daß in Marokko Ruhe und Ordnung herrsche. „Wir haben keinen Grund, zu befürchten, daß diese unsere Interessen in Marokko von irgend einer Macht mißachtet oder verletzt werden könnten."

In der Sitzung vom 13. April erklärte der Abgeordnete v. Kardorff, das ganze Land blicke mit Vertrauen zum Reichskanzler [203]) und der Zentrumsredner Dr. Spahn wies, nur kurz auf das Abkommen eingehend, darauf hin, die Art, wie dieses eingeleitet und abgeschlossen worden sei, zeige, daß England in seinem jetzigen König einen sehr klugen Diplomaten besitze. Der konservative Redner v. Heydebrand erklärte, er verstehe die gegenwärtige Zurückhaltung des Kanzlers in der Behandlung der auswärtigen Politik vor dem Reichstage. [204]) Aber das Volk habe doch ein Recht, in so großen Fragen wenigstens in allgemeinen Zügen zu wissen, „wohin die Fahrt geht und insofern war die Anfrage, die Herr Dr. Sattler gerichtet hat, und die auch von unserer Seite gestellt werden sollte, also durchaus am Platze." Deutschland könne sich gewiß nicht in alles mischen, was in der Welt vorgehe, — „das wäre die falscheste Politik, die es gibt" —, aber manchmal habe man doch die Empfindung, daß in der Welt ein bißchen sehr viele Sachen vorgingen, bei denen es mehr oder weniger daneben stehe. Der Redner ermahnt die Regierung, der Weiterentwicklung der marokkanischen Angelegenheit schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Auch der Abgeordnete Gothein erkennt die Schwierigkeit an, die für den Kanzler darin liege, zu dem eben bekannt gemachten Abkommen vor aller Welt Stellung zu nehmen. Jedoch ist es ihm ebenso begreiflich, wenn die Volksvertretung den Wunsch hat, zu erfahren, ob Deutschland nicht durch die neue Verständigung ein wichtiges Absatzgebiet der Industrie

[203]) Stenogramm, S. 2025.
[204]) Stenogramm, S. 2035 f.

entgehe. So hofft er, daß dem Reichskanzler die Wahrung der deutschen Wirtschaftsinteressen hinlänglich gelingen werde. Das Abkommen sei ein deutliches Zeichen einer Entente cordiale zwischen den beiden Mächten. Das brauche man von Deutschlands Standpunkt aus an und für sich in keiner Weise zu bedauern, „denn wir alle haben den Wunsch, daß auch andere Mächte untereinander sich friedlich vertragen." Aber gleichzeitig ist das Abkommen doch ein Zeichen der Erkaltung der englisch-deutschen Beziehungen, was zum großen Teil einer gewissen Gruppe der Presse zur Last zu legen ist, die es namentlich in den letzten Jahren England gegenüber an Takt sehr hat fehlen lassen.

Mit der Haltung der Regierung geht der radikale Antisemit Graf Reventlow sehr scharf ins Gericht. Er erklärt, die Ausführungen des Kanzlers, zumal in der marokkanischen Frage, weckten Beschämung und Niedergeschlagenheit. Hier sei eine Gelegenheit gewesen, das Zünglein an der Wage der großen Politik zu bilden.[205]) England und Frankreich rechneten Aegypten gegen Marokko auf und Deutschland freue sich, wie es scheine, darüber, daß Reibungsflächen zwischen England und Frankreich durch dies Abkommen beseitigt würden. Wenn das Streben der deutschen Regierung nicht weiter ginge, könne man die Leitung der Politik ruhig der Frau v. Suttner anvertrauen: fügt Reventlow bissig hinzu.

Ausführlicher und gründlicher als seine Vorredner nimmt in der Sitzung vom 14. April der sozialdemokratische Redner Bebel zu dem Abkommen Stellung. Er bemerkt zunächst, daß die Fragen der auswärtigen Politik jetzt eine größere Rolle im Reichstage spielten als früher. Dem Reichskanzler pflichtet er bei, daß das Abkommen keine direkte Schädigung der deutschen Interessen darstelle, wenigstens soweit es bis jetzt bekannt geworden sei. Es wäre mehr als Tollheit, eine Politik treiben zu wollen, wie Graf Reventlow sie gefordert habe. Der geschickten Diplomatie Englands und Frankreichs sei es gelungen, in einer außerordentlich verwickelten Frage ein Abkommen zu treffen, das wohl für eine Reihe von Jahrzehnten ernste Konflikte zwischen den beiden Ländern ausschließe. Aber da

[205]) Stenogramm, S. 2052 f.

England und Frankreich nun mehr als bisher zu enger Freundschaft verbunden seien, werde der Dreibund geschwächt und der Zweibund gestärkt: deswegen meint Bebel den Vertrag nicht als für Deutschland günstig ansehen zu können. Er glaubt vielmehr, daß dadurch eine steigende Isolierung Deutschlands zum Ausdruck komme.[206])

Auf die Gefahr der Isolierung kommt Bülow in seiner Antwort zunächst zurück. Bebel scheine zu fürchten, daß Deutschland einer vollständigen Einsamkeit entgegengehe. „Ich erwidere ihm, daß wir mit zwei großen Mächten in einem festen Bündnisverhältnis stehen, zu fünf anderen Mächten stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen, während unser Verhältnis zu Frankreich ein ruhiges und friedliches ist und, soweit das von uns abhängt, auch bleiben wird. Im übrigen glaube ich, daß, wenn wir unser Schwert scharf erhalten, wir uns vor der Isolierung gar nicht so sehr zu fürchten brauchen. Deutschland ist zu stark, um nicht bündnisfähig zu sein. Für uns sind mancherlei Kombinationen möglich und selbst, wenn wir einmal allein stünden, so wäre das auch nicht so fürchterlich. Also bange machen gilt nicht."[207]) Den Forderungen des Grafen Reventlow hält Bülow die Gefahr entgegen, der sich Deutschland aussetze, wenn es selbst ein Stück von Marokko fordere.[208]) Wenn Deutschland eine solche Forderung stelle, müsse es diese auch um jeden Preis durchsetzen. Hierbei wäre leicht mit Widerstand zu rechnen. Bülow glaubt, daß es Leichtsinn sein würde, wenn er ohne Not aus solchem Grunde das Land in Abenteuer stürze. Demgegenüber charakterisiert er die für Deutschland an diesem Zeitpunkt gebotene Politik folgendermaßen: „Im Osten ist ein Krieg entbrannt, dessen Rückwirkung noch unberechenbar ist, im näheren Orient ist noch vieles ungeklärt, da ist eine Politik besonnener Ruhe und selbst der Reserve im Interesse des Reiches am nützlichsten." Weder vom Auslande noch von übelwollender oder ungeduldiger Kritik im Inlande will der Reichskanzler sich den Zeitpunkt vorschreiben lassen, wann Deutschland aus dieser Haltung heraustrete.

---

[206]) Stenogramm, S. 2058 ff.
[207]) Stenogramm, S. 2071.
[208]) Stenogramm, S. 2072 f.

Die Reichstagsbesprechungen über das Abkommen, welche, ohne Neues zu bringen, am 16. April zu Ende geführt wurden, fanden in der Presse ein lebhaftes Echo. Mit mißfälliger Kritik schonte die Opposition den Kanzler nicht. Die Rede vom 12. April wird von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" als eine der nach Inhalt und Form schwächsten Reichskanzlerreden angesehen. „Kaum jemals hat wohl ein führender Staatsmann mit nichtigeren Gründen eine unglückliche Situation zu verteidigen gesucht." [209]) Wenige Tage später übt das gleiche Blatt erneut sehr scharfe Kritik an der Regierung. [210])

Auf der anderen Seite das Urteil des „Vorwärts": der Reichskanzler habe zwar „im Schein der höchsten Furchtlosigkeit gesprochen" . . . „aber jeder Verständige sieht die Gefahren einer zunehmenden Isolierung bei der heutigen Weltlage und jeder Verständige sagt sich, daß die Worte des Reichskanzlers nur aus der Not eine Tugend zu machen suchten." [211])

Bebel war es gewesen, der mahnend das Wort von der Isolierung Deutschlands in die Debatte des Parlaments geworfen hatte. Der Chefredakteur Arthur Levysohn des „Berliner Tageblatts" griff es in seiner Wochenrundschau vom 17. April auf. Auch er glaubt, daß trotz allen offiziellen und inoffiziellen Ableugnens das Abkommen doch in einer Spitze gegen Deutschland gipfele. Wenn Bülow auch in der Debatte den Schluß nicht zugelassen habe, daß Deutschland schließlich die Kosten für den englisch-französischen Pakt zu tragen haben könne, so werde man immerhin bei unbefangener Prüfung der gesamten Lage zu der Wahrnehmung kommen, daß sich ein Gewitter zusammenbraue, für das der geeignete Blitzableiter noch nicht konstruiert worden sei. [212])

„Der Abschluß des englisch-französischen Uebereinkommens, so führt das „Berliner Tageblatt" am

---

[209]) Nr. 336 v. 13. 4. 1904.

[210]) Es heißt hier, die Kanzlerreden würden später einmal einer staunenden Nachwelt zeigen, „was im April 1904 ein deutscher Kanzler als höchste Weisheit seiner Staatskunst der Oeffentlichkeit zu bieten wagte." Sie bezeichneten einen Tiefstand deutscher Diplomatie im neuen Reiche. — Nr. 351 v. 17. 4. 1904.

[211]) Nr. 88 v. 15. 4. 1904.

[212]) Nr. 194.

24. April aus,[213]) beherrscht mit seinen möglichen oder nur eingebildeten Konsequenzen die Weltpolitik immer sichtbarer. Während unsere offiziellen Kreise dem Ereignis in ungebrochenem Optimismus gegenüberstehen und nichts davon wissen wollen, daß sich in dem Vorgang eine wenig erfreuliche Nichtbeachtung des Deutschen Reiches widerspiegele, während unsere Chauvinisten und Ultranationalisten sich nicht scheuen, angesichts des aufhorchenden Auslandes schwere Anklagen gegen die Reichsregierung zu schleudern und sie beschuldigen, daß der große Moment auch unter Graf Bülow wiederum nur ein kleines Geschlecht getroffen habe, muß sich der aufmerksame und vaterländisch gesinnte Beobachter auf die Wahrnehmung beschränken, daß auch hier, wie so oft, die Wahrheit in der Mitte liegt." Es ist, meint dieser Aufsatz, nicht anzunehmen, daß die Regierung die aufziehende Gefahr nicht bemerkt hätte. In Delcassé habe Frankreich eben einen Leiter seiner auswärtigen Geschäfte, der mit stetiger Zähigkeit das Ziel verfolge, die Stellung Frankreichs im Rate der Nationen auf Deutschlands Kosten mehr und mehr zu verbessern. Und in den Kreisen der britischen Politiker herrsche eine arge Mißstimmung gegen Deutschland. Das sei ein „Hanswurst-Geheimnis". Nachdem der geschäftliche Wettbewerb Deutschlands immer fühlbarer für England geworden ist, und Burenenthusiasmus und Krügerdepesche das Ihrige zur politischen Verstimmung beigetragen haben, herrscht, sagt das Blatt, an der Themse eine tiefe Verstimmung gegen Deutschland vor, „die durch das loyalste Verhalten unserer amtlichen Politik nicht mehr aus der Welt geschafft werden konnte. Ein Pakt mit Frankreich, selbst mit schweren Opfern erkauft, erschien darum wohl geeignet als eine Revanche gegen Deutschland. Und wenn man sieht, wie trotz all der großen Differenzen, die zwischen England und Frankreich bestanden, jetzt der Pakt abgeschlossen worden ist, so wird man sich der Besorgnis nicht erwehren können, daß auch Rußland und England trotz ihrer sehr großen Differenzen sich einigen und eine zielbewußte Diplomatie auch hier eine Versöhnung herbeiführen könne.

---

[213]) In der Wochenschau des Chefredakteurs Arthur Levysohn in Nr. 207.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" faßt sich kurz: Der Kanzler habe im Reichstag Veranlassung genommen, sein Programm zu erläutern und die Grundzüge seiner Politik an den augenblicklich schwebenden Fragen darzulegen, „wobei er insbesondere auch manche interessante Streiflichter auf die gesamte internationale Lage fallen ließ." [214])

---

[214]) Nr. 90 v. 17. 4. 04. — Uebrigens bringt die Nordd. Allg Ztg. in Nr. 92 v. 20. 4. 1904 einen interessanten und sehr bezeichnenden Auszug aus den „Berl. Neuest. Nachr.", den man als offiziöse Verlautbarung zu nehmen geneigt ist. Es heißt dort, die von Bebel aus der gegenüber früherer Zeit ausgiebigeren Debatte gefolgerte Unzufriedenheit mit der Außenpolitik sei nicht zutreffend. Die Kritik sei nicht schlimmer und abfälliger als schon seit einer Reihe von Jahren. Bülow habe keinen Anlaß, hierüber zusammenzubrechen. Was sollte Deutschland denn tun gegenüber dem Abkommen? Die Gelegenheit, Marokko ganz oder teilweise zu okkupieren, wie von einigen verlangt werde, sei heute noch genau so gut vorhanden wie vor dem Abschluß des Abkommens. Aber das sei auch eine unkluge und unbesonnene Forderung, ein Abenteuer, das einen Weltkrieg nach sich ziehen könne. Eine andere Gruppe von Politikern verlange, die deutsche Diplomatie hätte den Abschluß des Abkommens überhaupt verhindern müssen. Bismarck, behaupteten diese, hätte das fertiggebracht. „Derartige Redewendungen sind absolut zwecklos. Erstens kann sie niemand beweisen und zweitens wissen wir alle, daß Bismarck vermöge seiner durch beispiellose Erfolge bewirkten einzigartigen Autorität Hilfsmittel zu Gebote standen, über die der Staatsmann von normaler Begabung nicht verfügt. Gebe man statt dessen lieber einmal an, wie unsere Diplomatie jene Annäherung hätte verhindern sollen. Etwa indem Graf Bülow die ihm von alldeutschen Heißspornen vorgeschriebene Politik gegen England ausgeführt hätte? Wir unsererseits glauben nicht, daß es ein erfolgversprechendes Mittel gegeben hätte. Deutschland hat das englisch-französische Abkommen nicht verhindern können, wir müssen es nehmen, wie es ist. Und für uns ist es ein avis au lecteur! Wir sehen jetzt deutlich, wohin dort drüben die Reise geht. Wären Wünsche Tatsachen, so möchte die von Bebel behauptete Isolierung Deutschlands tatsächlich vorhanden sein. Aber noch handelt es sich eben doch um Wünsche. Die Art, wie sich der Dreibund neuerdings zum Bewußtsein bringt, ist doch auch wohl kein bloßer Zufall. Uns scheint darin eine nicht mißzuverstehende Antwort auf die Annäherung der Westmächte zu liegen und es ist uns unverständlich, wie die Bebelsche Isolierungslegende im Reichstage, abgesehen vom Kanzler selbst, hat ohne scharfe Zurückweisung bleiben können." Nein, sagen die „Berliner Neuesten Nachrichten" weiter, bestimmte Fehler sind in der auswärtigen Politik nicht gemacht worden. Gewiß, die deutsche Politik ist jetzt sehr zurückhaltend; vielleicht zu sehr, wie manche das unbestimmte Gefühl haben. Nun, wir haben längere Zeit eine auswärtige Politik gehabt, die überall

In schroffstem Gegensatz zu der wohlwollenden Sprache der offiziösen und regierungsfreundlichen Presse sagen die „Leipziger Neuesten Nachrichten" mit einem Unterton grimmigen Ernstes, in Paris werde man sich ob der Kanzlerreden „vergnügt ins Fäustchen lachen. . . Man hat Rußland zum Bundesgenossen, England zum intimen Freund und Italien zum Liebhaber, während Deutschland isoliert ist und den Weltfrieden sichert; man hat ein schönes, reiches Land gewonnen und der deutsche Kanzler spricht dafür seinen tiefgefühlten Dank aus. . ."

Die tiefe Erbitterung, wie sie in diesen Worten der „Leipziger Neuesten Nachrichten" zum Ausdruck kam, zeigte sich in allen alldeutschen Kreisen. Leidenschaftliche Broschüren erschienen und wiesen auf Marokko als Ziel deutscher Expansion hin.[215]) Aus diesen Kreisen, die die Zurückhaltung der Regierung[216])

---

dabei sein zu wollen schien. Dabei sind wir augenscheinlich auch nicht besser gefahren. Der Reichskanzler kann die diesmalige Kritik ertragen. „Dagegen dürfte zu beachten sein, daß Graf Bülow wiederholt von ernsten Symptomen gesprochen hat, die sich in der auswärtigen Politik am Horizont zeigen. Pessimistische Anwandlungen entsprechen nicht der Natur des gegenwärtigen Reichskanzlers. Man wird also diese Perspektiven doppelt ernst würdigen und die an sie geknüpfte Ermahnung zur Einigkeit nachdrücklich unterstreichen müssen."

[215]) S. z. B. Heinr. Claß, „Marokko verloren?" Ein Mahnruf in letzter Stunde, (München 1904.) Hier wird Marokko als geeignetes Gebiet für eine deutsche Volksbesiedlung, wie sie sich durch die starke Bevölkerungszunahme als notwendig erweise, sowie als wichtiges Absatzgebiet dargestellt und „kraft des sittlichen Rechtes der Notwendigkeit" das südwestliche Gebiet von Marokko mit der Atlantischen Küste gefordert. S. 11. — S. auch Joachim Graf von Pfeil, „Warum brauchen wir Marokko?" (München 1904).

[216]) Vgl. die bezeichnenden Worte Bülows vom 20. April hinsichtlich der Darstellung der Lage in der Presse: Es müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß dieselben Ultrachauvinisten, die jetzt ein Stück von Marokko verlangten und überhaupt überall annektieren wollten, durch ihr „systematisches Hetzen gegen England, ihre fanatisch-bornierte Burenschwärmerei" die Annäherung zwischen England und Frankreich ermöglicht hätten. Es sei nicht schlecht, bei diesem Anlaß der deutschen öffentlichen Meinung und Presse ins Gewissen zu reden, daß auswärtige Fragen mit mehr Ruhe behandelt werden müßten: „ohne fortgesetztes Belehren und Beschimpfen des Auslandes, ohne kindische Sentimentalitäten, ohne Kannegießerei, auch ohne fortgesetztes Diskreditieren der eigenen Regierung." — O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 42 f.

bitter beklagten, richteten manche ihren Blick auf den Kaiser.

Dieser war seit dem 12. März 1904 [217]) auf einer Mittelmeerreise und hielt sich an dem Tage, wo das englisch-französische Abkommen abgeschlossen wurde, in Palermo auf. Seine Beurteilung der neugeschaffenen Lage, welche in einem am 19. April von Syrakus an den Grafen Bülow gerichteten Telegramm zum Ausdruck kam, zeigt, daß der Kaiser mit mehr Sorge das neue Einvernehmen ansah als sein Kanzler. Es heißt in diesem Telegramm, das jüngste englisch-französische Abkommen gebe ihm, dem Kaiser, nach mancher Richtung hin zu denken. Die Franzosen hätten den Vorteil ihrer augenblicklichen politischen Lage mit bemerkenswertem Geschick ausgenutzt, sie hätten es fertig gebracht, ohne das Band mit Rußland zu lockern, sich von England ihre Freundschaft teuer bezahlen zu lassen. Die präponderierende Stellung, die die Franzosen nunmehr in Marokko erlangt hätten, sei unstreitig ein großer Gewinn für sie, den sie sich mit der Aufgabe des Restes ihrer mehr theoretischen als faktischen Rechte in Aegypten billig eingeheimst hätten. Der Kaiser hofft, daß die bedeutenden deutschen Handelsinteressen in Marokko nicht geschmälert werden. England habe jetzt in Aegypten ganz freie Hand erlangt. Die möglichen Reibungsflächen mit Frankreich sind durch das Abkommen wesentlich eingeschränkt worden und England hat dadurch an Bewegungsfreiheit auch sonst in der Welt viel gewonnen. „Es ist nur natürlich, daß die zunehmende Freundschaft mit Frankreich und die sich daraus ergebende Sicherheit, daß von dieser Seite aus nichts zu befürchten ist, für England jede Rücksichtnahme auf uns mehr und mehr in den Hintergrund treten lassen wird." [218])

Sofort antwortete der Kanzler und verwies auf einen eingehenden Bericht des Londoner Geschäftsträgers Bernstorff über das Abkommen. Für Bülow selbst beruhte die Bedeutung des Abkommens in der Garantie gegen die Beteiligung der einen wie der anderen Macht am russisch-japanischen Kriege. Er gibt zu, daß der Vertrag für das internationale Gewicht

[217]) Schultheß, S. 48.
[218]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6378.

wie für die erhöhte Bewegungsfreiheit der beiden Staaten von Wert sei und bemerkt, daß es die Anziehungskraft von England und Frankreich für Italien noch vermehren werde. Ein gewisser Grad von Abkühlung werde erst eintreten, wenn die russisch-japanischen Friedensverhandlungen begännen und dann auseinandergehende politische Ziele der Partner zutage treten könnten. Die deutschen Handelsinteressen zu Marokko sind, so versichert der Kanzler, „Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit". [219])

Der Bericht des Londoner Geschäftsträgers, auf welchen Bülow verwies, ist eine umfangreiche Betrachtung der politischen Gesamtkonstellation. Graf Bernstorff sagt hier, das englische Volk zeige nach den bösen Erfahrungen des Burenkrieges jetzt einen um so größeren Friedenswillen allen Großmächten gegenüber. Zu der Entente bemerkt Bernstorff, daß die Regierung bei ihren Bemühungen um Frankreichs Gunst von der öffentlichen Meinung vorwärts getrieben worden sei, „welche von jeher eine Vorliebe für das „freie" Frankreich hatte und in einem idiosynkratischen Mißtrauen gegen Deutschland befangen war." Wenn das gute Verhältnis mit Frankreich erreichbar war, konnte England hoffen, der ersehnten Schwächung Rußlands als „tertius gaudens" zuzusehen und in Tibet oder anderwärts kleine Erfolge davonzutragen. So erklärt sich denn der bisher in der Weltgeschichte unerhörte Vorgang, daß England mit einer anderen Macht eine „societas leonina" einging, bei welcher der britische Löwe sich gegen seine Gewohnheit mit dem Anteil des wilden Esels begnügte. Um den Eindruck, England sei bei dem Abkommen übervorteilt worden, zu verwischen, gebe das Foreign Office übrigens ziemlich deutlich zu erkennen, daß der anglo-französische Vertrag noch geheime Zusatzartikel enthalte, welche sich auf Ostasien und auf die Zukunft Aegyptens bezögen. Gegen Deutschland herrsche eine unverkennbare und nach dem Ausbruch des ostasiatischen Krieges noch gesteigerte Mißstimmung. Immerhin glaubt der Geschäftsträger, daß diese Verstimmung, über deren Grundlagen er sich eingehend äußert, zu beheben sein könne, wenn es dabei auch deutscherseits großer Selbstverleugnung und Rücksicht bedürfe. Die

[219]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6379.

in deutschfeindlichen Presseorganen auftauchende Meinung, die neue Entente stelle eine „für Deutschland höchst bedenkliche Kombination" dar, träfe zu, wenn England aggressive Absichten hege. Das sei aber nicht der Fall. Als einen guten Anfang zur Besserung der deutsch-englischen Beziehungen sieht der Geschäftsträger den Abschluß eines Schiedsabkommens mit England an. „Solche Verträge sind in der jetzt üblichen Form gänzlich harmlos und de facto ohne Bedeutung. Es ist aber erstaunlich, wie sehr der „praktische Engländer" in politischen Dingen unter der Herrschaft der Phrase steht. Wenn wir uns zu einem Schiedsabkommen bereit fänden, würden hier unzählige Leute glauben, die Deutschen seien plötzlich aus eroberungslustigen ganz friedliche Leute geworden." [220])

Offenbar bereitete die neue Lage dem Kaiser Sorgen. Aus zwei Reden, welche er nach seiner Rückkehr nach Deutschland hielt (am 28. April in Karlsruhe und am 1. Mai in Mainz) [221]) sprach ein so ungewöhnlicher Ernst, [222]) daß sowohl die Oeffentlichkeit wie auch die Börse erstaunt aufhorchten. [223]) Nicht ohne Grund bemerkte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" am 12. Mai zu der Karlsruher Kaiserrede, ihr ernster Ton stehe in schroffem Gegensatz zu dem unverwüstlichen Optimismus des lächelnden Kanzlers. [224])

---

[220]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6376 v. 16. 4. 1904.

[221]) Schultheß, S. 74, 76.

[222]) So sagte der Kaiser in Karlsruhe am Schluß seiner Ansprache, er hoffe, daß der Friede nicht gestört werde und „daß die Ereignisse, die wir vor unseren Augen sich abspielen sehen, dazu angetan sind, die Geister auf eine Linie zu lenken, das Auge klarzumachen und den Mut zu stählen und uns einig zu finden, wenn es notwendig werden sollte, in die Weltpolitik einzugreifen." — Schultheß, S. 74. Und in Mainz, wo eine Brückenweihe gefeiert wurde: „Ich wünsche von Herzen, daß der Friede, der notwendig ist, damit Industrie und Handel sich fortentwickeln, auch fernerhin erhalten bleiben möge. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß diese Brücke, wenn sie zu ernsteren Transporten benutzt werden sollte, sich dann vollkommen bewähren wird. . . ." (ebd. S. 76).

[223]) Nach einer Notiz in der „Kölnischen Zeitung" (Nr. 437/1904) nahm die Berliner Börse mit Aufmerksamkeit von den Kaiserworten Kenntnis und wollte aus ihnen eine besondere politische Bedeutung herauslesen.

[224]) Nr. 441.

Und der sozialdemokratische Führer Bebel nahm die Kaiserreden zum Anlaß, um am 9. Mai erneut auf die Außenpolitik zurückzukommen. Er meinte, die Reden ließen erkennen, daß das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich nicht so rosig sei, wie Bülow es in seinen Reichstagsreden wahr haben wollte. Nach einem Hinweise auf die Aufmerksamkeit, welche die französische Presse den Kaiserworten entgegengebracht habe, erklärte Bebel, daß deutsche Presseorgane der verschiedensten Parteirichtungen aus den Kaiserreden den Schluß gezogen hätten, es sei in der Tat eine Isolierung Deutschlands in Europa vorhanden. Bebel beklagte die ansteigende Mißstimmung der großen Nationen gegen Deutschland, die vor allem aus dem Neid über die industrielle Entwicklung des Deutschen Reiches wie aus den immer gewaltiger werdenden kriegerischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande resultiere, zu welchen, wie behauptet werde, Deutschland den Hauptanstoß gegeben habe und noch gebe.[225])

Was Bülow im Reichstage auf Bebel antwortete,[226]) war nicht eben sehr überzeugend, umso weniger, wenn es zutraf, daß, wie das „Berliner Tageblatt" am 10. Mai meinte,[227]) die meisten Zeitgenossen Bebels Besorgnisse teilten.

Als nun gar noch im Preußischen Herrenhause die Konservativen am 11. Mai einen Vorstoß gegen Bülow unternahmen und ihm eine Reihe von Beschwerden vortrugen, die zum Teil innerpolitischer, doch auch außenpolitischer und handelspolitischer Art waren, witterten manche Presseorgane Krisenluft. So führte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" am 21. Mai aus, das Geraune von einer Erschütterung der Kanzlerschaft Bülows wolle nicht verstummen. Die Dreibundgenossen zeigten Neigung zu selbständigerem Auftreten (österreichische Heeresvermehrung, italienische Balkanpläne) und das habe eine Unbehaglichkeit hin-

225) Reichstagsstenogramm S. 2779.

226) Der Reichskanzler bestritt, daß die von Bebel beklagten Antipathien gegen Deutschland in solchem Ausmaße in der Welt vorhanden seien, wie dieser behaupte. Wäre dies aber tatsächlich der Fall, so müsse die deutsche Rüstung so sein, daß sie allen Eventualitäten der Zukunft in Ruhe entgegensehen könne. (Reichstagsstenogramm S. 2788).

227) Nr. 136.

sichtlich der bisher im Dreibund geführten Politik hervorgerufen, die natürlich zuerst in Gerüchten von einer Kanzlerkrise Ausdruck fände. Man wisse noch nicht genau, woher der Wind wehe, aber selbst wenn nur der Wunsch der Vater des Gedankens sei, fänden sich in der Presse aller Parteien so viele Ursachen der Krise angegeben, daß man den Eindruck gewinne, als würde keine Partei, das Zentrum vielleicht ausgenommen, dem Grafen Bülow eine Träne nachweinen. Im Anschluß hieran wird eine Bemerkung des „Fränkischen Kuriers" angeführt, wonach in höheren Regionen, d. h. wohl am Hofe und zumal beim Kaiser die Art, wie Bülow neben anderem das Abkommen behandelte, nicht gefallen habe. Und im Zusammenhang mit Ausführungen der „Münchener Neueste Nachrichten" zur Lage glaubt die Zeitung, daß der Kaiser namentlich mit der gegenwärtigen Dreibundpolitik unzufrieden sei. In Rom werde, so schreibe der Berichterstatter des „Petit Parisien" von dort, die Möglichkeit eines Rücktrittes des Grafen Bülow eifrig erörtert, noch mehr aber die neuen politischen Kombinationen, die sich aus dem englisch-französischen Abkommen ergeben könnten.[228])

Das „Hamburger Fremdenblatt" erfuhr am 17. Mai aus führenden Berliner Kreisen der Freisinnigen Volkspartei, die Stellung des Kanzlers gelte nicht mehr als fest. Es sei auffallend gewesen, daß Bülow sich auch wegen seiner Außenpolitik im Herrenhaus habe rechtfertigen müssen,[229]) obwohl diese nach parlamentarischem Brauch dort früher nicht Gegenstand der Kritik war. Nur um Zeitungsartikel im Sinne der Alldeutschen zu widerlegen, lohnte es sich doch nicht, auf die Kritik einzugehen. Aber das Abkommen zwischen Frankreich und England über Marokko und Aegypten habe offenbar an anderer Stelle verdrossen. Da auch innerpolitisch manche Unzufriedenheit in parlamentarischen Kreisen mit Bülow herrscht, führt das Blatt weiter aus, bleibt als Fazit von alledem, daß die Stel-

[228]) Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 471 v. 21. 5. 1904.

[229]) Bülow suchte dort die Bedenken der Konservativen, für welche seine Regierung eine freundliche, ja „zärtliche Hand" gehabt habe, zu zerstreuen, warnte vor Reichsverdrossenheit und mahnte zur Einigkeit, da am Horizont der inneren wie der äußeren Politik manche ernste Zeichen stünden. (S. „Die Post" Nr. 221 vom 12. 5. 1904.)

lung des Kanzlers wacklig geworden ist. Seine besten Freunde seien gegenwärtig noch die Herren von der Zentrumspartei, während die Konservativen nicht mehr mit dem Grafen Bülow, sondern mit irgend einem „kommenden Mann" rechneten, der sich weniger auf das Diplomatisieren verstehe, weniger schmiegsam und biegsam nach allen Seiten sei, dafür aber als starker Mann sich zu betätigen unternehme.

Die Mißstimmung auf der Rechten war aber nicht nachhaltig. Wenn das „Hamburger Fremdenblatt" auch am 22. Mai erklärte, die sehr vertraute Stellung von Kaiser und Kanzler sei abgekühlt, so mußte es doch zugeben, daß es Bülow gelungen sei, die Konservativen wieder zu gewinnen. Es regne Vertrauenskundgebungen für den Mann, dem sie noch jüngst das Leben recht schwer gemacht hätten.[230]) Und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärte die Gerüchte von einer Kanzlerkrise für unbegründet. Die Konservativen hätten in der Außenpolitik augenblicklich zu Niemandem größeres Vertrauen als zum Grafen Bülow.[231]) In der Tat sind die Krisengerüchte auch bald verstummt.

Bei aller Zurückhaltung, die die Berliner Regierung übte, war sie dem englisch-französischen Abkommen gegenüber doch nicht tatenlos geblieben. Am 13. April meinte Fürst Lichnowsky, Vortragender Rat im Außenministerium, Deutschland brauche einen Erfolg in der auswärtigen Politik, da allgemein die englisch-französische Verständigung wie auch die italienisch-französische Annäherung als eine Niederlage für das Deutsche Reich aufgefaßt werde.[232]) Er glaubt deswegen, daß das Auswärtige wie das Marine-Amt den Vorschlägen des Gesandten in Tanger, v. Metzingen, nähertreten sollten, welcher am 5. April geraten hatte, einen Küstenplatz, etwa Agadir und Umgebung, zu besetzen. Das lässige Verhalten der marokkanischen Behörden angesichts der Ermordung des deutschen Korrespondenten Dr. Genthe sowie einige andere Zwischenfälle böten eine Motivierung, wie sie sich vielleicht nicht wieder finden lasse.[233])

---

230) Nr. 119.
231) Nr. 119 v. 22. 5. 1904.
232) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6516.
233) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6515.

Ein solches Vorgehen, welches sich ja mit den Wünschen mancher politischer, aber auch wirtschaftlicher Kreise deckte, hätte von vornherein den Erklärungen widersprochen, die der Kaiser am 16. März 1904 dem spanischen Könige über Marokko gegeben hatte.[234]) Hier sagte der Kaiser offen heraus, Deutschland wolle in Marokko keinen Territorialerwerb, sondern nur offene Häfen, Eisenbahnkonzessionen und Import von Fabrikaten. Auch dem deutschen Botschafter in Madrid, v. Radowitz, gegenüber, der auf die Möglichkeit, bei einer Auseinandersetzung über Marokko Kompensationen zu fordern, hinwies, erklärte der Kaiser, er suche dort nichts anderes als Vorteile für den deutschen Handel und für die Ausbreitung der Zivilisation.[235])

Entgegen der Mahnung des Kaisers sahen aber sowohl Bülow wie Holstein Deutschlands Prestige und politische wie wirtschaftliche Geltung — und nach dem Abkommen vom 8. April 1904 erst recht — in Marokko in hohem Maße engagiert.[236]) Jedoch meinte der Reichskanzler am 21. Juli, daß jeder Versuch Deutschlands, auch seinerseits an die marokkanische Frage in ihrer jetzigen Phase heranzutreten, zu einer Engagierung mit weittragenden Konsequenzen führen könne und deshalb besonderer Vorsicht bedürfe.[237]) Als eine nahezu unerläßliche Aufgabe hat es die Regierung vor allem angesehen, vor irgendwelchen Schritten mit England über den Aegypten betreffenden Teil der

---

[234]) Große Politik, Bd. 17, Nr. 5208.

[235]) S. Große Politik, Bd. 17, Nr. 5209, 5210.

[236]) S. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6521—23.

[237]) In seiner „Deutschen Politik" (Berlin 1916) sagt Bülow von dem Abkommen vom 8. 4. 1904, gegen den Teil, der sich auf Aegypten bezog, Stellung zu nehmen, habe kein Anlaß vorgelegen. Und da die Franzosen den politischen Zustand in Marokko nicht zu ändern versprachen, war es angezeigt, „erst einmal abzuwarten, ob die französische Regierung diese Zusage erfüllen, wie sie überhaupt das Abkommen in der Praxis ausführen und wie sie sich namentlich mit unseren vertragsmäßigen Rechten in Marokko und den dortigen deutschen Interessen abfinden würde. Hiervon abgesehen hängt es von den Umständen ab und ist eine Frage der Opportunität, wann eine Aktion begonnen werden soll. Manche Gründe sprachen dafür, das englisch-französische Abkommen nicht mit sofortigen Drohungen noch besonderer Nervosität zu begrüßen. Es empfahl sich, die ägyptische Frage nicht mit der marokkanischen zu verquicken

Deklaration vom 8. April ins Reine zu kommen.[238]) Schon bald nach der Bekanntgabe der englisch-französischen Einigung hatte der Reichskanzler auf eine Anfrage des österreichischen Botschafters hin seine Bereitwilligkeit zu einem Gedankenaustausch zwischen Berlin und Wien über die ägyptische Frage bekundet. Er dachte daran, gegebenenfalls bei dem englischen Botschafter den Wunsch Deutschlands, mit England die deutschen Interessen in Aegypten neu zu regeln, verlauten zu lassen und wollte es dann von dem Grade des englischen Entgegenkommens abhängig machen, „ob man die Regelung auch anderer Fragen in die Verständigung mit hineinbeziehen und sogar an einen deutsch-englischen Schiedsvertrag nach bekanntem Muster[239]) denken könnte.[240])

Das war die Richtlinie für die effektiv unmittelbar auf das Abkommen hin verfolgte Politik. Da aber die Verhandlungen über weitere Kolonialfragen infolge des britischen Widerstandes sich als ergebnislos erwiesen,[241]) entspann sich eine eingehende und nicht reibungslose Diskussion zwischen Berlin und London über die Bedingungen, unter welchen die deutsche Regierung dem Entwurf des Khedivialdekretes[242]) zuzustimmen sich bereit finden würde. Da für Ende Juni 1904 ein Besuch König Eduards auf der Kieler Regatta vorgesehen war, wünschte der Kaiser dringend, daß die Verständigung über Aegypten vorher noch erfolgte.[243]) In der Tat gelang es am 15. Juni, eine Einigung zu erreichen. Die britische Regierung fand sich bereit, dem deutschen Handel in Aegypten auf dreißig Jahre die Behandlung als meist begünstigte Nation zu gewähren, die Rechte, die Deutschland gemäß Verträgen, Abkommen und Ueberlieferung in

---

und auch in der marokkanischen Frage Frankreich gegenüber nicht a priori Uebelwollen oder Mißtrauen zu zeigen. Umso besser waren wir berechtigt, uns gegen eine Verletzung des bestehenden Rechtszustandes und unserer wirtschaftlichen Interessen zur Wehr zu setzen, wenn es sich zeigte, daß Frankreich diese zu achten nicht gewillt sei." S. 97 f.

238) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6523.

239) Englisch-französischer Schiedsvertrag vom 14. Oktober 1903, S. oben, S. 34 f.

240) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6443/44.

241) S. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6448.

242) S. o. S. 35.

243) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6463.

Aegypten genoß, zu achten, die Freiheit der deutschen Schulen in Aegypten zu respektieren und die zurzeit in ägyptischen Diensten befindlichen deutschen Beamten keinen ungünstigeren Bedingungen zu unterstellen als die britischen. Dafür erklärte nun die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit, zu dem Khedivialdekret ihre Zustimmung zu geben, die Aktion Englands in Aegypten nicht zu behindern und kam außerdem einigen, dem Abkommen vom 8. April analogen Wünschen Englands wegen des Suezkanals entgegen.[244])

Gerade rechtzeitig zum Beginn der Kieler Regatta erhielt der Kaiser die Nachricht über die nunmehr erzielte Verständigung, welche geeignet war, dem Treffen der Staatsoberhäupter von Deutschland und England eine freundliche Note zu geben.

Nicht ohne eine gewisse Berechtigung tadelte es die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", daß Eduard VII. erst jetzt nach Deutschland komme, nachdem er schon die verschiedensten Staatsbesuche gemacht hatte.[245]) Und wie diese Zeitung dem fremden Gast gegenüber eine zwar höfliche, aber kühle Stellung einnahm und empfahl, so hielt es die deutsche Presse durchweg während der Kieler Tage, wenn man auch von einigen Seiten Eduards Verdiensten und Leistungen in der britischen Außenpolitik Worte der Anerkennung nicht versagte.[246])

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mahnte, an die Zusammenkunft der Monarchen keine weitreichenden politischen Erwartungen zu knüpfen[247]) und entsprach damit sicherlich der Meinung der beiderseitigen Regierungen wie der Herrscher.

Wenn aber auch auf englischer Seite keine Bereitwilligkeit zu einer weitgehenden Verständigung, die neben der ägyptischen auch andere koloniale Fragen einschloß, sich zeigte, so lag den englischen Staatsmännern wie nicht zuletzt dem Könige doch daran, in Deutschland keine nachhaltige Verstimmung über die

---

[244]) S. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6470—80.

[245]) Nr. 590 v. 24. Juni 1904.

[246]) S. Kölnische Zeitung, Nr. 639 v. 23. 6. 1904, Hamburger Fremdenblatt, Nr. 148 v. 26. 6. 1904.

[247]) Nr. 130 v. 5. 6. 04.

Hinwendung Englands zu Frankreich aufkommen zu lassen. So erfolgte wohl nicht umsonst gerade jetzt der Besuch Eduards in Kiel. Und so zeigten sich auf die deutsche Anregung hin die Engländer auch unbedenklich bereit,[248]) einen Schiedsvertrag mit Deutschland abzuschließen, wie ihn Bernstorff der Berliner Regierung schon am 16. April vorgeschlagen und der Reichskanzler am 19. April befürwortet hatte.[249]) In Berlin strebte man unmittelbar nach der Verständigung über Aegypten danach, dies Schiedsabkommen herbeizuführen[250]) und die Unterzeichnung erfolgte am 12. Juli 1904. Es wurde bestimmt: strittige Rechtsfragen und Streitfragen, die sich auf die Auslegung von zwischen beiden vertragschließenden Teilen bestehenden Verträgen beziehen, sollen vor den ständigen Schiedshof im Haag gebracht werden. Diese Berufung soll aber nur eintreten, wenn vorherige diplomatische Verhandlungen über den strittigen Gegenstand ergebnislos verlaufen sind. Dabei ist vorausgesetzt, daß solche Streitfragen nicht die vitalen Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden vertragschließenden Staaten berühren und nicht die Interessen dritter Mächte angehen. In jedem Einzelfalle sollen die Vertragspartner, bevor sie den ständigen Schiedshof anrufen, einen besonderen Schiedsvertrag abschließen, der den Streitgegenstand, den Umfang der Befugnisse der Schiedsrichter und die Fristen klar bestimmt, die für die Bildung des Schiedsgerichts und die verschiedenen Abschnitte seines Verfahrens festgesetzt sind. Das Abkommen wird auf fünf Jahre vom Tage der Unterzeichnung an abgeschlossen.[251])

Der Eindruck, den der Schiedsvertrag in der deutschen Presse machte, konnte nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" nicht als allzu tiefgehend betrachtet werden.[252]) Neben solchen Stimmen, die den Vertrag freundlich als den „Anfang einer politischen Beruhigung und als einen Weg zu einer richtigen und

---

[248]) S. Der Hilfssekretär im Foreign Office J. H. Villiers an den Botschafter Sir Frank Lascelles in Berlin. (24. 5. 04) in Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6448.

[249]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6443.

[250]) Ebd. Bd. 20/I, Nr. 6478.

[251]) S. Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 662 v. 16. 7. 04.

[252]) S. Nr. 659 v. 15. 7. 04.

wohlwollenden Einschätzung der deutschen Politik" aufnahmen, gab es Tadler und Unzufriedene [253]). —

In England meinte die „St. James Gazette", der Vertrag könne, da weder in Deutschland noch in England der Wunsch nach intimeren Beziehungen vorhanden sei, nicht solche Früchte zeitigen, wie der französisch-englische Vertrag. „Globe" sagte, neben der drohenden deutschen Flotte habe der Vertrag nicht viel zu bedeuten. „Lasset uns mit Deutschland auf freundlichem Fuße stehen, aber erschlaffen wir niemals in der schlaflosen Wachsamkeit." [254]) Während die „Times" kritisch keine Stellung nahmen, begrüßten die „Daily News" den Schiedsvertrag, mit dem ein Schritt in der Richtung positiver Friedenspolitik geschehen sei. „Standard" äußerte sich ähnlich, anders dagegen die „Morning Post". Sie mißt allen internationalen Schiedsverträgen nur geringe Bedeutung bei, da diese lediglich der Ausdruck idealen Strebens seien. Der Vertrag mit Deutschland müsse bei den Franzosen Zweifel wecken, ob die Entente cordiale noch bestehe. Der Gedanke, daß Deutschland mit dem englisch-französischen Abkommen isoliert sei, sei durch den Schiedsvertrag widerlegt. England müsse streben, einen Teil der europäischen Mächte an seiner Seite zu haben. Zu allen Zeiten sei England notwendigerweise Gegner der stärksten Macht auf dem Festlande gewesen. Die Zeit sei gekommen, in Deutschland einen Rivalen zu sehen, der nach der Vorherrschaft zu Lande wie zur See strebe. [255])

Ueber die Auffassung der Lage in Paris ließ sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" melden, daß die Aufnahme des Vertrages eine freundliche sei, wenn auch ziemlich wenig darüber gesprochen werde. Das Eingehen der deutschen Regierung, die bisher dem

---

[253]) So meinte z. B. die Rheinisch-Westfälische Zeitung, was hier vereinbart sei, sei „weniger als gar nichts. Wir haben ja von vornherein nicht an das Märlein geglaubt, daß es ein Abkommen in der Art des französisch-englischen sein werde; aber zwei tüchtigen Nationen einen solch schalen Aufguß vom Haager Kaffeetisch zu bieten, den dort versammelten Nullen aller Herren Länder durch Vorsetzung großmächtlicher Koeffizienten den Anschein rationeller Werte zu geben, das finden wir doch ein bißchen stark." Nr. 659 v. 15. 7. 1904.

[254]) S. Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 659 v. 15. 7. 04.

[255]) S. Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 656 v. 14. 7. 04.

Schiedsgerichtsgedanken zum mindesten kühl gegenübergestanden habe, auf die diesbezüglichen englischen Anträge sei von prinzipieller Wichtigkeit. Daß mit der hier zutage getretenen Besserung der englisch-deutschen Beziehungen eine Aenderung in der Politik der beiden Länder erfolgen werde, sei nicht wahrscheinlich. Die Bedeutung dieses Vertrages für England sei ja auch nur platonisch, da Schwierigkeiten wie bei dem englisch-französischen Abkommen hier nicht vorlagen.[256])

---

[256]) S. Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 659 v. 15. 7. 04.

VI.

Ernste Zeichen.

Durch das Abkommen vom 8. April 1904 gewann Frankreich einen neuen Freund und verbesserte auf diese Weise seine internationale Lage in erheblichem Ausmaße. Das hatte der Kaiser ganz richtig gesehen und zum Ausdruck gebracht.[257])

Weniger noch als zuvor konnte man nunmehr von einem isolierten Frankreich reden; die Vereinsamung des revanchelüsternen Nachbarn, die Bismarck mit dem ganzen Aufgebot seiner staatsmännischen Geschicklichkeit, getragen von der Zielsicherheit des politischen Genies zu erhalten gewußt hatte,[258]) war aufgehoben und beseitigt.

Die Allianz mit Rußland war der erste große Erfolg jener französischen Politiker gewesen, die, entgegen Bismarcks Streben, ihr Land aus der Isolierung herauszuführen trachteten und dabei ihre Blicke auf Deutschlands östlichen Nachbarn richteten.[259]) Es war ein großer, nachhaltiger Erfolg, den Frankreich mit der Gewinnung des russischen Partners buchen konnte.[260]) Die Entente cordiale von 1904 wurde ein weiterer, nicht minder wichtiger Gewinn. Nimmt man noch die anläßlich des Besuches des Präsidenten Loubet in Rom im April dieses Jahres aller Welt offenkundig gemachte[261]) und durch die namentlich seit 1901 gepflogenen diplomatischen Verhandlungen vorberei-

---

[257]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6378, s. o. S. 80.

[258]) S. O. Becker, Bismarcks Bündnispolitik, S. 6, 7.

[259]) S. O. Becker, Das französisch-russische Bündnis, S. 96 ff.

[260]) S. O. Becker, Das französisch-russische Bündnis, S. 146 f.

[261]) „. . . In Rom befindet man sich seit gestern in einer Art von Begeisterungsrausch, wie er seit vielen Jahren nicht mehr vorgekommen ist . . .“ Schlesische Volkszeitung, Nr. 193 v. 29. 4. 1904. — S. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6388 ff.

tete Annäherung Italiens an Frankreich hinzu,[262]) so zeigt sich klar, wie sich das politische Schwergewicht unter den Gegnern von 1870/71 verschoben hatte. Mußte es für die Staatslenker in Berlin, der Stadt des Kongresses von 1878, nicht bitter zu lesen sein, wenn der „Daily Telegraph" im Anschluß an das Abkommen vom 8. April 1904 schrieb, dieses beweise, daß Deutschlands Rolle des ehrlichen Maklers ausgespielt sei? London und Paris, sagt das Blatt, haben das Beispiel mit Ausgleichen von großer Tragweite ohne Vermittlung der Wilhelmstraße gegeben und Berlin bleibt zwar berechtigt, seine eigenen Geschäfte mit Tatkraft und Geschicklichkeit zu betreiben, kann aber nicht mehr als der diplomatische Abrechnungsplatz Europas betrachtet werden.[263])

Konnte man aus der neuen Verständigung aber nicht noch Weiteres folgern? Rückte nun nicht eine englisch-französisch-russische Allianz, deren drohende Anzeichen erstmals wie ein ferner Spuk in der deutsch-französischen Krise vom Jahre 1875 vor dem sorgenden Auge des ersten Kanzlers aufgetaucht waren,[264]) in der Tat näher und näher? Frankreich, das um des neuen Freundes willen den alten nicht verlieren wollte, tat alles, um Rußlands etwaige Besorgnisse wegen der Entente vom 8. April 1904 zu zerstreuen und Delcassé arbeitete, wie aus Rom am 26. April 1904 gemeldet wurde, geradezu darauf hin, eine Verständigung zwischen England und Rußland herbeizuführen. Daß das schwer sei, wurde zugegeben, aber man hoffte doch, die Sache zu einem guten Ende zu führen.[265])

In Berlin glaubte man nicht, daß das gelänge. Man hielt dort den Weg von London nach Petersburg für zu weit, als daß er mit Erfolg zu Ende gegangen werden könne. Der englisch-russische Gegensatz, der jahrzehntelang als feststehende Tatsache bei allen welt-

[262]) S. hierzu Große Politik, Bd. 18/II, Nr. 5830 ff., 5827. — Tardieu, S. 107 ff. — Zu schon mit dem Jahre 1896 einsetzenden Bemühungen um eine italienisch-französische Verständigung, s. T. Palamenghi-Crispi „Wer ist verantwortlich für den Krieg?" i. Südd. Monatsh. Bd. 19/II, München 1922, S. 271; vgl. auch den Bericht Bülows aus Rom an den Reichskanzler Hohenlohe (26. 3. 1895) in Große Politik, Bd. VII, Nr. 1462.

[263]) S. Kölnische Zeitung Nr. 374/1904.

[264]) S. O. Becker, Bismarcks Bündnispolitik, S. 8 ff.

[265]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6381.

politischen Rechnungen einen konstanten Platz behauptete,[266]) wurde immer noch als unerschütterlich angesehen.

Die in der Presse umlaufenden Gerüchte von einer möglichen englisch-französisch-russischen Entente hielt die Regierung für übertriebene Befürchtungen und Kombinationen. Mochte das für den Augenblick vielleicht auch zutreffend sein, so darf man sich doch fragen, ob nicht Bülow, der sich von der Macht der Presse wohl eine Vorstellung zu machen verstand,[267]) Bedenken und Sorge haben mußte, daß die in ausländischen Zeitungen ausgeübte Wühlarbeit zugunsten einer englisch-russisch-französischen Verbindung, die nun schon seit Jahren betrieben wurde, doch Erfolge zeitigen könnte, die schwerste Bedrohung für Deutschland bedeutete?

In den von Th. Schiemann verfaßten politischen Wochenübersichten in der „Kreuzzeitung" ist die Preßkampagne für einen solchen Dreiverband verfolgt worden.[268]) Am 20. April 1904 verwies Schiemann auf die Kreise, die hinter dieser Bewegung standen. Das waren namentlich zwei unerbittliche Deutschenhasser, Wesselitzki und Tatitschew,[269]) die, aus Berlin ausgewiesen, in der „Nowoje-Wremja" wie in der „Ninetenth-Century" eine lebhafte Propaganda für eine französisch-russisch-englische Allianz entfalteten. Hinzu kam noch ein weiterer, eifriger Feind Deutschlands, André Chéradame, der mit seinem Buche „L'Europe et la Question d'Autriche au Seuil du XX Siecle" eine hemmungslose Hetze entfaltet hatte.[270]) Schiemann sagt, seit Mai 1901 habe in der englischen, französischen und russischen Presse die Agitation für eine Allianz dieser drei Mächte begonnen. Als das Ziel dieses neuen Dreibundes sei die Niederwerfung Deutschlands ganz direkt mit nackten, nicht mißver-

---

[266]) Brandenburg, S. 2.

[267]) S. Bülows Worte an Hammann (20. 4. 1904) „In einer Zeit, wo Presse und öffentliche Meinung eine so große Rolle spielen wie heute, trägt für die Exzesse der einen wie der anderen schließlich immer das Land selbst die Verantwortung. . . . ." Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 42.

[268]) „Deutschland und die große Politik anno 1901" usw.

[269]) S. auch O. Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 175 f.

[270]) Auch Farrer erwähnt dies Hetzwerk. S. 32 f.

ständlichen Worten bezeichnet worden. „Es sollte ein Bündnis der englischen Handelseifersucht mit dem französischen Revanchegedanken und dem Deutschenhaß der Panslavisten werden." Diese „Kombinationen journalistischer Intriganten" hätten von sich aus wohl nicht viel ausrichten können, wenn nicht Delcassé selbst in seiner Politik eine engere Verbindung von England, Frankreich und Rußland ins Auge gefaßt hätte. So ist es gekommen, daß die neue englisch-französische Verständigung sich „unter dem Beifall der russischen Presse in ihren vornehmsten Organen und unter lebhafter Unterstützung durch ihre Pariser und Londoner Korrespondenten vorbereitet und schließlich auch vollzogen hat." [271]) Delcassé hat, sagt Schiemann, durch die ihm nahestehenden Organe, wie „Debats" und „Temps" sowie durch die „Revue Politique et Parlamentaire" den Gedanken einer englisch-russisch-französischen Annäherung gepflegt und verbreitet und so die Mittlerstellung Frankreichs zwischen England und Rußland ausgenutzt. [272])

---

[271]) Schiemann IV, S. 126 f. — Die russische Zustimmung zur Vorbereitung und zum Abschluß der Entente war nicht so einheitlich, wie sie Schiemann hier darstellt. S. o. S. 52 f.

[272]) Schiemann IV, S. 127. Auch von anderer Seite kamen Betrachtungen über einen solchen Dreiverband. So berichtete am 1. April 1904 der offenbar gut unterrichtete Wiener Korrespondent des „Hamburger Fremdenblattes" (in Nr. 78), im Pariser „Gaulois" habe ein Graf von Castelane einer englisch-französisch-russischen Entente das Wort geredet. Der Korrespondent meinte, man habe es hier mit dem Wunsch eines klerikalen Franzosen zu tun, der nicht gleichbedeutend sei mit der Politik Frankreichs und noch weniger mit der Politik Englands und Rußlands. „Das französisch-englische Uebereinkommen wird gewiß mancherlei Nutzen schaffen: eine seiner nützlichsten Wirkungen wird die Enttäuschung sein, die es den Hoffnungen des Grafen Castelane und Leuten seines Schlages bereiten wird."

Aber schon nach einigen Tagen kommt der Korrespondent auf die Sache zurück. Diese Idee, welche anfänglich für eine Chimäre gehalten worden sei, werde merkwürdigerweise nicht nur in Frankreich, sondern auch in Rußland und Italien ziemlich ernst genommen und in England verhalte man sich ihr gegenüber zum mindesten nicht ablehnend. Der römische „Popolo Romano", ein Journal, das in der Verteidigung des Dreibundes unter den italienischen Blättern immer in vorderster Reihe gestanden, habe am ersten Apriltage eingehend auseinandergesetzt, daß nicht nur Italien, sondern auch Rußland gegen die englisch-französische Verständigung keine Einwendungen erhebe und daß allmählich

Die Berliner Regierung glaubte Grund zu haben, nicht mit einer Verwirklichung solch weitgehender Pläne rechnen zu brauchen. Es kamen beruhigende Nachrichten. So wurde in russischen Regierungskreisen betont, aus der Annäherung Frankreichs an England könne sich kaum jemals eine Allianz dieser beiden Mächte mit Rußland herausbilden.[273]) Und Lord Cromer erklärte dem österreichischen Gesandten in Cairo auf dessen Frage nach einem englisch-russischen Akkord, dem stehe nach seiner Meinung als unüberbrückbare Schwierigkeit die gesamte Volksstimmung Großbritanniens gegenüber, „welche in einem unausreißbaren Mißtrauen gegen Rußland und gegen die Zuverlässigkeit seiner Staatsmänner gipfele.“[274])

---

eine Mächte-Gruppierung England-Frankreich-Rußland näher rücke. Die „Times“ habe dazu bemerkt, eine solche Idee sei etwas, was von ernsten Politikern in Frankreich gehegt werde und die sie selbst nicht als visionär und undurchführbar abweisen wolle, wenn sie sich auch der Schwierigkeit der Realisierung nicht verschließe. (Hamburger Fremdenblatt, Nr. 83, v. 9. 4. 04.)

Auch auf russischer Seite scheinen ähnliche Gedankengänge nicht unbekannt gewesen zu sein. So bringt die „Weser-Zeitung“ die Mitteilung, die „Novosti“ habe an leitender Stelle erklärt, die englisch-französischen Vereinbarungen könnten auf die Beziehungen zwischen England und Rußland sehr vorteilhaft einwirken und der Gedanke eines neuen Dreibundes zwischen Frankreich, England und Rußland habe nunmehr aufgehört, eine Chimäre zu sein. Die deutschfeindliche „Ruß“ erklärte, England habe jetzt keine Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich mehr, dafür sehr viele gemeinsame Interessen. Es sei schwer anzunehmen, daß England alles dies ausschließlich seiner Feindschaft gegen Rußland zum Opfer gebracht habe, einer Feindschaft, deren Beseitigung durchaus nicht aussichtslos sei. (S. Weser-Zeitung, Nr. 20635 I, v. 17. 4. 04).

Am 26. April erklärte das „Hamburger Fremdenblatt“ (Nr. 97) aber, die Kombination Frankreich-England-Rußland sei nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die englische Presse habe nach einer eingehenden Beschäftigung mit dieser Frage sich doch gesagt, der gute Wille der Franzosen und ihr brennender Wunsch, Deutschland zu isolieren, seien kein hinreichendes Argument, um die vielfachen, zwischen England und Rußland bestehenden Differenzen zu beseitigen; zudem habe Balfour erklärt, die zentralasiatische Frage habe sich in den letzten 30 Jahren eher erschwert als gemindert. Nach englischer Auffassung sei daher eine Vereinbarung nach Art der vom 8. April 1904 vorderhand mit Rußland noch nicht möglich.

[273]) Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6377.

[274]) 20. April 1904; s. Große Politik, Bd. 20/I, Nr. 6380.

Zutiefst und letztlich aber wird Bülow wohl überhaupt nicht daran geglaubt haben, daß das Deutsche Reich, die größte Militärmacht der Erde, das Land mit der gewaltig aufblühenden Wirtschaft in eine Lage kommen könne, die mit bitterstem Ernst an den Grundlagen seines Bestandes rüttelte. Sind die Kanzlerreden vom 12. und 14. April nicht ein deutliches Zeichen hierfür? So haben denn die deutschen Staatslenker im Jahre 1904, ohne sich mit der Sorge um die Zukunft allzu ängstlich zu beschweren, es versucht, aus der neuen Lage zunächst nur einige sofort greifbare, unmittelbare Vorteile herauszuschlagen. Viel war das allerdings nicht. Der Schiedsvertrag vom 12. Juli 1904 und die Gegenleistungen Englands für die Zustimmung Deutschlands zu dem Khedivialdekret waren ein karger Gewinn, den die Briten ohne Sorge um den neuen Freund jenseits des Kanals zubilligen konnten.

Mit dem Abschluß des Schiedsvertrages kommt der erste Abschnitt der auf das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 hin von Deutschland betriebenen Politik zum Abschluß. Erst am Ende des Jahres 1904 setzt auf die aktivere Politik Frankreichs in Marokko eine neue Phase der deutschen Politik, und zumal der Marokko-Politik ein,[275]) die sich nicht ohne Widerstand des Kaisers vollzieht. Sie bedeutet eine neue, nach Tonart und Geltung andersartige Antwort der deutschen Reichsleitung auf Fragen, welche durch den Abschluß der Entente cordiale aktuell geworden waren.

---

[275]) S. Hartung, S. 257 f. — Brandenburg, S. 194 ff.

Anhang.

Das Abkommen vom 8. April 1904 über Aegypten und Marokko.[276])

Artikel I.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Aegyptens zu ändern.

Die Regierung der französischen Republik erklärt ihrerseits, daß sie die Maßnahmen Englands in diesem Lande nicht durch die Forderung einer zeitlichen Begrenzung der britischen Besetzung oder auf irgend eine andere Weise erschweren wird und daß sie dem dieser Vereinbarung angefügten Entwurf zu dem Erlaß des Khediven zustimmt, der die Garantien enthält, die zum Schutz der Interessen der Inhaber der ägyptischen Schuld für erforderlich erachtet werden, aber unter der Bedingung, daß nach seiner Inkraftsetzung keine Abänderung ohne die Zustimmung der Signatarmächte des Londoner Abkommens von 1885 daran vorgenommen werden darf.

Es wird vereinbart, daß die Generaldirektion der Altertümer von Aegypten auch weiterhin, wie früher, einem französischen Gelehrten anvertraut werden soll.

Die französischen Schulen in Aegypten genießen auch fernerhin die gleiche Freiheit wie früher.

Artikel II.

Die Regierung der französischen Republik erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Marokkos zu ändern.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät erkennt ihrerseits an, daß es Frankreich zukommt, vornehmlich weil es auf einer langen Strecke Marokkos Grenz-

[276]) In der Uebersetzung bei Friedrich Stieve „Deutschland und Europa 1890—1914", S. 203 ff.

nachbar ist, über die Ruhe in diesem Lande zu wachen und ihm bei allen Verwaltungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Militärreformen, deren es bedarf, Beistand zu leisten.

Sie erklärt, daß sie die diesbezüglichen Maßnahmen Frankreichs nicht erschweren wird, unter dem Vorbehalt, daß diese Maßnahmen die Rechte unberührt lassen, die Großbritannien auf Grund der Verträge, Abkommen und Gewohnheiten in Marokko genießt, einschließlich des Rechtes auf Küstenschiffahrt zwischen den marokkanischen Häfen, das den englischen Schiffen seit 1901 zusteht.

Artikel III.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät wird ihrerseits die Rechte achten, die Frankreich auf Grund der Verträge, Abkommen und Gewohnheiten in Aegypten genießt, einschließlich des den französischen Schiffen gewährten Rechtes auf Küstenschiffahrt zwischen den ägyptischen Häfen.

Artikel IV.

Die beiden Regierungen, in gleicher Weise Anhänger des Grundsatzes der Handelsfreiheit sowohl in Aegypten wie in Marokko, erklären, daß sie daselbst zu keiner Ungleichheit die Hand bieten werden, und zwar ebensowenig bei der Aufstellung der Zollgebühren oder anderen Abgaben, wie bei der Aufstellung der Tarife für Eisenbahnbeförderungen.

Der Handel jeder der beiden Nationen mit Marokko und mit Aegypten soll für den Durchgangsverkehr durch die französischen und britischen Besitzungen in Afrika die gleiche Behandlung genießen. Eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen wird die Bedingungen dieses Durchgangsverkehrs regeln und die Zugangsprodukte bestimmen.

Diese gegenseitige Verpflichtung ist für einen Zeitraum von dreißig Jahren gültig. Wird sie nicht mindestens ein Jahr vorher ausdrücklich gekündigt, so verlängert sich dieser Zeitraum von fünf zu fünf Jahren.

Jedoch behält sich die französische Regierung in Marokko und die Regierung Seiner Britischen Majestät in Aegypten vor, darüber zu wachen, daß die Konzessionen für Wege, Eisenbahnen, Häfen usw. unter

solchen Bedingungen vergeben werden, daß die Autorität des Staates über diese großen Unternehmungen von allgemeinem Interesse unvermindert bleibt.

Artikel V.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät erklärt, daß sie ihren Einfluß dafür verwenden wird, daß die augenblicklich in ägyptischen Diensten stehenden französischen Beamten keine weniger günstigen Bedingungen erhalten als auf die englischen Beamten im gleichen Dienst angewendet werden.

Die Regierung der französischen Republik hätte ihrerseits nichts dagegen einzuwenden, daß den augenblicklich in marokkanischen Diensten stehenden britischen Beamten entsprechende Bedingungen gewährt würden.

Artikel VI.

Um die freie Durchfahrt durch den Suezkanal zu gewährleisten, erklärt die Regierung Seiner Britischen Majestät ihre Zustimmung zu den Bestimmungen des Vertrages vom 29. Oktober 1888 und zu ihrer Inkraftsetzung. Da die freie Durchfahrt durch den Kanal auf diese Weise garantiert ist, wird die Durchführung von Artikel VIII dieses Vertrages, Absatz 1, letzter Satz und Absatz 2 weiterhin ausgesetzt.

Artikel VII.

Um die freie Durchfahrt durch die Meerenge von Gibraltar zu gewährleisten, vereinbaren die beiden Regierungen, an dem Teil der marokkanischen Küste zwischen Melilla und den Höhen, die das rechte Sébou-Ufer beherrschen (ausschließlich dieser beiden Punkte), keine Befestigungen oder strategischen Anlagen irgendwelcher Art errichten zu lassen.

Diese Bestimmung gilt jedoch nicht für die Punkte an der marokkanischen Küste des Mittelmeeres, die gegenwärtig von Spanien besetzt sind.

Artikel VIII.

Im Gefühle ihrer aufrichtigen Freundschaft für Spanien nehmen die beiden Regierungen besondere Rücksicht auf die Interessen, die sich für Spanien aus seiner geographischen Lage und seinen territorialen

Besitzungen an der marokkanischen Küste des Mittelmeeres ergeben; die französische Regierung wird sich über diese Interessen mit der spanischen Regierung verständigen.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät soll von dem hierüber etwa zu treffenden Abkommen zwischen Frankreich und Spanien benachrichtigt werden.

Artikel IX.

Die beiden Regierungen vereinbaren, einander bei der Durchführung der Bestimmungen dieser Erklärung über Aegypten und Marokko diplomatisch zu unterstützen.

Zu Urkund dessen haben Seine Exzellenz der Botschafter der französischen Republik bei Seiner Majestät dem König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der Ueberseeischen britischen Lande, Kaiser von Indien, und Seiner Britischen Majestät Erster Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, die hierzu gebührend bevollmächtigt sind, diese Erklärung unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu London in zweifacher Ausfertigung am 8. April 1904.

(L. S.) Paul Cambon.
(L. S.) Lansdowne.

Englisch-französisches Geheimabkommen vom 8. April 1904.[277])

Artikel I.

Falls eine der beiden Regierungen sich durch die Gewalt der Umstände gezwungen sieht, ihre Politik hinsichtlich Aegyptens und Marokkos zu ändern, bleiben die Verpflichtungen, die sie gegenseitig durch die Artikel IV, VI und VII der Erklärung vom heutigen Tage eingegangen sind, unverändert in Gültigkeit.

Artikel II.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät beabsichtigt gegenwärtig nicht, den Mächten irgendeine

[277]) Vgl. Stieve, Deutschland und Europa 1890—1914, S. 205 f.

Abänderung des Systems der Kapitulationen und der Gerichtsverfassung in Aegypten vorzuschlagen.

Falls die britische Regierung es für wünschenswert erachten sollte, in Aegypten Reformen einzuführen, um die ägyptische Gesetzgebung der in anderen zivilisierten Ländern bestehenden anzugleichen, wird es die französische Regierung nicht ablehnen, diese Vorschläge zu prüfen, in der Voraussetzung, daß die Regierung Seiner Britischen Majestät sich dazu versteht, die Anregungen zu prüfen, die ihr die französische Regierung etwa hinsichtlich der Einführung ähnlicher Reformen in Marokko machen sollte.

Artikel III.

Die beiden Regierungen kommen überein, daß ein bestimmter Teil des marokkanischen Gebiets, der an Melilla, Ceuta und die anderen Präsidios angrenzt, an dem Tage, an welchem der Sultan aufhören sollte, darüber die Oberhoheit auszuüben, der spanischen Einflußzone zufallen soll, und daß die Verwaltung der Küste von Melilla bis zu den Höhen auf dem rechten Ufer des Sebou — diese nicht einbegriffen — Spanien übertragen werden soll.

Jedoch hätte Spanien zuvor seine förmliche Zustimmung zu den Bestimmungen der Artikel IV und VII der Erklärung vom heutigen Tage zu geben und sich anheischig zu machen, sie auszuführen.

Gleichfalls hätte Spanien sich zu verpflichten, die unter seiner Oberhoheit stehenden oder in seiner Einflußzone liegenden Gebiete nicht im ganzen oder teilweise zu veräußern.

Artikel IV.

Wenn Spanien der Aufforderung, den Bestimmungen des vorstehenden Artikels zuzustimmen, sich ablehnend gegenüber verhält, so würde das Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien in der Fassung der Erklärung vom heutigen Tage nichtsdestoweniger sofort anwendbar sein.

Artikel V.

Wenn die Zustimmung der anderen Mächte zu dem im Artikel I der Erklärung vom heutigen Tage erwähnten Erlaß nicht erlangt sein sollte, so wird die

Regierung der französischen Republik gegen die Zurückhaltung der garantierten, privilegierten und unifizierten Schulden zu pari nach dem 15. Juli 1910 nichts einzuwenden haben.

Geschehen zu London in zweifacher Ausfertigung am 8. April 1904.

Inhalts-Uebersicht.

Literatur 7
I. Feindschaft 9
II. Faschoda. — Auf dem Wege zur Entente . . 16
III. Das Arrangement vom 8. April 1904 35
IV. Die neuen Freunde 45
V. Deutsche Politik 58
VI. Ernste Zeichen 92
Anhang 98

Lebenslauf.

Geboren wurde ich, Rudolf Josef Johannes Hesse, kath. Konfession, am 27. November 1901 als ältester Sohn des — am 26. September 1919 verstorbenen — Kaufmanns Anton Hesse zu Barmen. Ostern 1920 verließ ich nach bestandener Reifeprüfung das Gymnasium meiner Vaterstadt. Dann besuchte ich die Universitäten Marburg (Lahn), Bonn, Köln und Münster i. Westf. zur Vorbereitung für den in Aussicht genommenen Journalistenberuf.